

CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.

Einzelverkauf
3 €

56. Jahrgang
Mai 2003

1/03

Dieter S. Lutz (†) · Tobias Pilüger · Ullrich Hahn

Frieden durch Krieg?

außerdem:
Dörte Münch
Glauben Mädchen
anders?
Dorothee Sölle †
Fulbert Steffensky
Verbindlicher
leben
und mehr



Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten Deutschlands e.V.
(gegründet 1919/26)

Redaktion

Darius Dunker	Aachen (verantw.)
Udo Fleige	Tübingen
Thorsten de Jong	Aachen
Dörte Münch	Erfurt
Matthias Nauwerth	Ellerbek
Christa Peter	Berlin
Ulrich Peter	Berlin
Helmut Pfaff	Frankfurt a. M.
Oliver Wildner	Hamburg

Kontakt und Bezug

s. hintere Umschlaginnenseite

Erscheinungsweise

Nach Möglichkeit 2-4 mal pro Jahr

Gestaltung / DTP

Darius Dunker & Thorsten de Jong

Druck

Hephata-Werkstätten
Mönchengladbach
Hergestellt auf Umweltschutzpapier

CuS / BRSD im Internet

www.brsd.de

Webmistress

Tina Terschmitt Aachen

ISSN 0945-828-X

Inhalt

■ KRIEG

Dieter S. Lutz (†)	
Frieden durch Angriffskriege?	5
Tobias Pflüger	
Verhaftung wegen Aufrufs zum Desertieren	10
»Weder eine Weltmacht USA...« – Die Rede	11
Ullrich Hahn	
Das Völkerrecht und die Überwindung der terroristischen Bedrohung	13
Internationaler Versöhnungsbund	
Wir haben eine Familie im Irak	22
Kein Bekenntnis zum Krieg!	24

■ NICARAGUA

Informationsbüro Nicaragua	
Terrabona	25

■ THEOLOGIE

Dörte Münch	
Glauben Mädchen anders?	31
Dorothee Sölle (†), Fulbert Steffensky	
Verbindlicher leben	40

■ INLAND

Matthias Nauwerth, Ulrich Peter	
Wissen wir es besser als Rot-Grün?	49

■ BÜCHER

Andrea Nahles u.a.: Mehrheiten mit Links (Heinz Röhr) • Erwin Eckert, Emil Fuchs: Blick in den Abgrund (Ulrich Peter) • Frank Stern: Dann bin ich um den Schlaf gebracht (Chaim Seeligmann)	57
---	----

■ SONSTIGES

Hinweis zum Ökumenischen Kirchentag	55
Leserbrief, Korrekturen	66

Dorothee Sölle †

Am 27. April ist Dorothee Sölle gestorben. Uns erreichte die Nachricht von ihrem Tode lange nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, aber wir konnten kurzfristig noch ein wenig ändern.

Dorothee Sölle war – auch wenn sie dem BRSD nicht angehört hat – sicherlich eine der wichtigsten Theologinnen der religiös-sozialistischen Bewegung.

Dorothee Sölle starb in der Folge eines Herzinfarkts während einer Tagung in Bad Boll, dem Ort, in dem der Begründer des Religiösen Sozialismus in Deutschland, Christoph Blumhardt, wirkte. Für die meisten von uns war Dorothee Sölle eine der wichtigsten Ideengeberinnen, viele kannten sie auch persönlich.

Mich hat das Jugendbuch »Nicht nur Ja und Amen«, das Dorothee Sölle zusammen mit ihrem Mann Fulbert Steffensky geschrieben hat, in meinem werdenden religiös-politischen Bewusstsein stark geprägt. Darin schrieben sie auch über den Tod des Südafrikaners Joe Mavi und fragten

»Kann man sagen, dass Joe Mavi tot ist? Das kann jemand vom statistischen Amt sagen, aber wir brauchen wirklich eine andere, eine menschliche Sprache. Joe Mavi ist bei denen in Soweto, die seinen Kampf fortführen. Er ist auch bei uns, wo immer wir uns auf die Seite der Armen stellen und den großen Streit um die Gerechtigkeit mitmachen. Joe Mavi ist nicht tot.«

Wir wissen, dass auch Dorothee Sölle über den heutigen Tag hinaus bei uns sein wird.

Darius Dunker



► **Interview mit Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky** auf Seite 40

► **Ein ausführlicher Nachruf des BRSD** folgt in der nächsten Ausgabe

► **Andere Nachrufe und Presseberichte** im Internet unter www.brsd.de

► **Nachruf der IKvU** auf der folgenden Seite

»Die Macht des Geldes durchkreuzen« – Dorothee Sölle auf einer Demonstration beim Evangelischen Kirchentag 2001

»Die befreiende Kraft des Evangeliums«

Initiative Kirche von unten zum Tod von Dorothee Sölle und Horst Goldstein

Dorothee Sölle und Horst Goldstein sind tot. Das zeitliche Zusammentreffen ihres Todes vergrößert unsern Verlust, verstärkt unsere Betroffenheit. Noch kann niemand die ganze Tragweite ihres Todes ermessen - beide haben große Bedeutung für die Theologie der Befreiung und die neue politische Theologie. Die IKVU verliert zwei ihrer wichtigsten Vordenker, Wegbereiter und kritischen Mahner.

DOROTHEE SÖLLE (*1929 in Köln) hat durch ihre Auseinandersetzung mit Rudolf Bultmann eine Theologie entwickelt, die den Plausibilitäten der bürgerlichen Welt und der darin verankerten bürgerlichen Theologie widerstand. So trug sie zur Entstehung einer neuen politischen Theologie in der Bundesrepublik Deutschland bei, die sich dem Kampf um Gerechtigkeit verpflichtet weiß. In ihrem literarischen Werk verband sie theoretisches Nachdenken über den Glauben Jesu mit poetischen Texten, die eine Hoffnung auf ein Leben durch den Tod hindurch aufscheinen lassen. Indem sie an der Hoffnung auf Auferstehung der Toten festhielt, zeigte sie die Möglichkeit auf, dem Tod, den die bürgerliche Welt tagtäglich in Gestalt von Armut, Elend und Krieg hervorbringt, zu widerstehen und einen neuen Weg zu gehen, der Gerechtigkeit und Frieden bringt und das Zelt Gottes unter den Menschen aufstellt. Insbesondere als feministische Theologin forderte sie den deutschen Protestantismus immer wieder heraus. Dorothee Sölle verband in ihrem Leben theologische Reflexion mit praktischem Tun. Sie gehörte 1973 zu den GründerInnen der ChristInnen für den Sozialismus (CfS) in der BRD. Als Professorin am Union Theological Seminary in New York von 1975-87 entwickelte sie ein „Gott denken“, das den universitären Rahmen sprengt und beispielhaft das Ineinandergehen von „Mystik und Widerstand“ artikuliert. Der IKVU ist Dorothee Sölle - zuletzt als Predigerin beim inkriminierten öku-

menischen Mahlgottesdienst 2000 in Hamburg und in Vorbereitung für den Ökumenischen Kirchentag in Berlin - vielfach verbunden.

HORST GOLDSTEIN (*1939) verbrachte viele Jahre in Lateinamerika, besonders in Brasilien. Im Zentrum seiner theologischen Arbeit steht die Theologie der Befreiung - jene prophetische Bewegung, die seit den 60er Jahren konsequent aus der Sicht der Armen und Unterdrückten neue Zugänge zur Bibel und neue Erklärungsmuster zum Verständnis aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und Abhängigkeiten lieferte.

Mit viel Engagement übersetzte Horst Goldstein die Autoren der Befreiungstheologie aus dem Spanischen und Portugiesischen ins Deutsche, allen voran die Schriften von Gustavo Gutiérrez und Leonardo Boff. So hat er dazu beigetragen, diese neue Art, Theologie zu treiben, im deutschsprachigen Raum bekannt zu machen. Dabei galt seine Solidarität stets denen, die um Befreiung aus Unterdrückung und Armut kämpfen. Dies ermöglichte erst die Entstehung einer von dieser Theologie inspirierten, basiskirchlichen Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland, zu deren Entwicklung er auch mit eigenen Arbeiten beitrug.

Diese beiden Stimmen der Gerechtigkeit sind nun für immer verstummt. Ohne Dorothee Sölle und Horst Goldstein wäre die Theologie der Befreiung hierzulande weitgehend ein Fremdwort geblieben. Beide solidarisierten sich ohne Vorbehalt mit den Armen und Unterdrückten, beide verbanden die Analyse von Armut und Unterdrückung mit Forderungen nach Veränderung und Umkehr - auch für die politische Praxis in der westlichen Welt. Durch ihre Inspiration werden sie bei uns bleiben. Die Samen, die sie ausgesät haben, werden zu einem Garten werden, worin die Menschen leben und in Fülle leben können.

Der Tod von Dorothee Sölle und Horst Goldstein bedeutet für die IKVU einen unersetzlichen Verlust, er ist uns Anlaß für tiefe Trauer und auch Dankbarkeit und zugleich Mahnung und Auftrag, in ihrem Sinne weiterzuarbeiten und die befreiende Botschaft der Bibel in unsere Kirchen und in unsere Gesellschaft hineinzutragen.

Bernd Hans Göhrig
Bundesgeschäftsführer

Frieden durch Angriffskriege?

Das zivilisatorische Projekt (des Westens) steht am Scheideweg

Mitte Januar ist der renommierte Hamburger Friedensforscher DIETER S. LUTZ im Alter von 53 Jahren überraschend gestorben.* Zwei Monate zuvor hatte er für die Gustav-Heinemann-Initiative die Frage untersucht, inwiefern sich die USA von der Abschaffung des Krieges als Ziel ihrer Politik verabschiedet haben. Wir drucken diesen Text aus Anlass der politischen Lage und zum Gedenken an den Verfasser.

»Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.«¹

Dieses oft zitierte Wort des Friedensnobelpreisträgers und vormaligen Bundeskanzlers Willy Brandt aus dem Jahre 1982 steht vorläufig am Schluss einer kulturhistorischen und politischen Entwicklung, die dem Begriff Frieden über Jahrhunderte hinweg sowohl stark unterschiedliche Inhalte als auch abweichende Wertschätzungen zuwies.²

Heute dagegen wird der Begriff »Frieden« als Ziel politischen Handelns weltweit von fast allen politischen Systemen und Gruppierungen ausschließlich positiv in Anspruch genommen.³ Spätestens seit der Verabschie-

dung der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945, kann Frieden sogar als das zivilisatorische Projekt des Westens, wenn nicht gar der Einen Welt überhaupt bezeichnet werden. Was dies meint, gibt die Präambel und Art. 1 Ziff. 1 der UN-Charta wieder:

»Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren ... setzen [uns] folgende Ziele: ... den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um ... Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu

* Nachrufe sind im Internet nachzulesen unter www.unikassel.de/fb10/frieden/science/lutz-nachrufe.html

1 Brandt, Willy, Friedenssehnsucht und Friedenspolitik, in: 100 Jahre Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1881 bis 1981, Bonn 1982, S. 13-23, hier S. 20.

2 Vgl. ausführlicher: Lutz, Dieter S., Frieden, in: Lutz, Dieter S., Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit, München 1987, S. 110-114; Lutz, Dieter S., »Positiver Frieden: als Verfassungsauftrag, in: Friedensanalysen Bd. 6, Frankfurt a.M. 1977, S. 178 ff.; Kernig, Claus D., Frieden, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Band II, Freiburg 1968, S. 712 ff.; OTA, Kongreß der

Vereinigten Staaten, Atomkriegsfolgen, Baden-Baden 1983; Schierholz, Henning (Hrsg.), Frieden - Abrüstung - Sicherheit, Reinbek 1981; Senghaas, Dieter (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt a.M. 1971; Zsifkovits, Valentin, Der Friede als Wert, München/Wien 1973.

3 »Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede ... Oder, anders ausgedrückt: Der Friede ist die politische Kategorie schlechthin. Oder, noch einmal anders ausgedrückt: Der Friede ist der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen, und dies alles zugleich.« - Sternberger, Dolf, Die Politik und der Friede, Frankfurt a.M. 1986, S. 76.

einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen.

Mit anderen Worten: Das zivilisatorische Projekt zielt auf die Abschaffung von Krieg als Institution und auf die Eliminierung von Gewalt als gesellschaftliche und zwischenstaatliche Verkehrsform. An die Stelle von Machtinteressen und des Rechts des Stärkeren sollen Gerechtigkeit und die Stärke des Rechts treten.

Ob und in welchem Umfang das Projekt zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes überhaupt zu realisieren war, mag dahin gestellt bleiben: Nach Ansicht vieler standen Abschreckungssystem und Kalter Krieg in den Jahrzehnten nach 1945 nicht nur der Abrüstung und der Bildung einer effektiven Sicherheitsordnung entgegen, sondern auch der Verwirklichung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung. Die Hoffnung der Menschen, ja das Versprechen der Politik zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes aber war es, Kriege, aber eben nicht nur Kriege, sondern auch die anderen

großen existentiellen Probleme wie Hunger, Massenarmut oder Umweltverschmutzung und Klimaveränderung zu lösen, wenn nur erst einmal Abschreckungssystem und Nuklearkriegsgefahr beseitigt wären. Die Überwindung des Ost-West-Konfliktes war somit immer sowohl Teil des zivilisatorischen Projektes als auch die Voraussetzung seiner Vollendung.

Entsprechend euphorisch waren die Erwartungen, die das Ende des Ost-West-Kon-

flikts nach 1989 begleiteten. In der »Charta von Paris«, der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten von 1990, heißt es zum Beispiel:

»Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit... Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen.«⁴

Heute, zwölf Jahre nach der Pariser Charta, sind nicht nur Euphorie und Hoffnungen verfliegen. Das große zivilisatorische Projekt selbst – so scheint es – gerät zunehmend in Vergessenheit. Mehr noch: Die machttrunkenen Sieger des Ost-West-Konfliktes beginnen sogar, das Projekt in sein Gegenteil umzukehren:



DemonstrantInnen in Berlin, 15. 2. 2003

»Eine Dekade nach dem Ende des großen weltumspannenden Ost-West-Konfliktes« – so Ernst-Otto Czempiel – »sieht es in der Politik unerwartet düster aus. ... Die Gewalt, so scheint es, ist auf dem Weg, sich all jener Fesseln zu entledigen, die ihr bisher vom System westlich-liberaler Normen und Werte, von der historischen Vernunft und vom Blick auf das Verhältnis von Aufwand und Ertrag angelegt worden waren.«⁵

Und auch das jüngste »Friedensgutachten 2002« der fünf führenden deutschen

Friedensforschungsinstitute stellt unter der Überschrift »Zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen« warnend fest:

»[Es] zeichnet sich ein Politikwechsel ab: Militärische Gewalt soll enttabuiert und in das Arsenal gewöhnlicher außenpolitischer Instrumente zurückgeholt werden. Der ordnungspolitische Kern der UNO und ihre größte Errungenschaft, das Gewaltverbot der Staaten, wird ausgehebelt, wenn der stärkste Staat dazu übergeht, gefährliche Regime durch Krieg zu beseitigen.«⁶

Mit dem Hinweis auf den »stärksten Staat« im Zitat des Friedensgutachtens ist insbesondere die einzige verbliebene »Supermacht« angesprochen, deutlicher: die »Hypermacht« USA. Sie, die Vereinigten Staaten von Amerika, sind es, die nach den revolutionären Umbrüchen von 1989/90 zunehmend mit dem Konsens der Vergangenheit brechen, immer öfter aus der Gemeinschaft der Staaten und Völker ausscheren und möglicherweise – wenn auch ungewollt – Gefahr laufen, zu einem weit aus größeren Risiko für den Weltfrieden zu verkommen als es Länder wie gegenwärtig etwa der als »Schurkenstaat« indizierte Irak je vermochten oder vermögen werden.

Zu Recht zwar sieht Europa die USA noch immer auch als Vorbild. Die USA haben erreicht, was für andere Kontinente – auch Europa – noch aussteht: ein föderatives System, eine Bundesverfassung, eine gemeinsame Sprache, einen einheitlichen Rechtsraum, eine einzige Währung, eine gemeinsame Armee, keinen Krieg (im Wortsinne) auf eigenem Boden! Aber kann es Europa wirklich akzeptieren, wenn sein Vorbild Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag nicht beachtet, Schulden bei den Vereinten Nationen (in Höhe von Milliarden Euro) nicht oder nur zögerlich und spät bezahlt, nicht-regenerierbare Rohstoffe rücksichtslos wie kein anderes Land verbraucht, die Umwelt wie niemand sonst verschmutzt? Kann Europa

wirklich schweigen, wenn die USA anders als der »Rest« der zivilisierten Welt Verträge wie das Landminen-Abkommen, die Vereinbarung über die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes oder wie das Abkommen über das Verbot des Tests nuklearer Waffen nicht unterschreiben oder gar zu torpedieren versuchen?

Richtig bleibt, dass nirgendwo auf der Welt zwischen zwei Regionen eine solch freundschaftliche, von hohen Sympathiewerten und zugleich ökonomischer Effizienz geprägte Beziehung besteht wie zwischen Europa und insbesondere Deutschland einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits. Gleichwohl kann nicht übersehen werden, dass Europa und Amerika im zunehmenden Maße getrennte Wege gehen.

»Es ist an der Zeit,« – so Robert Kagan von der Carnegie Endowment for International Peace in Washington – »mit der Illusion aufzuräumen, Europäer und Amerikaner lebten in ein und derselben Welt oder besäßen gar ein gemeinsames Weltbild.«⁷

Insbesondere außenpolitisch scheiden sich mittlerweile immer wieder die Geister: Nationale Größe und »Second to None!« oder seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes noch unverblümt und unverbrämt: »America First!« sind Ziele und Werte, die sich auf Dauer nur ein Staat mit dem Willen zum Hegemon, ja zur imperialen Herrschaft zu eigen macht – zuerst nur mitunter, dann immer häufiger

4 Vgl.: Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin 137/1990, S. 1409.

5 Czempiel, Ernst-Otto, Kehrt der Krieg zurück? Anamnese einer Amnesie, in: Merkur Heft 635/2002, S. 197-209, hier S. 197, 198.

6 Schoch, Bruno / Hauswedell, Corinna / Weller, Christoph / Ratsch, Ulrich / Mutz, Reinhard (Hrsg.), Friedensgutachten 2002, Münster 2002, S. 3.

7 Kagan, Robert, Die Wege Europas und der USA trennen sich, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 2002, S. 14.

und schließlich als Regel auch jenseits des Völkerrechts, in jedem Fall zu Lasten Dritter, gegebenenfalls auch der eigenen Verbündeten in Europa. Globale Interventionsfähigkeit und »power-projection« sind ferner außen- und interessenpolitische Orientierungen, die das Wesen einer militärischen Supermacht ausmachen, die den meisten europäischen Staaten aber grundlegend fremd sind.

Die Folgen reichten bereits in den vergangenen Jahren vom völkerrechtswidrigen Helms-Burton-Gesetz/Libertad-Act über gigantische Rüstungsausgaben bis hin zur nahezu absoluten Dominanz in einer Vielzahl internationaler Organisationen, darunter insbesondere die NATO. Mit ziviler Vorsorge und präventiver Friedenspolitik jedenfalls, wie sie die europäischen Konfliktlagen dringend erfordern – sei es in Bosnien oder im Kosovo, sei es auf Zypern oder in Mazedonien, sei es im Kaukasus oder in Tschetschenien und anderen Krisen- und Kriegsgebieten mehr – hat eine solche politische Orientierung wenig gemein.

Es sind also nicht erst (und ausschlaggebend) die grauenvollen Verbrechen vom 11. September des Jahres 2001, welche die USA vom gemeinsamen zivilisatorischen Projekt haben Abstand nehmen lassen. Europa wollte (und will) das Projekt vor dem Hintergrund seiner historischen Erfahrungen vor und nach den Zweiten Weltkrieg. Die USA dagegen stützten es mit Blick auf Abschreckung und Nuklearkriegsgefahr vor allem aus der vermeintlichen Position relativer Schwäche, sprich: abschreckungsbedingter Verwundbarkeit. Oder in Worten Robert Kagans:

»Als die USA schwach waren, verfolgten sie die Strategie der Schwachen; nun, da sie mächtig sind, benehmen sie sich auch wie ein mächtiger Staat ... Die militärische Stärke der Vereinigten Staaten hat in den USA die Neigung wachsen lassen, diese Stärke auch auszuspielen.«⁸

Aus der Sicht einer Reihe europäischer Staaten bot der historische Umbruch von 1989/90 die Jahrhundertchance, die Lehren und Einsichten aus der Vergangenheit konzeptionell mit den neuen Gefahren und Bedrohungen hochentwickelter Staaten und Gesellschaften, darunter auch der weltweite Terrorismus, zu verbinden. Die dominante Macht des siegreichen »Westens« war an dieser Chance jedoch nicht interessiert, ließ sie im Gegenteil ungenutzt verstreichen.

Nach einer kurzen ersten Periode zu Beginn der 90er Jahre, in der sich Euphorie und Larmoyanz mischten, wurde begonnen, Fehler auf Fehler zu setzen, ja das zivilisatorische Rad selbst wieder zurück zu drehen: Die NATO, im Selbstverständnis die »mächtigste Militärallianz aller Zeiten« fing an, gesteuert von ihrer Vormacht USA, nach und nach ihre zivile Konkurrenz, die OSZE, »wegzubeißen« und (mit etwas Verzögerung) auch die Vereinten Nationen zurückzudrängen. Kriegsverhütung als Doktrin wurde aufgegeben und die Verteidigungskräfte wurden bzw. werden zu Einsatzarmeen umgebaut. An Stelle von Interessenausgleich wird seither Interessendurchsetzung, die Erweiterung des Interessenspektrums und die Ausdehnung des militärischen Interessen- und Einsatzgebietes propagiert.

Die Stärke des Rechts, Kernelement des zivilisatorischen Projektes, wurde spätestens 1999 im Kosovo-Krieg durch das Recht des vermeintlich Stärkeren in ihr Gegenteil verkehrt – ein erster, aber entscheidender Schritt auf dem Weg zum Strategiewechsel, weg von der Abschreckung hin zum Präventivkrieg, wie er nunmehr nachdrücklich in der aktuellen »National Security Strategy of the United States of America« vom 17. September 2002 legitimiert wird:

»Wir dürfen unsere Feinde nicht zuerst zu schlagen lassen.«⁹

Zwischenschritte auf diesem Weg finden sich in einer Reihe von Regierungsdokumenten und Reden des US-Präsidenten oder an-

deren Vertretern der Administration, darunter der »Transformation Study Report. Prepared for the Secretary of Defense« vom 27. April 2001 oder der »Annual Report to the President and the Congress, Washington D.C., 2002« durch den Verteidigungsminister (Secretary of Defense), in denen die Transformationsziele des Pentagons beschrieben werden.

Zu den Zwischenschritten gehören aber schon heute reale politische Maßnahmen und Entscheidungen mit weitreichender strategischer Natur wie einerseits die Entwertung der Rüstungskontrolle, darunter die Kündigung des ABM-Vertrages zum 14. Juni 2002 oder die Ablehnung des Verifikationsprotokolls zur Stärkung des B-Waffenübereinkommens, und andererseits der Beschluss immer neuer Rüstungsprogramme, darunter insbesondere die Beschaffung von Raketenabwehrsystemen und die umfassende Modernisierung der Nuklearstreitkräfte. Nicht zu vergessen auch die gewaltigen Steigerungsraten im Verteidigungshaushalt des Pentagon: Im Haushaltsjahr 2003 werden sich die Ausgaben auf ca. 396 Milliarden US-Dollar belaufen – der nominell höchste Militäretat aller Zeiten und etwa die Hälfte aller Weltmilitärausgaben von über 190 Staaten insgesamt.

Vor diesem Hintergrund ist es zu sehen, wenn US-Präsident George W. Bush in seinen Reden droht: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«¹⁰ oder US-Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld die Herausforderung des neuen Jahrhunderts darin erblickt, die Nation zu verteidigen, und zwar »gegen das Unbekann-



»Nein zu Bushs Krieg – Solidarität mit dem irakischen Volk«
Demonstrantinnen in Brüssel, 15. 2. 2003

te, das Ungewisse, das Unsichtbare und das Unerwartete.«¹¹

Wer so denkt, spricht und handelt, provoziert, was er zu verhüten vorgibt: ein sich ständig drehendes Rüstungskarussell und nimmer enden wollende Serien von Kriegen. Europa und insbesondere Deutschland sollten sich an beidem nachdrücklich nicht beteiligen. Europa und insbesondere Deutschland sollten im Gegenteil unbeirrt am zivilisatorischen Projekt festhalten, stets und beharrlich nach neuen Bündnispartnern suchen und im Übrigen keinesfalls nachlassen im Bemühen, die USA von ihrem katastrophalen Irrweg abzubringen.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung
der Gustav-Heinemann-Initiative
www.gustav-heinemann-initiative.de

⁸ Ebenda.

⁹ The White House, The National Security Strategy of the United States of America, September 17, 2002, hier in Deutsch zitiert aus: »Wir dürfen unsere Feinde nicht zuerst zuschlagen lassen«, in: Frankfurter Rundschau vom 28. September 2002.

¹⁰ www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html

¹¹ Rumsfeld, Donald D., Transforming the Military, in: Foreign Affairs May/June 2002, S. 23.

Verhaftung wegen Aufrufs zum Desertieren

Wieder bekam Tobias Pflüger von der Tübinger Informationsstelle Militarisation (IMI) die staatliche Repression zu spüren, nachdem er wegen schwerwiegender Bedenken gegen den Krieg zur Dienstverweigerung aufgerufen hat. Dabei ist er schon einmal in einem früheren Fall gerichtlich freigesprochen worden.

Bereits im Frühjahr 1999 war gegen Tobias Pflüger wegen des »Aufrufs zu einer Straftat« – nämlich der Desertion – ermittelt worden (vgl. CuS 1-2/1999). Das damalige Verfahren endete erst im Herbst 2001 mit einem Freispruch.

Nun hatte Tobias Pflüger Anfang Februar in München auf einer Kundgebung anlässlich der dort tagenden Militärkonferenz wiederum erklärt:

»Ich fordere die Soldaten der Bundeswehr, die demnächst ihren Dienst in den AWACS-Flugzeugen tun müssen, dazu auf, den Kriegsdienst zu verweigern oder zu desertieren.«

Erst eine Weile später, als er allein durch eine U-Bahn-Unterführung ging, griff die Polizei zu. Zehn Personen ohne Uniform nahmen Tobias Pflüger fest, und zwar (nach dessen Schilderungen) ziemlich brutal. Im Präsidium verwies der prominente Kriegsgegner auf die ihm nur zu gut bekannte Rechtsprechung:

»Ich wies darauf hin, dass mein Aufruf zur Desertion nicht einfach so, sondern wohlüberlegt und nicht kontextlos erfolgt ist. Ich teilte auch mit, dass ich mir ganz sicher bin, aufgrund

der Rechtslage, sollte es wirklich zu einem Gerichtsverfahren kommen, einen Freispruch zu bekommen.«

Trotzdem habe man ihn damit bedroht, ihn »vorbeugend« für die gesamte Dauer der Konferenz einzusperren. Dem von der Demonstrationsleitung eingeschalteten Anwalt gelang es dann aber am späten Abend, die Freilassung zu erwirken.

Wir hingegen unterstützen das Anliegen von Tobias Pflüger und dokumentieren deshalb auf den folgenden Seiten auch seine Münchener Rede. Die weitere Verbreitung – beispielsweise auch als Flugblatt – wird von Seiten Tobias Pflügers und der Informationsstelle Militarisation ausdrücklich befürwortet. Dazu vorbereitete Dateien sind über das Internet zu beziehen unter www.imi-online.de/2003.php?id=427



Tobias Pflüger

»...weder eine Weltmacht USA, noch eine Weltmacht Europäische Union, und schon gar keine Weltmacht Deutschland!«

Die Münchener Rede
von TOBIAS PFLÜGER
im Wortlaut

Es ist die Rede von 250 000 Soldaten, es ist die Rede davon, dass von drei Seiten aus einmarschiert werden soll. Im letzten Golfkrieg gab es 150.000 Tote und es ist die Rede davon, dass man, was damals im gesamten Golfkrieg verschossen wurde, dieses mal an einem Tag verschießen könnte.

[Als nächstes kritisiert Tobias Pflüger den Widerspruch, dass der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) die TeilnehmerInnen der sogenannten Sicherheitskonferenz mit einem städtischem Empfang begrüßt und am nächsten Tag gegen den Irak-Krieg demonstrieren lässt. Bei der Sicherheitskonferenz wurden auch letzte Absprachen (z.B. zwischen Donald Rumsfeld und Peter Struck) vor dem Beginn des Krieges getroffen. Am Tag darauf rief der gleiche Oberbürgermeister auf zu einer Demonstration gegen den Irak-Krieg, aber nicht gegen die Sicherheitskonferenz. Auf dieser Demonstration sollte aber die deutsche Bundesregierung für ihre Kriegs(unterstützungs)politik nicht kritisiert werden dürfen. Es sei – so Tobias Pflüger – doppelzüngig auch von der Bundesregierung, gegen den Krieg zu reden und gleichzeitig (im militärischen Bereich) alles dafür zu tun, damit der Krieg stattfinden kann. (Für diese Passage gibt es bisher keinen Mitschnitt.)]

Deutsche Soldaten werden sich in den AWACS als Besatzung beteiligen. Gerhard Schröder hat zwar gesagt, sie werden sich an einer Zielplanung nicht beteiligen. Ich habe

mich aber mit einem Soldaten unterhalten und der lachte und sagte:

»Wir (die Bundeswehr) stellen ein Drittel der Besatzung, und natürlich werden wir teilnehmen an der Zielplanung eines Krieges gegen den Irak.«

Deshalb sage ich und fordere die Soldaten auf, die als Bundeswehrsoldaten in den AWACS-Maschinen Dienst tun sollen: Soldaten der Bundeswehr, verweigert den Kriegsdienst oder desertiert.

Liebe Freundinnen und Freunde, Peter Struck hat im Wahlkampf erklärt, dass die ABC-Abwehrpanzer, die in Kuwait stationiert sind, wenn der Krieg ausbricht abgezogen werden müssen, da sie sonst in einen Krieg involviert werden. So weit, so richtig! Kaum war der Wahlkampf herum, hat Joschka Fischer erklärt, dass diese ABC-Abwehrpanzer dort langfristig stationiert werden müssen. Und jetzt hat der Generalinspekteur der Bundeswehr Herr Schneiderhan erklärt, er könne ja bei Kriegsbeginn die ABC-Soldaten in Kuwait nicht alleine lassen und deshalb müsse er dieses Kontingent aufstocken. Diese Soldaten werden die ersten sein, die sich ebenfalls am Krieg gegen den Irak beteiligen werden.

Und auch deshalb kann ich nur sagen: Soldaten, die Ihr in Kuwait stationiert seid, lasst Euch heimschicken, so wie es tschechische Soldaten gemacht haben, oder verweigert den Kriegsdienst.

Liebe Freundinnen und Freunde, der Aufmarsch für diesen Krieg wäre ohne die Transporte über Frankfurt Airbase, Ramstein und Spangdahlem nicht möglich gewesen. Und wir alle wissen: Die Rechtslage ist die, dass ein Angriffskrieg von Deutschland aus nicht geführt werden darf.

Die Bundesregierung befindet sich nach Angaben des Bundesrichters Dieter Deiseroth am Rande eines Verfassungsbruchs: wenn sie diese Transporte ermöglicht. Seit Juli laufen diese Transporte, und ich fordere die Bundesregierung auf: Stoppen Sie die gesamten Transporte aus Frankfurt Airbase, Ramstein, Spangdahlem, Vilseck, Bremen, Bremerhaven, Nordenham und so weiter...

Dieser Tage wurde in Grafenwöhr das zentrale Kriegsvorbereitungsmanöver durchgeführt. Doch wurde mit den wichtigsten Repräsentanten dieses Krieges – Tommy Franks und anderen Generälen – des geplanten Irakkriegs wie es so schön heißt, »virtuell geübt«. Dieses Manöver war die konkrete Kriegsvorbereitung. Deshalb begrüße ich, dass es von außen begleitet und gestört wurde von Friedensaktivisten.

Im Moment liegt bei der NATO die Anfrage vor, dass die NATO den Krieg unterstützen soll. Diese Anfrage ist noch nicht beschieden, weder negativ noch positiv. Wenn die deutsche Regierung wirklich gegen den Krieg wäre, dann müsste sie ein Veto innerhalb der NATO einlegen. Ich fordere sie dazu auf!

Die Bundesregierung ist an 20 verschiedenen Punkten daran beteiligt diesen Krieg zu unterstützen. Ich habe einige davon benannt. Nun fragt man sich natürlich: Warum wird dann diese Friedensrhetorik formuliert?

Das hat im Wesentlichen zwei Gründe:

1. Es ist »leider« so, dass in Deutschland nicht ständig Wahlen sind, denn Wahlen führen bei SPD-Vertretern dazu, dass sie ständig Friedensrhetorik absondern.

2. Litt diese Friedensrhetorik daran, dass die die deutsche Regierung und deutsche Firmen in dieser Region andere Interessen haben, als es die USA und US-Firmen haben.

Ein Beispiel: Eines der nächsten Kriegsziele der USA ist der Iran. Der Iran ist zugleich einer der wichtigsten Wirtschaftspartner der Deutschlands in der Region. Und es ist nicht im Interesse deutscher Firmen und der deutschen Bundesregierung, dass der Iran als nächstes angegriffen wird.

Wir müssen also ganz klar sagen: Die Bundesregierung hat auch deshalb diese Friedensrhetorik formuliert, weil sie eigene Interessen in der Region hat.

Und das sieht man gerade jetzt, wenn die Rede ist vom »alten« und vom »neuen Europa«. Es haben sich zwei Mächte gefunden, Frankreich und Deutschland, die im Moment auch noch ein anderes Projekt verfolgen. Dieses Projekt heißt: Die Herausbildung einer eigenständigen Militärmacht Europa! In Frankreich wird das ganz offen formuliert. Man will die Europäische Union als Gegenmacht gegen die USA aufbauen.

Ich sage: Wir wollen weder eine Weltmacht USA, noch eine Weltmacht Europäische Union und wir wollen schon gar keine Weltmacht Deutschland.

Liebe Freundinnen und Freunde, auf den Punkt gebracht: Wer die US-Kriegspolitik berechtigterweise kritisiert, darf zur deutschen Kriegsunterstützungs- und Kriegspolitik nicht schweigen.

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir morgen hier bei der Demonstration, die sich sowohl gegen die us-amerikanische Kriegspolitik als auch gegen die deutsche Kriegsunterstützungs- und Kriegspolitik wendet, mehr sind als bei Udes Demonstration.

Deshalb sagt allen, kommt zur Demonstration um 12 Uhr auf dem Marienplatz gegen die globale Kriegspolitik sowohl der USA als auch Deutschlands!

Das Völkerrecht und die Überwindung der terroristischen Bedrohung

Ein Vortrag von ULLRICH HAHN
vom Internationalen Versöhnungsbund

Im Rahmen meines Vortrages möchte ich zwei Fragen klären helfen:

- a) Welchen Terrorismus wollen wir überwinden: nur den, der uns bedroht?
- b) Welche Mittel sind uns dabei recht?

Die Frage nach dem Recht ist eine grundsätzlich andere als die nach der Machbarkeit.

I. Anmerkungen zu dem, was Recht ist

Recht steht im Gegensatz zur Macht

Der Mächtige kann, muss aber nicht im Recht sein. Seit der Frühzeit menschlicher Rechtsordnung hat das Recht die Aufgabe, die Macht in die Schranken zu weisen. Wie insbesondere die Entwicklung der Menschenrechte zeigt, musste und muss sich das Recht in der Regel mühsam gegen die Macht durchsetzen. Über weite Phasen der Geschichte war und ist es ohnmächtig. Dies bedeutet aber nicht, dass es keinerlei Geltung beanspruchen würde. Das Recht ist auch in den dunklen Zeiten da, aber es wird mit Stiefeln getreten. Ohne ein solches Verständnis vom schon gültigen aber ohnmächtigen Recht könnten wir nicht sagen, die Menschenrechte würden in China, Syrien oder anderswo verletzt. Der Umstand, dass sie verletzt werden, ist ein Zeichen ihres schon bestehenden Anspruchs auf Geltung.

Der Erfolg gibt nicht Recht

Der Erfolg kann ein möglicher Maßstab der Macht sein, bzw. diejenige Macht auszeichnen, welche die stärkeren Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele besitzt. Verbrechen werden nicht dadurch recht, dass sie unentdeckt bleiben oder sich kein Ankläger findet. In den staatlichen Prozessordnungen ist anerkannt, dass ein vielleicht erwünschtes Ergebnis nicht mit allen, d.h. auch unrechten Mitteln erzielt werden darf: Das Geständnis des Straftäters ist nicht verwertbar, wenn es durch Folter oder andere verwerfliche Maßnahmen erzwungen wurde.

Ebenso werden im Völkerrecht gewaltsame Eroberungen nicht anerkannt, auch wenn sie »erfolgreich« durchgeführt wurden. Dies schließt nicht aus, dass durch gewaltsames, auch militärisches Vorgehen dauerhaft Fakten gesetzt werden und eventuell sogar Konflikte gelöst werden können: Rom hat seinen Konflikt mit Karthago durch dessen Zerstörung dauerhaft erledigt, und viele zwischenstaatliche Konflikte laufen bis in die Gegenwart nach dem gleichen Muster ab. Es ist für mich keine Frage, dass durch Gewalt Konflikte gelöst werden können; die Frage ist vielmehr, ob sie auf diese Weise gelöst werden dürfen. Durch den am 7. Oktober 2001 eröffneten Krieg gegen Afghanistan haben die USA und ihre Verbündeten erfolgreich das Taliban-Regime beseitigt und damit vielleicht den Weg

zu innergesellschaftlichen Reformen eröffnet. Dennoch bleibt die Frage, ob die für dieses Ergebnis eingesetzten Mittel Recht waren.

Das Recht ist nicht identisch mit dem staatlichen Gesetz, auch wenn es auf demokratisch-parlamentarischem Wege geschaffen wurde.

Die »Rechtsordnung« kann ganz oder zum Teil eine Unrechtsordnung sein. Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes (»... die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«) soll uns an die mögliche Differenz von Gesetz und Recht erinnern und fordert staatliche Amtsträger und Richter auf, die jeweils zur Anwendung kommenden Gesetze immer auch daraufhin zu prüfen, ob sie recht sind. Diese Differenz gilt nicht weniger für internationale Normen: Der Krieg gegen den Irak Anfang 1991 wurde durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert. War er deshalb recht? Der seit Beendigung dieses Krieges gleichfalls vom UN-Sicherheitsrat legitimierte Wirtschaftsboykott gegen den Irak, der bisher Hunderttausende von Menschen in diesem Land das Leben gekostet hat, wird vom früheren Leiter des UN-Programms für den Irak, »Öl für Nahrung«, dem deutschen Diplomaten von Sponeck, »das größte organisierte Unrecht unserer Zeit« genannt.

Was Recht ist, steht nie von vornherein fest

Recht ist im besten Fall das Ergebnis einer gemeinsamen Suche unter Einbeziehung aller Beteiligten. Recht wird am ehesten gefunden im Dialog, durch einen Konsens und festgehalten durch vertragliche Vereinbarungen. Recht wird nicht oktroyiert, nicht auferlegt. In der Justiz bedarf die Rechtsfindung eines Prozesses, d.h. eines Verfahrens mit offenem Ausgang. Ein »kurzer Prozess«, wie er unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit vielen Gefangenen im Krieg gegen Afghanistan praktiziert wird, hat die Vermutung schwer wiegen-

den Unrechts gegen sich und widerspricht im übrigen der Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 28. September 2001, wonach

»... alle Staaten ... sicherstellen werden, dass alle Personen, die an der Begehung terroristischer Taten oder an deren Unterstützung mitwirken, vor Gericht gestellt werden...«

Die Rolle des Richters bei der Rechtsfindung ist in erster Linie nicht die des Strafrichters, sondern die des Schiedsrichters. Der römische Prätor hatte als »Gleichmacher« dafür zu sorgen, dass die schwächere Partei die gleiche Chance bekam, an der Rechtsfindung mitzuwirken, wie die stärkere Seite.

Grundsätzlich gilt: Je mehr Zwang eingesetzt wird, desto weniger Recht ist das Ergebnis.

Auch die Diktaturen bedienen sich des »Rechts« als Herrschaftsinstrument zur Unterdrückung der Menschen. Die Anwendung gerichtlicher Formen und Verfahren ist deshalb allein noch keine Gewähr für die Rechtsfindung. Es kann damit auch ein herrschendes Unrecht legitimiert werden. Im Gegensatz dazu ist die Freiheit von Zwang, Gewalt und Macht bei der Rechtsfindung ein sicheres Indiz für die Entfaltung des Rechts.

II. Zum Völkerrecht

Das »Völkerrecht« bezeichnet zunächst einmal nicht so sehr das Recht der Völker, sondern die Rechtsregeln im Verhältnis der Staaten untereinander.

Erst im 20. Jahrhundert haben sich im Rahmen der Entwicklung des internationalen Schutzsystems für die Menschenrechte auch die einzelnen Menschen als Adressaten und begünstigte Dritte in das Blickfeld des Völkerrechts geschoben. Methodisch hat sich das Völkerrecht auf eine anarchische Weise

entwickelt: Da alle Staaten sich als souverän betrachtet und keine übergeordnete, überstaatliche Autorität anerkannt haben, war und ist es z.T. noch eine Rechtsordnung zwischen freien und gleichen Rechtssubjekten.

In der Gegenwart haben wir es im Völkerrecht vor allem mit zwei Rechtsschichten zu tun: Der Vertragsvölkerrecht und einem sich als Herrschaftsrecht entwickelnden Normensystem im Rahmen der UN-Charta.

Nachdem das Verhältnis zwischen den Staaten bis in das 19. Jahrhundert hinein überwiegend gewohnheitsrechtlich geregelt war, hat sich im 19. und 20. Jahrhundert ein immer engeres Geflecht des Völkervertragsrechts entwickelt. Was international als Recht gilt, wird dabei nicht mehr nur in zweiseitigen Verträgen zwischen den Staaten vereinbart, sondern zunehmend durch mehrseitige Verträge, an denen eine Vielzahl von Staaten beteiligt sind. Dieses Vertragsrecht ist geprägt durch – die Gegenseitigkeit aller vereinbarten Ver-

pflichtungen, – die Abwesenheit von Zwang sowohl beim Vertragsschluss als auch bei der Einhaltung der Verträge, – Kontrollen, die ihrerseits auf Vereinbarungen beruhen (z.B. die Vereinbarung von unangekündigten Besuchen in Gefängnissen und Polizeistationen im Rahmen der Anti-Folter-Konventionen). Eine internationale Durchsetzung der vertraglichen Verpflichtungen geschieht nicht durch eine höhere Instanz, sondern im äußersten Fall durch einen Abbruch der Beziehungen mit der vertragsbrüchigen Seite. Innerstaatlich übernehmen die nationalen Gerichte in der Regel die Auslegung und Anwendung der internationalen Vereinbarungen für den innerstaatlichen Bereich (z.B. Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention). Eine wichtige Begleiterscheinung dieses Völkervertragsrechts ist es, dass es für den Einfluss von NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) offen ist. Auf den entsprechenden Staatenkonferenzen haben die »Völker«, vertreten durch eine Vielzahl von Organisationen, die den Menschenrechten, der Umwelt, der Gerechtigkeit etc. verpflichtet sind, auch real die Möglichkeit, an der Ausgestaltung dieser Schicht des Völkerrechts mitzuarbeiten. Zum Bereich des Völkervertragsrechts gehören u.a. eine Reihe von Übereinkommen zum Schutz der Umwelt, Konventionen gegen den Terrorismus und die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes.

Durch die Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 ist eine neue Normenquelle im Völkerrecht entstanden, die im Gegensatz zum Völkervertragsrecht Züge eines Herrschaftsrechts annimmt. Auch die UN-Charta wurde zunächst im Rahmen eines mehrseitigen völkerrechtlichen Vertrages in Kraft gesetzt. Anders, als es im Völkervertragsrecht möglich wäre, verleiht die UN-Charta ihren Organen aber auch die Kompetenz, gegen Nichtmitglieder tätig zu werden und



»Kein Kampf außer dem Klassenkampf«
Demonstrant am World Trade Center in
Brüssel, 15. 2. 2003 Foto: Dariusz Dunker

Zwangsmittel sowohl gegen Mitglieder als auch gegen Nichtmitglieder einzusetzen (Artikel 2 Ziffern 6, 39 und 108 der UN-Charta). Die Verhängung von Zwangsmitteln obliegt dem Sicherheitsrat, dessen Struktur und Kompetenzen an die Großmachtpolitik des 19. Jahrhunderts erinnern. Innerhalb des Sicherheitsrates haben die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges (USA, Großbritannien,

Frankreich, Russland und China) jede für sich ein Veto-Recht, welches bewirkt, dass es nicht zu Beschlüssen kommen kann, die gegen die Interessen dieser Mächte gerichtet sind. Besonders deutlich wird dies im Verhältnis zum Internationalen Gerichtshof als dem »Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen« (Artikel 92 der Charta).

»Jedes Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet sich, bei jeder Streitigkeit, bei der es Partei ist, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes zu befolgen.« (Artikel 94 Absatz 1 der Charta)

Falls ein Staat sich einem Urteil des Gerichtshofes aber nicht beugen will, kann nur der Sicherheitsrat Maßnahmen beschließen, um dem Urteil Wirksamkeit zu verschaffen (Artikel 94 Absatz 2 der Charta). Dies hat zur Folge, dass eine Rechtsetzung durch den Sicherheitsrat immer nur im Sinne der Großmächte geschehen kann, niemals gegen sie. Damit steht aber nicht das Recht über der Macht, sondern umgekehrt die Macht über dem Recht. Ein solches »Recht« gilt nicht für alle und entbehrt deshalb eines der wesentlichen Kriterien des Rechts. Es ist deshalb auch nicht in der Lage, als Vorbild für die Recht-



Demonstration in Brüssel, 15. 2. 2003

setzung und zur freiwilligen Übernahme des gesetzten Rechts hinzuwirken.

Die USA als derzeit einzige Weltmacht praktizieren ganz offen ein Verständnis des Völkerrechts, wonach das Recht nur dann und insoweit befolgt wird, wie es den eigenen nationalen Interessen dienlich ist. Dazu gehört, dass die USA sehr zurückhaltend sind bei der Unterzeichnung von mehrseitigen Verträgen, durch die sich selbst verpflichten würden (Kyoto-Protokoll, die Konvention zur Kontrolle des Herstellungsverbotes von Bio-Waffen, das Verbot von Landminen etc.). Statt auf die Entwicklung des Völkerrechts verlassen sich die USA lieber auf die Rechtsetzung durch den UN-Sicherheitsrat, wo sie jederzeit ihr Veto einlegen können. Dies gilt auch für die im Herbst 2001 erlassenen Resolutionen des Sicherheitsrates gegen den Terrorismus statt der Unterzeichnung bereits älterer völkerrechtlicher Verträge gleichen Inhaltes. Die USA waren durchaus bereit, internationale Strafgerichtshöfe für die Aufarbeitung von Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda per Sicherheitsratsbeschluss einzurichten, wehren sich aber

mit aller Macht gegen die Einrichtung eines vertraglich vereinbarten internationalen Stragerichtshofes, dem auch die Kompetenz zukommen könnte, über die Rechtmäßigkeit des Handelns amerikanischer Streitkräfte zu urteilen.

Ein Beispiel für die Missachtung des Rechts war die Nichtbeachtung des Urteils des Internationalen Gerichtshofes (IGH) zu Nicaragua 1985. Damals hatten die USA die gegen die Sandinisten-Regierung operierenden Terrorgruppen des »Contras« mit Waffen und Hilfsgütern unterstützt und darüber hinaus durch die US-Marine die Seehäfen Nicaraguas vermint. Der IGH hatte zwar die bloße Unterstützung der Terrorgruppen durch Waffenlieferungen nicht als völkerrechtswidrig angesehen, wohl aber die Verminung der Häfen durch die eigenen Streitkräfte. Die USA wurden durch das Urteil aufgefordert, die entsprechenden Schäden zu beseitigen und Schadensersatz zu leisten. Die USA haben sich nie an dieses Urteil gehalten, sondern im Gegenteil ihre vormalige Bereitschaft, sich den Urteilen des IGH zu unterwerfen, zurückgezogen. Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung dieses Urteils konnte Nicaragua nicht erreichen, da (wie oben ausgeführt) der Sicherheitsrat zu einem entsprechenden Beschluss nicht in der Lage war.

In der Gegenwart nehmen die Luftstreitkräfte der USA und Großbritanniens das Recht für sich in Anspruch, ohne völkerrechtliche Legitimation den Luftraum über dem Irak zu kontrollieren und alle (vergeblichen) Versuche des Irak, diese Kontrollflüge zu verhindern, mit Bomben und Raketen auf militärische und zivile Ziele zu beantworten (1999 wurden etwa 1.000 Raketen auf mehr als 300 Ziele im Irak abgefeuert; Mutz in der Frankfurter Rundschau vom 07.06.2002).

Grundsätzlich gilt: Je mehr das Recht für alle gleich ist und je weitergehender es auf mehrseitigen Verträgen beruht, desto

größer ist die Aussicht, dass es sich tatsächlich um Recht handelt. Die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bieten demgegenüber keine Gewähr für das Recht, sondern sind Ausdruck einer jeweiligen Konformität mit den Interessen der fünf Großmächte.

III. Zum Terrorismus

Es ist schwierig, das, was als Terrorismus bekämpft werden soll, überhaupt exakt zu definieren. Im nationalen Recht haben wir keine genaue Definition des Terrorismus. Dies ist auch insoweit nicht nötig, als terroristische Taten (Mord, Totschlag, Geiselnahme, Flugzeugentführung, Körperverletzung, Freiheitsberaubung etc.) ohnehin unter Strafe stehen. Der Begriff der »terroristischen Vereinigung« in 129a StGB wurde nur geschaffen, um bereits im weiten Vorfeld einer ohnehin strafbaren terroristischen Tat Vorbereitungs- und Unterstützungshandlungen unter Strafe stellen zu können und besondere prozessuale Ermächtigungen für die Ermittlungsbehörden zu schaffen, die man ihnen bei anderen Straftaten nicht zugestehen will.

Der »Brockhaus« von 1973, also aus einer Zeit vor der modernen politischen Aktualität, definiert den Terrorismus als »gewalttätige Form des politischen Machtkampfes« und unterteilt ihn

- in den Staatsterror, welcher (in vielfältigen Formen) der Unterdrückung der Opposition dient,
- den Terror im Krieg (ebenfalls durch den Staat) zur Zermürbung der Widerstandskraft der feindlichen Zivilbevölkerung (etwa durch den Bombenterror) und zur Einschüchterung der Bevölkerung in besetzten Gebieten und
- den Gruppenterror revolutionärer Gruppen (was heute teilweise als »privatisierte Gewalt« bezeichnet wird).

Feststehen dürfte, dass der Staatsterror noch immer die in der Welt häufigste Form des Terrorismus darstellt (siehe auch die jährlichen Menschenrechtsberichte von amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen).

Wenn vor kurzem gemeldet wurde, dass die USA einen potenziellen Terroristen gefasst hätten, der geplant hätte, eine »schmutzige« radioaktive Bombe zu entwickeln, so dürfen wir nicht übersehen, dass die Atomkräfte Tausende von nicht weniger schmutzigen, d.h. radioaktiven Atombomben in ihren Arsenalen lagern und speziell die USA auch entgegen einem Gutachten des IGH den Ersteinsatz von Atomwaffen auch gegen Staaten für zulässig halten, die selbst keine Atomwaffenstaaten sind.

Eine international allgemeingültige Definition von Terrorismus war und ist auch deshalb schwierig, weil die Staaten politisch zwischen erwünschtem und unerwünschtem Terrorismus unterscheiden: So hatte z.B. die Arabische Liga 1996 definiert:

»Terrorismus ist organisierte Gewalt, die Angst auslöst... Davon ausgenommen ist der bewaffnete Kampf eines besetzten Volkes, um sein Gebiet zu befreien.«

Auch in unserer eigenen Gesellschaft erleben wir Beispiele von als richtig anerkannten terroristischen Anschlägen: Georg Elsner hatte im November 1939 versucht, Hitler durch eine im Bürgerbräu-Keller München installierte Bombe zu töten. Hitler selbst entging dem Anschlag durch sein vorzeitiges Verlassen des Raumes; die Bombe tötete dafür mehr als 50 andere Menschen.

In seiner Schrift »Der Mensch vor der Revolte« hat Albert Camus am Beispiel der frühen russischen Revolutionäre vor Ende des 19. Jahrhunderts eine Grenze aufgezeigt, die dazu dienen kann, begrifflich zu erfassen, was Terrorismus ist: Die frühen Revolutionäre waren zwar bereit, politische Gegner (z.B. den Zaren, Gouverneure und Generäle) durch

Bomben und Attentate zu töten. Es durfte jedoch kein unbeteiligter Mensch dabei zu Schaden kommen, was zur Bedingung hatte, dass die Attentäter selbst am Ort des Geschehens verbleiben mussten, um bis zuletzt entscheiden zu können, ob die Bombe geworfen werden durfte oder nicht.

Hieraus ergibt sich für mich die Definition des Terrorismus als eine in ihrer Wirkung eingeschränkte Gewalt, die sich auch gegen Unbeteiligte (Nicht-Kombattanten) richtet.

Terroristisch ist nach dieser Definition dann nicht nur eine »privatisierte« Gewalt, sondern in gleicher Weise der Einsatz militärischer Gewalt, der durch die Art der eingesetzten Waffen die Verletzung und Tötung unbeteiligter Menschen (Kollateralschäden) ebenso wenig ausschließt, wie die Gewalt nichtstaatlicher Terroristen.

Auch den Tätern des 11. September 2001 kam es nicht darauf an, dass sich in den Türmen des World Trade Centers oder in den



Demonstration in Berlin, 15. 2. 2003

von ihnen gekaperten Flugzeugen möglichst viele Menschen befanden. Die Flugzeuge und Türme hätten auch menschenleer sein können. Es ging ihnen um die Zerstörung der letzteren. Dass dabei eine große Zahl von Menschen sterben musste, haben sie schlicht in Kauf genommen, d.h. die Menschen waren ihnen egal. Einen Unterschied zu militärischen Einsätzen vermag ich hier nicht zu erkennen.

IV. Zur Staatsgewalt

Wie bereits aus den vorangegangenen Überlegungen zum Terrorismus deutlich wurde, schließt das Gewaltmonopol des Staates den Terror nicht aus. Nach Max Weber (Politik als Beruf, 1919) ist der Staat

»diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes ... das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.«

Dieses Monopol physischer Gewaltsamkeit hat nicht zuletzt in der deutschen Geschichte schreckliche Verbrechen ermöglicht, welche die mögliche Summe privater Gewalt weit überstiegen hat. Vergleichbares lässt sich wahrscheinlich auch in der Geschichte anderer Staaten zeigen. Die Entwicklung und der Einsatz von Atomwaffen wahr wohl genauso von der Potenz eines staatlichen Gewaltmonopols abhängig wie die Errichtung von Konzentrationslagern und der darin geplante Völkermord.

Die Geschichte zeigt uns leider auch, dass selbst Modelle der Gewaltenteilung innerhalb des staatlichen Gewaltmonopols keine Gewähr dafür sind, dass diese Gewalt nicht zu terroristischen Handlungen zumindest außerhalb der eigenen Nation gebraucht werden könnte. Ich ziehe hieraus die Schlussfolgerung, dass das Tabu verletzend und tödender Gewalt nur dann eine wertbildende Kraft entfalten kann, wenn es auch für die staatlichen Organe selbst gilt.

Die eingehegte Gewalt

Es ist eine kulturell bedeutsame Leistung, dass sich im Rahmen der Ausbildung des Rechtsstaates im 18. und 19. Jahrhundert Formen einer eingegrenzten staatlichen Gewalt entwickelt haben, die sich nicht gegen Unbeteiligte richten und in ihrer Wirkung begrenzt sind, d.h. regelmäßig nicht töten und verletzen. Die wichtigste dieser Formen ist die Polizei: Nach dem Polizeigesetz Baden-Württembergs ist

z.B. der Schusswaffengebrauch als stärkste Form polizeilicher Gewalt »unzulässig, wenn erkennbar Unbeteiligte mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden.« (§53 Absatz 2 Satz 1 Polizeigesetz) Eine Ausnahme gilt nur, »wenn der Schusswaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr ist«. Zusätzlich gilt für die Polizei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Dies hat Auswirkungen zum einen auf die Art der Bewaffnung. Zum anderen muss die der Polizei aufgetragene Durchsetzung der Ordnung in der Regel dann zurückstehen, wenn durch den polizeilichen Eingriff Menschen verletzt werden könnten. Schließlich sind alle Eingriffe der Polizei, wenn auch oft erst nachträglich, vor Gericht auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfbar. Jeder Polizist, der von seiner Schusswaffe Gebrauch macht, muss mit einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren über die Rechtmäßigkeit seines Einsatzes rechnen. Darüberhinaus sind die polizeilichen Einsätze regelmäßig nicht nur einer gerichtlichen, sondern auch einer öffentlichen Kontrolle durch unabhängige Medien ausgesetzt.

Die Polizei ist deshalb etwas grundsätzlich anderes als das Militär. Wie es aussieht, wenn das Militär Polizeiaufgaben übernimmt, können wir beim Vorgehen des israelischen Militärs in den besetzten Gebieten beobachten. Beispiele gab es aber auch beim Krieg in Afghanistan:

»An fünf Tagen im November 2001 bombardierten Kampfflugzeuge fünf verschiedene Gebäudekomplexe in Kabul, Gardez und Khost, um einen dort gesichteten Funktionär der Taliban auszuschalten. Jedes Mal entkam der Gesuchte, aber mehr als 40 Zivilisten wurden getötet.« (aus: Mutz, Wo Solidarität endet und das Abenteuer beginnt; in: Frankfurter Rundschau, 7. 6. 2002)

Andererseits bleibt Polizei nicht Polizei, wenn sie sich militärischer Waffen bedient. Das gleiche gilt auch für geheimdienstliche

Methoden (Einsatz verdeckter Ermittler, Abhörmaßnahmen etc.), die zwar der militärischen Einsatzstrategie und Taktik entsprechen mögen, jedoch eines Rechtsstaates unwürdig sind.

Welche Folgen eine Vermengung von Polizei- und Militäreinheiten bewirkt, konnten wir in den 1970er Jahren bei den lateinamerikanischen Diktaturen beobachten. Polizei und Militär bildeten dort zusammen die »Sicherheitskräfte«, die der Sicherheit der Diktatoren und der Unterdrückung der Bevölkerung dienten.

Besondere Zwischenformen von Polizei und Militär gibt es auch in der Türkei und in Gestalt der Truppen des russischen Innenministeriums etwa beim Einsatz in Tschetschenien. Solche Zwischenformen haben bisher keinen Zuwachs an Rechtsstaatlichkeit gezeitigt, aber ungezählte Beispiele von Staatsterrorismus hervorgebracht.

Aus den Überlegungen zur Polizei lässt sich schließen: Der Einsatz für den Rechtsstaat ist nicht gleichbedeutend mit einer Vergrößerung des staatlichen Gewaltpotenzials. Ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit lässt sich vielmehr nur erreichen durch zunehmende Eingrenzung und Verminderung auch der staatlichen Gewalt.

V. Schlussgedanken

Wenn wir über das Recht nachdenken und das Recht fördern wollen, geht es nicht um die Durchsetzung eines blutleeren Prinzips. Das Ziel des Rechts ist vielmehr Gerechtigkeit. Dies ist für mich zum einen der Zustand, in dem das Recht ohne Gewalt zur Geltung kommt. Zum anderen ist die Gerechtigkeit geprägt nicht nur durch eine weitestmögliche Abwesenheit persönlicher, direkter Gewalt, sondern auch durch eine Überwindung der strukturellen Gewalt. Dieser weltweiten strukturellen Gewalt fallen täglich weit mehr

Menschen zum Opfer als durch alle Kriege zusammengekommen.

Das Wort der deutschen katholischen Bischöfe vom 27. September 2000, »gerechter Friede«, sagt:

»Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt.« (Ziffer 59)

Dabei stehen die direkte und die strukturelle Gewalt in einer Wechselbeziehung: Die direkte Gewalt in Form des Militärs dient zum einen der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse (Schröder: »Wir verteidigen unsere Art zu leben und das ist unser gutes Recht«; Scharping: »Wir wissen doch alle, dass z.B. die weltwirtschaftliche Stabilität und die weltwirtschaftliche Sicherheit von dieser Region stark beeinflusst werden können, von jener Region, in der 70% der Erdölreserven des Globus und 40% der Erdgasreserven des Globus liegen.« beide im Bundestag nach der Regierungserklärung vom Oktober 2001).

Die militärische Macht des Westens dient wohl kaum dazu, die vorhandenen Bodenschätze zum Zweck der gerechten Verteilung unter alle Menschen zu sichern. Schon lange vor der Stationierung amerikanischer und westeuropäischer Militäreinheiten in der vorderasiatischen Region haben insbesondere die USA die Unterzeichnung des UN-Seerechtsübereinkommens von 1982 verweigert, wo die Bodenschätze auf dem Meeresgrund als »gemeinsames Erbe der Menschheit« bezeichnet wurden und deren Ausbeutung einer internationalen Meeresbodenbehörde übertragen werden sollte. Auch hier haben sich die nationalen Interessen der Mächtigen bisher gegen eine gerechte Verteilung der Ressourcen im Weltmaßstab durchgesetzt.

Zum anderen ist das Militär aber auch selbst ein Teil dieser strukturellen Gewalt. Allein die Rüstungsausgaben in Deutschland betragen in den zehn Jahren nach der



Wiedervereinigung und der Auflösung des Warschauer Paktes über 500 Millionen Mark. Dieses Geld kann kein zweites Mal ausgegeben werden.

Aus dem Blick auf die tödlichen Formen struktureller Gewalt gilt für mich: Eine Alternative zur Gewalt besteht nicht einfach in den Methoden der Gewaltlosigkeit, wenn diese nur verstanden werden als ein Ersatz für das, was zuvor die Gewalt leisten sollte.

Die Alternative zur Gewalt ist vielmehr das Streben nach Gerechtigkeit, welches mit der Absage an die direkte Gewalt zugleich die Bereitschaft enthalten muss, den eigenen Lebensstil den Bedürfnissen der übrigen Menschheit anzupassen. Unser jetziger im Westen für selbstverständlich erachteter Lebensstil mit dem damit einhergehenden Wohlstandsgefälle bedingt Waffen, geschlossene Grenzen und Sicherheitssysteme.

Antworten, die Frieden stiften können, sind für mich:

1. der Verzicht auf verletzendes und tötendes Gewalt,
2. die Suche nach dem Recht, welches immer auch das Recht des Anderen einschließt, der aus unserer Sicht im Unrecht ist,
3. die Bereitschaft, zugunsten einer weltweiten Gerechtigkeit auch unsere eigenen Bedürfnisse so zu gestalten, dass sie allen Menschen ein Leben ohne Hunger und Elend ermöglichen.

Dieser Beitrag ist das Manuskript eines Vortrages bei der Evang. Akademie Bad Herrenalb am 14. Juni 2002 zum Tagungsthema »Herausforderung Terror Auf der Suche nach Antworten, die Frieden stiften«. Er findet sich auch in »4/3-Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst« in der Ausgabe Nr. 3/2002.

Wir haben eine Familie im Irak

Anfang Dezember war eine Delegation verschiedener Organisationen in Bagdad, um sich ein Bild von der humanitären Lage zu machen. Dies ist der Bericht des Internationalen Versöhnungsbundes, Deutscher Zweig.

Vier Tage lang haben die sechs Mitglieder der Irak-Mission des Internationalen Versöhnungsbundes, Deutscher Zweig, sich ein Bild von den Lebensverhältnissen der Menschen im Irak gemacht.

»Wir besuchten verschiedene christliche Gemeinden, trafen Vertreter einer muslimischer und der jüdischen Gemeinde und führten Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von humanitären Organisationen«, so Dr. Matthias Engelke, evangelischer Pfarrer aus Trier.

»Was wir sahen und hörten, spottet jeder Beschreibung«, stellt José Höhne-Sparborth, Ordensfrau aus den Niederlanden, fest.

Auf Grund der seit über 12 Jahren andauernden Sanktionen sind die Menschen an einem Punkt angelangt, an dem sie nicht mehr können. Die Menschen haben gerade genug um nicht zu verhungern. Aber jedes zusätzliche Ereignis wie Krankheit oder Verlust der Arbeit stürzt sie in tiefste Not. Irakis verkaufen ihre monatlichen Essensrationen, um an Bargeld für den Einkauf von Fleisch, Medikamenten, Kleidung und anderen lebensnotwendigen Waren zu kommen.

Viele Haushalte sind ohne Möbel, da die Menschen all ihr Hab und Gut verkauft haben.

»Wo wir hinkamen, baten uns die Menschen alles zu tun, um dieses Embargo endlich aufzuheben«, so Thomas Krahe von der Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfartshausen.

Laut aktuellen UNO-Berichten verdienen 49% der Familien nicht genug Geld, um für ihre Grundbedürfnisse aufzukommen. Die Kindersterblichkeit beläuft sich auf 131 unter 1000 Lebendgeburten in der Zeit von 1994 bis 1997. Im Mai 2000 wurde Irak in der Liste des Human Development Index von 174 Ländern an 126. Stelle genannt.

Obwohl sich die Situation mit der Einführung des Oil-for-Food-Programms seit 1996 in einigen Bereichen gebessert hat, beträgt die akute Fehlernährung (Verhältnis von Gewicht zu Körpergröße) von Kindern unter 5 Jahren im Jahr 2002 immer noch 4%, das Untergewicht (Verhältnis von Gewicht zu Alter) 9,4%, und die chronische Fehlernährung (Körpergröße in Relation zum Alter) 23,1% (Quelle: UNDP/UNICEF). Dies erfuhr die Delegation von Francis Dubois, dem Repräsentanten des UN-Entwicklungsprogrammes in Bagdad.

Edward Miller vom Mennonite Central Committee berichtete der Delegation, dass das jährliche Einkommen pro Einwohner des 22-Millionenstaates 174 US-Dollar beträgt. Im selben Zeitraum gibt die UN 400 US-Dollar für Hundefutter für die Minensuchhunde im Norden des Iraks aus.

»Die Sanktionen treffen die einfache Bevölkerung. Das haben wir mit eigenen Augen gesehen«, sagt Reinhard Eckert vom Österreichischen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Güter mit eindeutig zivilem

Zweck fallen unter das Embargo. Im Kinderkrankenhaus in Bagdad sahen wir ein zwei Tage altes gerade erst operiertes Baby, das nicht angemessen medizinisch betreut werden konnte, weil die Geräte und Medikamente auf der Intensivstation nicht ausreichten.

»Krebs ist im Irak ein Todesurteil«, so Angelika Schneider, Vorstandsmitglied des Deutschen Zweiges des Versöhnungsbundes. Wichtige Medikamente fallen unter das Embargo. Bestrahlungsbehandlungen sind nur eingeschränkt möglich, weil die Ersatzteile für die einzigen noch funktionierenden Geräte nicht eingeführt werden dürfen und die Einfuhr von medizinisch-radioaktivem Material verweigert wird.

»Wir erfuhren Freundschaft und Offenheit und keinerlei Zeichen von Ablehnung und Feindschaft«, sagt Kjell Jonasson, evangelischer Pfarrer aus Stockholm. »Wir konnten ungehindert durch die Straßen gehen und Bürger von Bagdad luden uns zu sich nach Hause ein.«

In Übereinstimmung mit der Position der US-amerikanischen Friedensorganisation Voices in the Wilderness (Sprecherin: Kathy Kelly) sind wir gegen die Produktion, Lagerung und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen in allen Ländern, unabhängig davon, ob es sich um atomare, biologische, chemische oder wirtschaftliche handelt.

Der chaldäische Patriarch von Babylon, Raphael I. Bidawid – so erfuhren wir von Caritas-Mitarbeitern – erklärte 2001: »Einen Menschen im Wald zu töten, ist laut Gesetz ein unverzeihliches

Verbrechen. Eine Nation umzubringen, ist, so scheint es, eine Frage der Diskussion und Ansichtssache«.

Alle Menschen guten Willens sind dazu aufgerufen, sich den Sanktionen gegen die Bevölkerung des Iraks zu widersetzen und dem drohenden Krieg entgegenzutreten.

»Wir brauchen Brücken zwischen den Kulturen. 12 Jahre Sanktionen sind zu lang. 10 Jahre haben wir gebraucht, um Brücken zwischen eurer und unserer christlichen Kirche zu bauen. Wieviel Zeit werden wir für die anderen Religionen brauchen? Und wieviel Zeit bleibt uns noch?« Wir schließen uns dieser Stellungnahme von Edward Eshu, dem Vertreter des Mittelöstlichen Rates der Kirchen (MECC) in Bagdad an.

Gerade als Christen und Christinnen ist es für uns selbstverständlich, zu zeigen, dass wir zusammengehören:

Wir haben nun eine Familie im Irak.

Quelle: www.versoenhungsbund.de



»Irakis wollen wirtschaftliche Gerechtigkeit, Bildung und Respekt vor ihrer Kultur sowie Demokratie ...keinen Krieg!« Demonstration in Brüssel, 15. 2. 2003

Foto: Dariusz Dunker

Kein Bekenntnis zur Gewalt!

Angesichts der Dekade zur Überwindung der Gewalt steht es der Kirche gut zu Gesicht, ihr eigenes Verhältnis zur Gewalt zu klären. Der Internationale Versöhnungsbund hat daher den folgenden Aufruf veröffentlicht, die im Augsburgischen Bekenntnis enthaltene Verdammung des Pazifismus zu überdenken.

An alle Kirchengemeinden, Haupt- und Ehrenamtlichen der evangelischen Kirchen

Im Februar 2001 wurde durch den Zentrallausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen die Dekade zur Überwindung der Gewalt in Berlin eröffnet. Im Aufruf des Zentrallausschusses heißt es u.a.:

»Wir sind der festen Überzeugung, dass die Kirchen aufgerufen sind, vor der Welt ein klares Zeugnis abzulegen von Frieden, Versöhnung und Gewaltlosigkeit, die auf Gerechtigkeit gründen. Wir erinnern an die Heiligen und Märtyrer, die bis an den heutigen Tag als Zeugen Gottes gegen die Mächte der Gewalt, der Zerstörung und des Krieges ihr Leben hingeben. Wir erinnern an das Zeugnis all der Menschen, die in ihren Gemeinschaften und darüber hinaus zu Zeichen der Hoffnung werden und die Wege aus der tödlichen Spirale der Gewalt eröffneten.«

Im Gegensatz dazu hält das Augsburgische Bekenntnis (CA) von 1530 in Artikel XVI bis auf den heutigen Tag fest,

»dass Christen ohne Sünde Übeltäter mit dem Schwert bestrafen, rechtmäßig Kriege führen und in ihnen mitstreiten können. ... Hiermit werden verdammt, die lehren, dass das oben Angezeigte unchristlich sei.«

Damit werden heute weiterhin alle diejenigen verdammt, die im Sinne des Ökumenischen Rates der Kirchen versuchen, ein klares Zeugnis abzulegen von Frieden, Versöhnung und Gewaltlosigkeit.

Auf Grund der in diesem Bekenntnis formulierten Verdammung wurden ungezählte Christinnen und Christen im 16. Jahrhundert, die sich in ihrem Glauben in der Nachfolge Jesu der Gewalt verweigerten, enthauptet, verbrannt, gevierteilt und ertränkt.

Es ist ein Skandal, dass CA XVI unverändert weiterhin verpflichtende Grundlage bei der Einführung von kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist. Es ist ebenfalls ein Skandal, dass CA XVI im Evangelischen Gesangbuch, das als ein Haus- und Andachtsbuch in den 90er Jahren von den meisten Landeskirchen neu herausgegeben wurde, enthalten ist.

Wir halten den Widerspruch zwischen dem Aufruf zu einer Dekade zur Überwindung der Gewalt und der noch heute gültigen Bekenntnisüberlieferung, die nach wie vor Gewalt theologisch legitimiert, für unerträglich.

»Die Vision, die uns das Evangelium vom Frieden bringt, ist eine Quelle der Hoffnung auf Veränderung und Neuanfang«, schreibt der Zentrallausschuss in seiner Botschaft.

Wir rufen dazu auf, diesen Neuanfang auch durch die Abkehr von falschen Bekenntnisaussagen deutlich zu machen.

Internationaler Versöhnungsbund / Die Teilnehmer der Studientagung »Rechtfertigung staatlicher Gewalt«

Terrabona

Wie es aussieht, wenn der Kampf gegen die Korruption zu einer grotesken Inszenierung zur Ablenkung von anderen Problemen gerät, schildert das INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA.

Die göttliche Komödie

Normalerweise hält sich San José, ein kleiner Heiliger aus geschnitztem Holz, mit weißem Anstrich und freundlichem Äußeren, in einem Schrein in seiner Heimatkirche auf. Die Gemeinde verehrt ihn als geheimnisvollen Wunderbringer, der die Gerechten schützt und den Ungläubigen böse Streiche spielt. Seine Kirche steht in Terrabona, einem Dorf im Süden Matagalpas. Die Legende erzählt, dass Bewohner des Städtchens die Figur einstmals in einem Baumstumpf fanden. Und wahrlich: sollte Gott jemals einen Flecken auserkoren haben, der einen kleinen gutmütigen Heiligen verdient hätte, dann muss es dieser Ort gewesen sein: Eingebettet in ein grünes Tal, verwöhnt von frischen Lüften, auf fruchtbarer Erde und unter goldener Sonne reift hier der wohl schönste Mais Nicaraguas. Wer in seinem Leben noch keine frisch gebackene Guirila bekam, eine Tortilla aus jungem frischen Mais, der weiß nicht, was Leben heißt.

Zugegeben, heil ist die Welt auch hier nicht, obschon behütet vom leutseligen Gottesfreund. Man ahnt hier wenig, welch große Schlachten zurzeit in der heißen Hauptstadt gefochten werden. Dort präsentiert sich Nicaragua der Welt zurzeit als wohlfeilige Bühne, auf der es endlich mal wieder wahre Helden und schmählige Schurken gibt. Der hehre Kampf des Guten gegen das Böse wird dort ausgetragen, der »Krieg gegen die Korruption«.

Was ist geschehen? Enrique Bolaños, eben noch Vizepräsident unter Alemán und damit mitverantwortlich für eine der korruptesten Regierungen Mittelamerikas seit der Unabhängigkeit, wird Ende 2001 zum Präsidenten gewählt. Alemán übergibt seinem Parteifreund das Amt mit der klaren Strategie, sich bei den nächsten Wahlen wieder zum Staatschef küren zu lassen. Zwischenzeitlich würde er sich mit dem Amt des Parlamentspräsidenten zufrieden geben und von dort aus seine Staats- und Privatgeschäfte weiter



Enrique Bolaños



Alemán

Arnaldo Alemán

betreiben. Er kann dabei nicht nur mit der unerschütterlichen Unterstützung der Mehrheitsfraktion der PLC rechnen, sondern hat auch die meisten der staatlichen Institutionen und Behörden fest in seiner Hand: Nach dem Deal mit der FSLN im Jahre 1999, dem sog. *pacto*, hatten sich Ortega und Alemán alle entscheidenden staatlichen Stellen untereinander aufgeteilt und sich jeweils einen Sitz im nächsten Parlament und Immunität vor der Justiz verschafft. Gemütlich hätte die Zeit für Alemán werden können, der im Verlauf seiner 5-jährigen Amtszeit allein seinen offiziellen Besitz von 26 Tsd. auf 1,4 Mio. US\$ steigerte. Doch er hatte nicht mit Bolaños gerechnet.

Bolaños ist ein Potentat der alten Schule, moralisch, konservativ, autoritär. Der Kampf gegen die Korruption ist seine Erfindung, seine Inszenierung, mit dem Plazet der USA. Das Schauspiel enthält fast alle Elemente eines klassischen Dramas. Ehre, Feindschaft, Enttäuschung, Rache, Loyalität vs. moralische Integrität. Am Tag der öffentlichen Enthüllung der Korruptionsaffäre sagt Bolaños im Fernsehen: »Arnoldo, ich bin traurig und enttäuscht.

Nie hätte ich gedacht, dass du derart dein Volk betrügen würdest.«

Der Machtkampf beginnt gleich nach Amtsantritt. Groß ist die Macht und der Einfluss Alemáns. Doch hatte sich Bolaños geschickt die strategische Zusammenarbeit der FSLN gesichert, der nicaraguanische Unternehmerverband steht fest hinter seinem langjährigen Vorsitzenden, das diplomatische Corps und vor allem die USA finden in dem Apologeten des neoliberalen Kapitalismus einen vernünftigen und vorzeigbaren, einen »nachhaltigeren« Ergebnis.

Das Schauspiel erreicht seinen ersten Höhepunkt, als Bolaños am 2. August 2002 zum großen Entscheidungskampf zusammenruft: Showdown im Olofito, dem großen Kongresszentrum Managuas. In einer Power-Point-Animation auf riesiger Leinwand stellt der Generalstaatsanwalt der nicaraguanischen Öffentlichkeit die Betrugereien des Ex-Präsidenten vor: Zahlen, Namen, Daten, Konten: Die nachweisbare Unterschlagung und Abzweigung von etwa 100 Millionen US-Dollar. Gegen 14 Personen erhebt die nicaraguanische Justiz Anklage, darunter 5 weitere Familienmitglieder des Ex-Präsidenten. Zehn dieser vierzehn Oberschicht-Outlaws befinden sich bereits bei Anklageerhebung im Ausland.

Am 10. September verkündet die zuständige Richterin ein erstes Urteil: Alle Angeklagten sind in Untersuchungshaft zu nehmen, das Parlament wird aufgerufen, den beiden Abgeordneten Alemán und seiner Tochter die Immunität abzuerkennen. Nicaragua hält den Atem an. Der wirkliche Höhepunkt in der Göttlichen Komödie aber ist dann neun Tage später erreicht: Nachdem sich das zuständige Gremium, die Junta Directiva des Parlaments (ausnahmslos mit Alemán-Anhängern besetzt), trotz drückender Beweislast zweimal weigert, eine Untersuchungskommission zur Aberkennung der Immunität einzuberufen, tritt an diesem denkwürdigen Tag das Parla-

ment zusammen (die Alemán-Abgeordneten sind aus Protest nicht erschienen) und wählt, verfassungsrechtlich fragwürdig, kurzerhand eine neue Junta Directiva. Alemán verliert den Job des Parlamentspräsidenten, die Kommission wird eingesetzt. Ein Gefühl liegt in der schwül heißen Luft wie nach einem Staatsstreich; ein Volk als Ödipus.

Bolaños organisiert einen nationalen Jubeltag am 21. September, spricht schwülstig von einer »Revolution des Friedens«. Es hagelt weitere Anklagen gegen Alemán; Konten, Anwesen und Güter von ihm und seiner Familie werden in Panama und den USA beschlagnahmt.

Verbündete auf beiden Seiten

Da sind diejenigen, die aus Ergebnis, Abhängigkeit oder Überzeugung an Alemán festhalten und jene, die nur darauf warteten, den autokratischen Caudillo, »Gordoman« (»Dickmann«) von der politischen Bühne zu wischen.

Die USA stehen fest hinter Bolaños, sie gehörten zu den ersten, die sich eindeutig für den »Kampf gegen die Korruption« des gewendeten Saubermanns aussprachen. Die »internationale Gebergemeinschaft« reibt sich ebenso die Hände wie die nationale Presse, die sich schon seit Monaten auf Alemán eingeschossen hat. Alte Rechnungen werden beglichen.

Eine eigentümliche Dynamik macht sich breit. Begeistert und teilweise kläglich unkritisch reiht sich die sog. Zivilgesellschaft in die von Regierungsseite ausgerufene Schlacht ein. Der alte Ernesto Cardenal meldet sich in einer Anzeige (El Nuevo Diario, 10.08.2002) zu Wort und entschuldigt sich, vor der Wahl zur Enthaltung aufgerufen zu haben: er habe sich getäuscht in Bolaños. Die Zeitschrift »envio« spricht von historischen Tagen für die Nation.

Eine Anzeige der autonomen Frauenbewegung, die sich im Comité Nacional Feminista CNF organisiert, weist etwas piepsig darauf hin, dass Korruption ein System ist, das den gesamten Herrschaftsapparat durchdringt: »Korruption beginnt nicht mit Alemán und endet auch nicht mit ihm«. Vilma Nuñez, Präsidentin des CENIDH, sagt am 9. August im El Nuevo Diario: »Wir unterstützen den Kampf des Präsidenten total. (...) Dies ist aber kein Blanko-Scheck für Bolaños. Wir werden weiterhin diese Politik der Regierung kritisieren, die die Situation der Armen immer weiter verschlimmert.«

»Diese Unterschriften-Kampagne der Regierung bindet kritisches Potential«, so Ruth Selma Herrera vom Red de la Defensa del Consumidor, einem neu gegründeten Netzwerk gegen Privatisierung und für KonsumentInnen-Rechte, dessen Arbeit viel öffentliche Beachtung findet, und bezieht sich dabei auf die spektakuläre landesweite Sammlung von letztlich über 800.000 Unterschriften für die Aufhebung der Immunität Alemáns »Die Leute unterschreiben und denken dann, jetzt gehe alles seinen Weg. Das ist natürlich Quatsch, kontraproduktiv für eine kritische linke Bewegung.« Luz Marina Torrez vom Colectivo de Mujeres 8 de Marzo in Managua hat ähnliche Bedenken: »Man darf diesem politischen System einen angeblichen Kampf gegen Korruption nicht selbst überlassen. Bolaños präsentiert sich als nationaler Held. Das zementiert nur das System der Korruption. Es muss uns darum gehen, Veränderungen durch die sozialen Bewegungen einzufordern.«

Am meisten versucht natürlich die FSLN, politischen Vorteil aus der Geschichte zu schlagen. Geübt im Aufspringen und Koopieren jedweder sozialen oder politischen Bewegung, versucht sie auch diesmal, sich an die Spitze der Korruptionsbekämpfung zu setzen. Da der Ex-Präsident ein gefundenes Fressen für solcherlei Inszenierungen ist, lässt

sich auch leicht zum großen Protestmarsch in Managua mobilisieren – schöne Gelegenheit, dem sandinistischen Fußvolk mal wieder Auslauf zu geben.

Alemán lebt von der politischen Unterstützung der großen Mehrheit der PLC-Abgeordneten. Im Parlament standen bislang 38 Abgeordnete der FSLN und 5 abtrünnige PLC-Abgeordnete, die Bolaños unterstützen, gegen ein Front von 45 treuen Vasallen des Ex-Präsidenten. Aber nicht zu unterschätzen ist auch seine Unterstützung in der Bevölkerung: Alemán hat in seiner Regierungszeit noch jede Hand geschüttelt, jeden Boden geküsst, war stets auf Reisen und verteilte dabei Almosen, Hilfen, Geschenke, Gefälligkeiten – ein waschechter Lehnsherr und Patron. Seine selbstherrliche und autoritäre Art passte dabei nur zu gut zu der Erwartung, die in Nicaragua an einen Staatschef eben gemeinhin gestellt wird: es geht nicht darum, einen Staat, eine Verwaltung, eine Regierung zu managen, gar bestimmte Politiken zu verfolgen. Nein, in Nicaragua ist der Präsident der große Führer, der Wohltäter und Gönner,

das Familienoberhaupt. Insofern war Alemán durchaus die Perfektion der Rolle des Caudillos, eine Rolle, die andere Staatschefs im Land (Chamorro, Ortega oder Bolaños) keinen Deut anders auszufüllen versuchten, bloß eben nicht mit ganz so viel Erfolg. Die Zahl derjenigen im Land, deren Dank und Ergebenheit sich Alemán hat sichern können, ist immens.

Seine Zukunft ist ungewiss. Möglich ist ein Exil in der Dominikanischen Republik, möglich aber auch ein Verbleiben in Nicaragua, dann natürlich ohne Gefängnisstrafe: zu gefährlich wäre es für Ortega und Bolaños, einen Alemán im Knast in Tipitapa sitzen zu haben. Wie auch immer die Zukunft aussehen wird: es wird eine Verhandlungslösung sein zwischen Bolaños, Alemán, Ortega, Kardinal Obando y Bravo und den USA.

Die katholische Kirche mit dem Kardinal steht noch fest hinter der Alemán-Dynastie, zu eng verwoben sind gegenseitige Vorteilsnahme und Gönnerhaftigkeit. Der Klerus ist sich nicht zu schade, das Gottesvolk zum Gebet für das Wohlergehen der Familie Alemán aufzufordern. Doch Teile des Gottesvolkes

entziehen langsam dem Kirchenadel ihre Loyalität. Die alltägliche Moral funktioniert eben doch oft noch menschlicher und praktischer als jene aristokratischen, oftmals grotesken Anweisungen durch den katholischen Klerus.

Verwundert mag San José den Kreuzzug gegen die Korruption zur Kenntnis genommen haben. Nein, das riecht ihm wohl doch zu sehr nach Inszenierung, und das mit den Kreuzzügen ist auch nicht unbedingt seine Sache.

In diesen Tagen erreicht San José die Hauptstadt. Volksnah wie er ist, bereist er auf Bitte von Gottesfürchtigen, die einst aus Terrabona weggezogen sind, gerne die Lande und besucht seine treuen Anhänger. Diesmal also geht's nach Managua. Doña Miriam, eine lebenslustige Dame aus dem idyllischen Terrabona, geleitet ihn über Ciudad Dario bis ins abgewrackte Barrio Christo Rey im Herzen Managuas, in das sich kein Taxi traut und wo die berüchtigten Jugendbanden das Sagen haben. Dort, im Haus der Familie Reyes Soza, wird dem liebenswerten Heiligen ein gebührender Empfang bereitet.

Am Abend füllt sich das Wohnzimmer, es ist kaum wieder zu erkennen. Ein Altar prunkt jetzt an der Wand, Plastikblumen, Lichterketten, Kerzen. Frauen und Kinder aus der Nachbarschaft, dann beginnt die selbstorganisierte Andacht, unprätentiös aber bestimmt. Ein Rosenkranz zu seinen Ehren, ein paar Kirchenlieder, es ist eine familiäre Stimmung: festlich, und nur ein bisschen ehrfürchtig. Als vor der Tür auf dem engen matschigen Weg mit Getöse ein Auto vorbeifährt, brummend Diesel in die Luft versprüht, der sich dann wie ein Film auf die Haut legt – eine Maßnahme des Gesundheitsministeriums gegen Moskitos und Ungeziefer –, wird das Mysterium kurz unterbrochen, fast fröhlich beginnt die Gemeinde zu husten, zu weinen, zu lachen. Und als dann der Text eines der Lieder nicht mehr zusammengebracht wird, kommen-

tieren das die Frauen mit Aufregung und heiterer Erregung. Der ehrenvollen Aufgabe tut die informelle Gesellschaft mit den vielen Kindern keinen Abbruch.

Und die Männer? Er scheint nicht besonders attraktiv zu sein für sie, der heilige Mann. Folgenreicher aber noch: All die Formen von Gemeinschaft und Austausch, soziale Bindung herstellen, Familie, Gemeinde – Beziehungsarbeit. Es sind Frauen, die die Gemeinschaft leben. Ach, Männer sind oft so unerklärlich unfähig...

Hinter der Bühne...

Nicaragua gerät weltweit in die Schlagzeilen, der heilige Krieg gegen die Korruption zieht alle Aufmerksamkeit auf sich. »Verfluchter Alemán! Zuerst stiehlt er uns die Millionen, und jetzt auch noch die Aufmerksamkeit« beschwert sich eine Karikatur im *El Nuevo Diario*. Kaum jemand hat noch Ohren für andere politische Themen und Entscheidungen in diesen Tagen.

So gelingt es Bolaños etwa, die dramatische Situation in den Kaffeeanbaugebieten im Norden durch unbedeutende Zusagen von seinem politischen Schicksal fern zu halten. Seit der Weltmarktpreis für Kaffee auf ein Drittel geschwunden ist, ist der Anbau für kleine und mittlere ProduzentInnen ökonomisch nicht mehr rentabel. Betroffen sind etwa 30.000 kleine, mittlere und große ProduzentInnen! Schlimmer natürlich sind die TagelöhnerInnen und ArbeiterInnen dran. Allein in den Gemeinden Matagalpa, San Ramon und Tuma-La Dalia, wo mehr als die Hälfte des nationalen Kaffees produziert wird, sind es etwa 36.000 KaffeearbeiterInnen, die bereits seit zwei Erntezyklen nicht mehr beschäftigt werden. Es gibt keine alternativen Möglichkeiten für ein Einkommen, die Familien in diesen Gebieten leiden Hunger, Unterernährung, eine desolade gesundheitliche



Die Kathedrale von Managua

und soziale Situation, Menschen sterben. Auf den Hauptstraßen haben sie seit Mai Straßensperren eingerichtet, Ende September waren es 123 insgesamt. Da lagern sie, fordern Lebensmittel, Arbeit und eine politische Lösung der Krise.

Die Fincabesitzer sind teilweise hoch verschuldet. Die Banken haben begonnen, das Land, das als Sicherheit angegeben wurde, zu räumen und zu verkaufen: Dort aber leben seit

Jahrzehnten die Familien, die in den Plantagen arbeiteten, und deren einziger Besitz eine Hütte und vielleicht ein kleines Stück Land ist. Die Banken schicken Trupps, die Familien zu vertreiben, zerstören die kleinen Felder mit Grundnahrungsmitteln: Dies ist der eigentliche Grund für die Hungersnot!

Doch von solchen Skandalen spricht niemand in diesen Tagen. Die Exporteinnahmen durch Kaffee werden in der Ernte 2002/2003 für geschätzte 600.000 Quintal auf 32 Millionen US\$ fallen – etwa 130 Millionen US\$ weniger als noch drei Jahre zuvor. Dass das



Kaffeedrama auch eine tief greifende ökonomische Krise für Nicaragua bedeutet mag Bolaños zwar wissen. Politische Konzepte aber hat seine Regierung nicht.

San José bleibt von all dem unberührt. Zu viel hat er schon gesehen in seinem langen Dasein, zu oft schon ist er enttäuscht worden von den großen Worten und unschicklichen Taten. Da bleibt er lieber unter seinesgleichen. Außerdem geht es bald wieder auf Reisen, schnell noch eine dieser köstlichen Guerillas, dann geht's los, diesmal zu einer Familie in Los Angeles, USA.

Gottesfrage bei Jugendlichen:

Glauben Mädchen anders?

Eine Herausforderung für Religionslehrerinnen und Religionslehrer¹

DÖRTE MÜNCH, Hochschulassistentin und Religionslehrerin in Thüringen, untersucht Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Glauben.

»Der Religionsunterricht hat die unterschiedlichen Biografien und Lebenswelten der Kinder in einem intersubjektiven Lern- und Verständigungsprozess zu berücksichtigen und verhilft damit frühzeitig zur Orientierung in einer pluralen Gesellschaft.«²

So steht es im Thüringischen Lehrplan für die Grundschule.

- Wie unterschiedlich sind die Lebenswelten unserer Kinder?
- Glauben Mädchen anders?
- Wenn das so ist – wie äußert sich dieser Glaube im Religionsunterricht?
- Und wie ist es möglich, diesen in die unterrichtlichen Lern- und Verstehensprozesse zu integrieren?

Ausgehend von der allgemeinen Debatte um Geschlechterdifferenz und den durch die so genannten »Gender-Studies« angeregten Forschungen ist das religiöse Verständnis von Frauen in den letzten Jahren immer wieder Thema von Aufsätzen und Vorträgen gewesen.

- Welche Möglichkeiten gibt es für die Religionspädagogik, dieser Frage nachzugehen?
- Inwiefern können die gewonnenen Erkenntnisse für die Praxis des Religionsunterrichts relevant werden?

Es ist eine Tatsache, dass in unseren Religionsklassen ein sehr gemischtes Klientel an Kindern mit sehr unterschiedlichem Bezug und Wissen über christliche Glaubensgrundsätze am Unterricht teilnimmt. Religiöses Erleben und Verstehen präsentiert sich vielfältiger als es zunächst den Anschein haben mag. So erscheint es mir sinnvoll, allgemeiner über die Beschaffenheit von Religiosität im Leben von Mädchen im Vergleich zu Jungen nachzudenken und in dieser Hinsicht von Religiosität anstelle vom engeren Begriff »Glauben« zu sprechen. Fangen wir aber bei uns selbst an:

1 Dieser Artikel, ursprünglich Vortragsmanuskript, basiert z. T. auf Ergebnissen meiner 1. Staatsarbeit sowie auf Erfahrungen, die ich während des Referendariats in Essen und bisher als Lehrerin an einem beruflichen Gymnasium in Erfurt gemacht habe.

2 Thüringer Lehrplan für die Grundschule und für die Förderschule mit dem Bildungsgang Grundschule, Hrsg. v. Thüringischen Kultusministerium, Erfurt 1999, 246.

- Was hat alles dazu beigetragen, dass wir heute religiös sind – oder nicht?
- Hatten wir eigentlich eine christliche Kindheit, bzw. was verstehen wir unter »christlich«?
- Sind unsere Erfahrungen mit denen von Freunden und Bekannten vergleichbar?

Im letzten Herbst untersuchte ich gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern einer 12. Klasse in Essen diesen Erfahrungsbereich genauer. Nachdem wir uns mit verschiedenen Ausschnitten von Autobiografien beschäftigt hatten, forderte ich den Religionskurs auf, ihre eigenen Geschichten in einem kleinen Text aufzuschreiben. Vier Texte möchte ich hier vorstellen³:

Schüler 1: »Zum ersten Mal bin ich mit Gott bei der Taufe in Berührung gekommen, aber ein richtiges Gottesbild hat sich erst in der Grundschule ergeben, als ich die meiste Zeit mit Jesus in Berührung kam (Reli-Unterricht). Von da an war ich sehr gläubig. Ich fing an, mich für die Bibel zu interessieren und glaubte an sie. Dann hatte ich mit dreizehn Jahren Konfirmationsunterricht bei einem Pfarrer, der mein Gottesbild wieder anders prägte: Ich glaubte vorher an alles, was in der Bibel steht, aber lernte Sachen

in der Bibel zu hinterfragen und auf die heutige Zeit zu übertragen. Nach meiner Konfirmation bin ich nur noch selten in die Kirche gegangen und mit Gott in Berührung gekommen.«

Schüler 2: »Ich bin von klein auf mit meiner Religion, dem Christentum, aufgewachsen. [...] Mit zwölf beschäftigte mich am meisten die Entstehung der Welt und der Menschheit. In der Schule lernte ich die Entstehung der Welt aus wissenschaftlicher Sicht und meist in der Kirche aus religiöser Sicht kennen. Dies sind zwei Aspekte, die mich in den folgenden Jahren sehr zum Nachdenken anregten. Ich verglich beide Theorien über die Entstehung und immer wieder fielen mir einige Widersprüche auf. Zwar wurde ich von keiner dieser Theorien so richtig überzeugt, doch ich fing an, mehr und mehr zu zweifeln, obwohl ich immer noch die Kirche wöchentlich besuchte. [...] Ich muss zugeben, dass ich zu dieser Zeit die Kirche als Alibi benutzte, um meine Mutter nicht in Aufruhr zu versetzen. Eines Tages, ich glaube mit fünfzehn, fragte mich meine Mutter, ob ich an einer Bibelstunde teilnehmen möchte. [...] Als sie mich fragte, habe ich zuerst gezögert. Doch irgend etwas drängte mich hin zugehen (Wares vielleicht Gott?). [...] In der Bibelstunde, in der auch der Pastor da war, bekam ich überzeugende Argumente um nie an

meiner Religion zweifeln zu müssen. Seitdem unterscheide ich Religion von der Naturwissenschaft, die sich zwar weiterentwickelt, aber nie das, was in der Bibel steht, zu 100% widerlegen kann.«

Schülerin 1: »Im Kindergarten sind wir immer in die Kirche gegangen, auch noch in der Schule. Seitdem ich auf der Gesamtschule bin, gehe ich nicht mehr regelmäßig in die Kirche, vielleicht mal zu Weihnachten und

Ostern. Mein Bild von Gott war so, dass ich mir einen alten Mann mit weißem Bart vorgestellt habe. Heute habe ich ein anderes Bild von Gott. Gott geht mit der Zeit. Soll er seit über 6000 Jahren oder länger stehen geblieben sein? Ich glaube, Gott hat nicht das Interesse an den Menschen verloren. Wir sind für ihn wie das abendliche Fernsehprogramm.«

Schülerin 2: »Mit ca. sechs Jahren habe ich [...] das erste Mal von Gott durch meine Mutter erfahren. Als mein Opa starb, sagte meine Mutter so etwas Ähnliches wie: »Gott passt nun auf deinen Opa auf.« Danach kam ich in die Schule und dort war das Thema »Gott« ein ständiger Begleiter in meinem Leben. Mit sieben Jahren dachte ich immer, dass Gott ein alter Mann mit langem, weißen Bart ist. Diesen Gedanken los zu werden ist natürlich nicht leicht, aber irgendwann – ich glaube durch ein Buch – wurde ich inspiriert zu dem Gedanken, dass Gott nicht unbedingt einen Menschen-ähnlichen Körper haben muss. Schließlich hat er nicht nur die Menschen, sondern alle Lebewesen auf der Welt, sehen sie noch so komisch aus, erschaffen. Wer sagt überhaupt, dass Gott männlichen Geschlechts sein muss? In schlechten Zeiten ist Gott immer näher und ich denke öfters an ihn als sonst!«

► Wie beurteilen die vier Jugendlichen ihre Religiosität?

► Glauben die Mädchen anders?

Gemeinsam – und das stellten auch die Schülerinnen und Schüler in der Untersuchung ihrer eigenen und der Geschichte ihrer Mitschüler fest – war allen Berichten, dass die Jugendlichen? wenn auch z.T. nur durch den Religionsunterricht in der Grundschule – alle auf religiöse Erfahrungen und Wissen in ihrer Kindheit zurückgreifen konnten. Ebenso sind in allen Texten Veränderungen und Brüche des Gottesbildes zu bemerken.

Auf der Basis dieser Beobachtungen bieten sich zwei Wege an, wie wir religiösen Gefühlen und Erfahrungen auf der Spur blei-

ben können. Erster Wegweiser wäre in dieser Hinsicht die religiöse Sozialisation, also:

- Wie wird die Beziehung des Individuums zur Religion durch seine Umgebung geprägt bzw. welche Anregungen werden vom Individuum selbst aufgenommen?
- Zweiter Wegweiser wäre die Entwicklungspsychologie, d.h.:
- Inwiefern entwickelt sich Religiosität?
 - Welche entwicklungspsychologisch bedingten Veränderungen können beispielsweise am Gottesbild und am moralischen Urteilsvermögen festgemacht werden?

Zunächst wenden wir uns der religiösen Sozialisation als immer noch jungem Forschungsbereich religionspädagogischen Nachdenkens zu: Unsere eigene Lebensgeschichte ergibt sich aus einem Geflecht eigener Vorstellungen und Erfahrungen mit und Beziehungen zu anderen Menschen und der Umgebung, in der wir arbeiten und leben. Ende der achtziger Jahre wurde die Frage nach einer geschlechtsspezifischen religiösen Sozialisation erstmals zur Sprache gebracht. Ein wichtiger Forschungszweig bildet m.E. die Biografieforschung zur gelebten Religion. Innerhalb der Religionspädagogik ist vor allem das Selbstverständnis und die Situation von Lehrerinnen erforscht worden. Schulbücher und Lehrpläne wurden auf die Berücksichtigung von weiblichen und männlichen Lebenswelten hin untersucht und neu konzipiert. Religiöse Sozialisation sollte als in den gesamten Sozialisationsprozess eingebunden verstanden werden; wir sollten erkunden, welche Deutungsmuster für ein Leben zur Verfügung stehen, welche vermittelt werden oder vermittlungswürdig erscheinen.



Wo sind die Frauen?

³ Die Texte entstanden während einer Unterrichtsreihe »Gott in der Biografie von Menschen« im Evangelischen Religionskurs der 12. Jahrgangsstufe an der Gesamtschule Essen-Borbeck. In diesem Zusammenhang werden die Texte teilweise gekürzt vorgestellt.

In den letzten dreißig Jahren hat sich die Lebenssituation von heranwachsenden Frauen auf der einen Seite grundlegend geändert: Durch weit gehende Gleichstellung und Chancengleichheit im Bildungssystem, stehen Frauen scheinbar fast genauso viele Lebensmöglichkeiten offen wie Männern. Andererseits ist das Zusammenleben von Menschen und der Prozess der Sozialisation weiterhin von einer weiblich-männlich Dichotomie geprägt. Es handelt sich hierbei nur um eine scheinbare Konstitution einer vom Geschlecht unabhängigen Entscheidungsfreiheit.

Die Sozialisationsforschung belegt die Existenz von geschlechtsspezifisch beeinflussten Rollenbildern und Erwartungen auch für die Gegenwart. Eigentlich sind die Differenzen innerhalb eines Geschlechts aber häufig größer – beziehungsweise genauso groß – wie zwischen den Geschlechtern. Generell besteht jedoch ein Bedürfnis, sich selbst und andere einzuordnen. Die Kategorie Geschlecht stellt dabei eine wichtige Hilfe dar. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind somit wichtige Orientierungsmuster; sie bilden sowohl Kriterien für die Aneignung bestimmter Verhaltensmuster als auch für deren Bewertung.⁴ Weibliches und männliche Rollenverhalten ist in bedeutender Weise abhängig von den Vorbildern und Erwartungen, die an das Individuum herangetragen werden.⁵ Wir sollten uns deshalb fragen, wo wir diese Strukturen in unseren Schulen, in der Kirche und auch in der Universität vorfinden und welche Wirkung von ihnen ausgeht und diese kritisch überprüfen.

Als ein positives Beispiel der Kritik an Strukturen und eines chancenreichen Perspektivwechsels möchte ich den Verdienst der feministischen Exegese um die Hervorhebung von biblischen Frauengestalten nennen. Weiblichen Perspektiven treten dort neben die männliche Sicht der traditionellen Auslegungstradition und finden in biblischen



Texten ein weites Erfahrungsspektrum der Geschichte mit Gott, die eben nicht bei Männern anhält – trotz des Einflusses einer von Männern dominierten religiösen Tradition. Wo wirken geschlechtsspezifische Strukturen begrenzend für Frauen wie auch für Männer und wo eröffnen sich neue Räume?

Zurück zu den Sozialisationsbedingungen der Jugendlichen der 12. Klasse. Aus den Schilderungen der Schülerinnen und Schüler können wir zunächst Folgendes entnehmen: Begegnungen mit Religion finden statt im Zusammenhang mit kirchlichen Ritualen wie Taufe, Konfirmation, dem Weihnachts- bzw. Ostergottesdienst. Religiöse Bildung erfolgt im Konfirmandenunterricht, in Schule und Kindergarten sowie auch als prägend durch einzelne Personen – z.B. durch die Mutter oder den Pfarrer.

Offensichtlich ist jedoch auch, dass religiöse Sozialisation nicht automatisch mit kirchlicher Sozialisation gleichzusetzen ist. – Bis auf einen Schüler war niemand aus dem Kreis der Essener Schülerinnen und Schüler

www.brsd.de resos im internet

Tipps zur neuen
BRSD-Homepage

Das Informations-Portal zum Religiösen Sozialismus

Zum Jahreswechsel hat der BRSD seinen Internet-Auftritt auf ein ganz neues System umgestellt. Damit bieten wir den BesucherInnen unserer Webseiten vielfältige Möglichkeiten, sich mit eigenen Ideen und Gedanken zu beteiligen, oder – um es mit den Begriffen von Bert Brecht zu sagen – aus dem Distributionsapparat einen Kommunikationsapparat zu machen. Aber wo es eine Vielzahl neuer Möglichkeiten gibt, fällt es nicht zwangsläufig leichter, sich zurecht zu finden. Mit diesem Einlegeblatt wollen wir deshalb die wichtigsten neuen Funktionen knapp vorstellen.

Das wichtigste ist natürlich die Adresse der Homepage:

- ▶ unter www.brsd.de kommt man zur Titelseite. Dort sind stets die neuesten Artikel zu finden, aber auch alle anderen Bereiche sind von dort zu erreichen. Auf der folgenden Doppelseite haben wir das abgebildet.
- ▶ unter www.brsd.de/archiv/ hingegen gibt es noch die alten Webseiten, denn bisher haben wir nur einige wenige Artikel, die vor der Ausgabe 3-4/2002 von CuS erschienen sind, in das neue System überführt.

Das neue System bietet außer der mit Informationen vollgepackten Titelseite einige andere handfeste Vorteile. So ist es jetzt möglich, sich von jedem Artikel eine spezielle Druckversion anzeigen zu lassen, bei der alle übrigen Elemente der Webseite ausgeblendet werden. Da das ganze System nun auf einer Datenbank beruht, sind auch die Suchfunktionen wesentlich besser. Man kann z.B. direkt auf der Titelseite oben rechts in das Suchfeld (15) ein Wort eingeben und die Eingabetaste (Return) drücken, schon wird nach allen Artikeln gesucht, in denen der Begriff vorkommt. Oder man wählt im Thema-Menü (6) direkt den Themenbereich aus, für den man sich interessiert, und es werden alle neuen Texte dazu aufgelistet. (Leider werden bei diesen Funktionen jedoch nicht direkt die alten Webseiten berücksichtigt.)

INHALT

- Titelseite ①
- Beitragsarchiv
- Beiträge schreiben
- Diskussionsforen ⑩
- Downloads ②
- Einstellungen
- Fragen & Antworten ③
- Gästebuch ④
- Impressum
- Kompakt
- Kontakt
- Links in alle Welt ⑤
- Suche
- Teilnehmerliste
- Termine
- Themen ⑥
- Top 10
- Zusatzinformationen

① Mit einem Klick auf das Reso-Kreuz oben links, auf den BRSD-Schriftzug oben in der Mitte oder auf das Wort »Titelseite« geht es jederzeit **zur Titelseite** zurück.

② Unter »Downloads« gibt es verschiedene Materialien (z.B. Flugblätter als PDF-Datei), die man sich **herunterladen** kann.

③ Hier werden die **häufigsten Fragen** (FAQ) über den BRSD als Organisation und über die Webseiten aufgegriffen.

④ Im **Gästebuch** kann man kurze Grüße hinterlassen. Fragen sind jedoch in den Diskussionsforen (16) besser aufgehoben, weil dort auch Platz für Antworten (19) ist.

⑤ Bei den »Links in alle Welt« sind **Webseiten anderer Projekte** aufgelistet, die wir ebenfalls für interessant halten.

⑥ Wer nur die Artikel zu einem bestimmten Themenbereich sucht, kann hier das **Thema auswählen**.



BRSD

Bund der Religiösen Sozialisten und Sozialistischen Christen e.V.

Guten Tag, bitte melde dich an!

① Titelseite ⑥ Themen ⑩ Foren ⑭ Einstellungen

Buche 15

Themen Alle Themen ⑥

18. Februar 2003

INHALT

- Titelseite
- Beitragsarchiv
- Beiträge schreiben
- Diskussionsforen
- Downloads
- Einstellungen
- Fragen & Antworten
- Gästebuch
- Impressum
- Kompakt
- Kontakt
- Links in alle Welt
- Suche
- Teilnehmerliste
- Termine
- Themen
- Top 10
- Zusatzinformationen

NEUERE BEITRÄGE

Donnerstag, 16.01.

- CuS 3-4/02 erschienen (0)

Dienstag, 14.01.

- Hat der Sozialismus noch eine Zukunft? (0)

Montag, 13.01.

- Immer mehr Eurokritiken gegen den Krieg (1)
- Sozial und Grün gegen den Irak-Krieg (0)

Freitag, 10.01.

- Reformgruppen haben an Gastfreundschaft beim Abendmahl fest (0)

Donnerstag, 09.01.

- Gemeinsames Abendmahl (0)

Freitag, 03.01.

- Mit Bazar durchs Südtirol (0)

Mittwoch, 01.01.

- Heinz Röhre: Der Ruf der Religiösen (0)

Dienstag, 31.12.

- Ulrich Peter: Christuskreuz und rote Fahne (0)

Montag, 30.12.

- Leonhard Rager: Sozialismus und Gewalt (0)

Ältere Artikel

ANGEBOTE

Teilnehmername

Passwort

Anmeldung

Noch nicht registriert? Dann kannst du dich **BRSD** kostenlos eintragen. Als registriertes Mitglied hast Du nämlich einige zusätzliche Möglichkeiten.

Willkommen bei den Resos!

Schau Dir doch mal an, was es links unter »Inhalt« so alles gibt. Wenn du Fragen oder Anregungen dazu hast, kannst du diese in den Foren hinterlassen. Wenn du nur einen kurzen Gruß hinterlassen möchtest, benutze dazu das Gästebuch.

FRIEDEN UND GEWALTLOSIGKEIT

Millionen demonstrieren weltweit gegen den Krieg



Das gab es noch nie: Mehrere Millionen Menschen demonstrieren weltweit am selben Tag gegen einen bevorstehenden Krieg. Allein die Demonstration in London soll weit mehr als eine Million TeilnehmerInnen gehabt haben.

⑦ Weiter... 11243 weitere Zeichen | Kommentiere! | Werbung: 0)

FRIEDEN UND GEWALTLOSIGKEIT

Verhaftung wegen Aufrufs zum Deserbieren

Wieder bekam Tobias Pflüger von der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (ISM) die staatliche Repression zu spüren, nachdem er wegen schwerwiegender Bedenken gegen den Krieg zur Dienstverweigerung aufgerufen hat.

⑦ Weiter... 1045 weitere Zeichen | Kommentiere! | Werbung: 0)

FRIEDEN UND GEWALTLOSIGKEIT

Mit dem BRSD für den Frieden demonstrieren



Der Bund der Religiösen Sozialisten wird am Weltweiten Protesttag 15.2.2003 an der Demonstration in Berlin teilnehmen.

⑦ Weiter... 11049 weitere Zeichen | Kommentiere! | Hinweis | Werbung: 0)

GESCHICHTE

Blick in den Abgrund

Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker haben Texte von Eckert und Fuchs aus den Zeitungen des BRSD als Buch herausgegeben: Erwin Eckert, Emil Fuchs: *Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen.* Ulrich Peter, einer der besten Kenner der Geschichte des BRSD, hat es für uns gelesen.



AUF EINEN KLIKK

- BRSD-Infos ⑧
- CuS-Artikel ⑨
- CuS-Archiv ⑩
- Reso-Klassiker ⑪

THEMA DES TAGES

Es gibt noch nichts Neues heute.

TESTAT

»Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Menschen.« (Mt 6,24 - Lk 16,13)

HISTORISCHES

Heute im Jahre... 1959: Der 32-jährige Revolutionär Fidel Castro wird kubanischer Regierungschef. 1987: Fick-Manager v. Brauchsch und die ex-Minister Lambdorff und Friderichs (Deide FDP) werden wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

NÄCHSTE 3 TERMINE

- 15.03.03 - 15.03.03 Kirchentags-Vorbereitung des BRSD ⑫
- 28.05.03 - 01.06.03 Ökumenischer Kirchentag in Berlin ⑫
- 14.11.03 - 16.11.03 BRSD-Jahrestagung ⑫

☒ Termin vorschlagen ⑬

FOREN

Die 10 neuesten Forenbeiträge

- Rager: Zuleit von Anonymous
- Irak-Krieg gerechtfertigt? Zuleit von Anonymous
- Sozialdemokratisch, nicht sozialistisch Zuleit von Anonymous
- Opium des Volkes Zuleit von Anonymous

INFOS IM ABG

Wenn du von Zeit zu Zeit per E-Mail aktuelle Informationen vom BRSD erhalten möchtest, kannst du unseren Newsletter bestellen.

⑦ In der Mitte sind die neuesten Beiträge angerissen. Mit einem Klick auf »weiter...« gibt es den Rest des jeweiligen Artikels zu lesen.

⑧ Informationen über den BRSD.

⑨ Artikel ab CuS-Ausgabe 3-4/2002.

⑩ CuS-Ausgaben 1/1997 bis 1-2/2002.

⑪ »Historische« Texte der Resos.

⑫ Hier kann man die Einträge der Veranstaltungen jeweils anklicken, um **nähere Angaben zum Termin** zu erhalten.

⑬ Über »Termin vorschlagen« gelangt man zu einem Formular, in das man selbst eine **Ankündigung eintragen** kann.

⑭ Wenn man hier eine **Rubrik** anklickt, erhält man alle Termine dieser Art.

BRSD

 Bund der Religiösen Sozialistinnen
 und Sozialisten Deutschlands e.V.

Titelseite · Themen · Foren · Einstellungen

16

Resos Foren-Übersicht

Forum

Religion und Sozialismus

17

Aktuelle Politik

Hier können politische Themen der Gegenwart diskutiert werden.

17

Befreiungstheologie

Hier geht es um die in Lateinamerika entstandene Revolution

17

Blumhardt, Eckert, Ragaz, Tillich & Co.

In diesem Forum wird über die großen historischen religiösen Sozialismus im deutschsprachigen

Aktuelle Politik

Moderatoren: Keine

Benutzer in diesem Forum: Keine

20 neues Thema Resos Foren-Übersicht -> Aktuelle Politik

Themen

18

Kein Blut für Öl

18

Irak-Krieg gerechtfertigt?

 20 neues Thema Resos Foren-Übersicht -> Aktuelles
 Seite 1 von 1

Das Gästebuch war bei den alten Webseiten des BRSD eine beliebte Einrichtung, denn hier konnten BesucherInnen Grüße und Kommentare hinterlassen. Deshalb gibt es auch auf den neuen Webseiten ein Gästebuch (4). Allerdings ist in einem Gästebuch nicht vorgesehen, dass Einträge beantwortet werden. Für Anfragen, Thesen und Diskussionsbeiträge sind statt dessen so genannte Foren besser geeignet, die es jetzt auch beim BRSD zusätzlich zum Gästebuch gibt.

16 Zu den Foren kann man u.a. stets durch einen Klick auf ebendieses Wort unter dem BRSD-Schriftzug gelangen.

Es erscheint dann die **Foren-Übersicht**, in der die verschiedenen Themenbereiche (»Aktuelle Politik«, »Befreiungstheologie« usw.) aufgelistet sind (siehe links).

17 In der Foren-Übersicht kann man die Titel der verschiedenen **Themenbereiche** anklicken, z.B. »Aktuelle Politik«. Es erscheint dann eine Übersicht der einzelnen Themen innerhalb des gewählten Themenbereichs (s. unten links).

18 Hier lassen sich nun **die einzelnen Themen** anklicken, z.B. »Irak-Krieg gerechtfertigt?«.

Daraufhin werden die Diskussionsbeiträge zu diesem Thema angezeigt, d.h. der ursprüngliche Beitrag (siehe unten) und darunter ggf. die Antworten darauf.

Irak-Krieg gerechtfertigt?

20

neues Thema

19

antwort erstellen

Resos Foren-Übersicht -> Aktuelles

Author	DVerfasst am:	Seit	Titel
Peter Gast	So Feb 01, 2003 9:43 pm		

Hallo!

Meiner Meinung nach ist ein Krieg gegen die USA nicht akzeptabel. Dieser wäre aber nicht nur ein Versuch, die Welt zu zerstören, sondern auch ein Versuch, die Welt zu zerstören. Allerdings würde ich ein (begrenzt) mögliches, evtl. akzeptieren. Um das ganz klar zu sagen: Wie ihn George W. Bush plant.

intensiver in eine Kirchengemeinde eingebunden.⁴ Dem Religionsunterricht kommt insofern eine besondere Rolle zu, als dass er häufig zum einzigen Raum avanciert, in dem Nachdenken über religiöse Fragen erlebt und praktiziert wird.

Die Texte der Schülerinnen zeigen Gemeinsamkeit in der Unterscheidung zu den Texten der Schüler, auf die ich gleich zurückkommen werde. Unterschiede in der religiösen Sozialisation von Mädchen und Jungen anhand dieser Texte sind nur zu vermuten. Um solche wirklich konstatieren zu können, müssten wissenschaftliche Kriterien empirischer Studien angelegt werden. Auf der Basis von gezeichneten Gottesbildern resümieren Helmut Hanisch und Gottfried Orth zum Gottesglauben von Kindern hinsichtlich geschlechtsbezogener Unterschiede:

»Eindeutig lässt sich aufgrund unserer Analysen nur sagen, daß die Differenzen zwischen einzelnen Kindern auffälliger und größer sind als diejenigen zwischen Jungen und Mädchen. Im Blick auf die gezeichneten Gottesbilder kann man nur begründet vermuten, daß es solche von Mädchen gibt, die Jungen so nicht gemalt hätten, wie auch umgekehrt.«⁵

Zu vermutende Differenzen sind nach Hanisch und Orth hinsichtlich der Kindheit, dass Mädchen wünschten, früher erwachsen zu sein, und bezüglich des religiösen Erlebens und Verstehens, dass – im Gegensatz zu den Jungen – einige Mädchen neben dem »lieben Gott« auch den zornigen, sich abwendenden Gott kennen würden. Rationales Denken führe bei Jungen eher zu einer kritisch zweifelnden Auseinandersetzung hinsichtlich ihres bisherigen Glaubens; Mädchen nützten ihre Rationalität eher, um über ihren Glauben nachzudenken und ggf. ein neues Verständnis zu entwickeln.⁶

Bestätigt wird diese These durch die beiden Schülerinnen, die auf sehr eigenständige Art und Weise ihr Gottesverständnis revidieren. Vorstellungen von Gott sind genau wie

Bilder von Frauen und Männern durch Sozialisationsbedingungen beeinflusst. Gottesbilder im Kindesalter, so Friedrich Schweitzer, orientieren sich am Bild der Eltern. So verbinden sich traditionell in Familien verankerte Vorstellung mit der Vorstellung von Gott. Schweitzer weist darauf hin,⁷

»[...] daß die Unterschiede in den Gottesbildern von Mädchen und Jungen den unterschiedlichen Geschlechtsrollen entsprechen, wie sie den Kindern in Familie und Gesellschaft begegnen. Beschreiben die Jungen Gott als rational, als aktiv handelnd, mächtig und fern, so ist Gott für die Mädchen weit stärker mit dem Ästhetischen verbunden, eher passiv, aber den Menschen nahe. In diesen Vorstellungen kommen die Identifikation mit dem jeweiligen Elternteil sowie der entsprechenden Geschlechtsrolle zum Ausdruck.«⁸

Schweitzer warnt allerdings davor, von einer direkten Übertragung auszugehen, vielmehr fingen Kinder schon sehr früh mit dem aktiven Konstruieren an, und auf diese Weise fließen in das kindliche Gottesbild real erfahrene wie auch ideal erhoffte Züge von beiden Elternteilen ein. Genau wie die Identifikationen mit dem eigenen Geschlecht und der Übertragung auf das Gottesbild, sei auch

4 Vgl. Bilden, Helga: Geschlechtsspezifische Sozialisation. In: Hurlmann, Klaus/Klick, Dieter: Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980, 777 und Hagemann-White, Carol: Sozialisation: Weiblich-männlich? Opladen 1984, 78ff.

5 Vgl. Alfermann, Dorothee: Geschlechterrollen und geschlechtstypisches Verhalten. Stuttgart, Berlin, Köln 1996, 57ff.

6 Vgl. Schweitzer, Friedrich: Die Suche nach dem eigenen Glauben. Einführung in die Religionspädagogik des Jugendalters. Gütersloh 1996, 30ff.

7 Vgl. Orth, Gottfried; Hanisch, Helmut: Glauben entdecken – Religion lernen. Was Kinder glauben, Teil 2. Stuttgart 1998, 165.

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. Schweitzer, Friedrich: Elternbilder – Gottesbilder. Wandel der Elternrollen und die Entwicklung des Gottesbildes im Kindesalter. In: Katechetische Blätter. 119. Jg., 2/94, 91–95.

10 Schweitzer, Friedrich: Elternbilder, a. a. O., 92.

19 Wer auf das Gelesene antworten möchte, klickt auf »antwort erstellen«.

20 Wer hingegen ein neues Thema anschneiden möchte, klickt auf »neues Thema«.

die umgekehrte Variante nachgewiesen worden, so dass Mädchen eher ein väterliches, Jungen eher ein mütterliches Gottesbild beschrieben. Zusätzlich prägen entsprechende religiöse Traditionen, die diese Erfahrungen auf eine bestimmte Weise deuten und/oder akzentuieren.¹¹

- **Warum beschreiben die Jungen ihren Konfirmandenunterricht als prägend, während dieser bei den Mädchen, obwohl die beiden auch konfirmiert sind, überhaupt nicht erwähnt wird?**
- **Warum bietet er anscheinend für die Mädchen keine Orientierung?**

Die Schülerinnen befinden sich beide in einem Veränderungsprozess ihres Gottesbildes vom väterlichen, alten Herrn hin zu einem neuen flexibleren Bild, das nicht von einer kirchlichen Deutung abhängig zu sein scheint. Schülerin 1: *»Mein Bild von Gott war so, dass ich mir einen alten Mann mit weißem Bart vorgestellt habe. Heute habe ich ein anderes Bild von Gott. Gott geht mit der Zeit. Soll er seit über 6000 Jahren oder länger stehen geblieben sein?«*

Und Schülerin 2: *»Mit sieben Jahren dachte ich immer, dass Gott ein alter Mann mit langem, weißen Bart ist. Diesen Gedanken los zu werden ist natürlich nicht leicht, aber irgendwann – ich glaube durch ein Buch – wurde ich inspiriert zu dem Gedanken, dass Gott nicht unbedingt einen Menschen-ähnlichen Körper haben muss.«*

Schülerin 1 und Schüler 1 schildern sich zur Zeit der Texterstellung verhältnismäßig gleichgültig gegenüber ihren Gottes- und Glaubensvorstellungen – allerdings auf unterschiedliche Weise. Bei den Mädchen steht das Gottesbild auf dem Prüfstein, die Jungen stellen ihren Zweifel an der Bibel in den Vordergrund, Schüler 1:

»Ich glaubte vorher an alles, was in der Bibel steht, aber lernte Sachen in der Bibel zu hinterfragen und auf die heutige Zeit zu übertragen. Nach meiner Konfirmation bin ich nur noch

selten in die Kirche gegangen und mit Gott in Berührung gekommen.«

Und Schüler 2: *»Ich verglich beide Theorien über die Entstehung und immer wieder fielen mir einige Widersprüche auf. Zwar wurde ich von keiner dieser Theorien so richtig überzeugt, doch ich fing an, mehr und mehr zu zweifeln, obwohl ich immer noch die Kirche wöchentlich besuchte.«*

Schüler 2 und Schülerin 2 beschreiben sehr bewusst die Veränderung ihres Glaubens. Während für den Schüler allerdings die Glaubwürdigkeit der Bibel auf dem Spiel stand und ihn nun die Vereinbarkeit von Naturwissenschaft und Religion beruhigt, war für die Schülerin ein zu starres Gottesbild der Auslöser, an dessen Stelle nun ein Gottesbild der Vielgestaltigkeit gerückt ist.

- **Welche Vorstellungen von Gott bestimmen unseren Religionsunterricht?**
- **Was nehmen Mädchen und Jungen jeweils auf, wogegen grenzen sie sich ab?**
- **Was kann ihnen Orientierung bieten und Vorbild sein?**
- **Wie sollten Lehrerinnen und Lehrer reagieren?**

In der Pädagogik werden seit Beginn der 80er Jahre entwicklungspsychologische Modelle rezipiert, die uns weitere Anstöße liefern. Schweitzer entwickelte in der Zusammenarbeit mit Nipkow / Faust-Siehl / Krupka Ansätze einer geschlechtsbezogenen Unterrichtsanalyse auf der Basis entwicklungspsychologischer Erkenntnisse.¹² Die Gruppe konzentrierte sich auf zwei Aspekte, die eine geschlechtsspezifische Betrachtung sinnvoll erscheinen lassen. Erstens die bereits umrissene Fragestellung: Welche Vorstellung haben Mädchen und Jungen jeweils von Gott? Zweitens: Wie gehen sie mit moralischen Fragestellungen um?

Bezüglich der Gottesbilder – wir behalten das Gottesbild der Schülerinnen im Auge

– zeigt sich nach Ansicht der Forscherinnen und Forscher vor allen Dingen der Entwicklungsvorsprung von Mädchen in einem gewissen Alter. Bei Mädchen wird viel früher ein differenziertes Gottesverständnis beobachtet, außerdem verliert der Glaube an eine ‚Person‘ bei Mädchen schneller an Bedeutung. So spielt einerseits zwar die Frage nach einem männlichen oder weiblichen Gottesbild eine Rolle, wird dann aber ersetzt durch die Auseinandersetzung mit der Ablösung vom Kinderglauben, der nach den vorliegenden Untersuchung gleichgesetzt wird mit dem Glauben an eine Person.¹³

Die uns im Bereich der religiösen Entwicklung vorliegenden Modelle von Oser/Gmünder und Fowler gehen zurück auf Ergebnisse der Analyse von Krisen in der Identitätsentwicklung durch Erikson und auf Prinzipien der moralischen Urteilsbildung Kohlbergs. Gemessen am Einfluss dieser Modelle wurde die Kritik an ihnen relativ wenig beachtet. Sie legen alle im Wesentlichen eine Matrix der fortschreitenden und sich so verbessernde Entwicklung zugrunde, in der aber nicht zwischen der Entwicklung von Jungen und Mädchen unterschieden wird. Sie gehen also von einem Prototyp »Kind« aus, den es gar nicht gibt. Problematisch ist auch die bewusste wie unbewusste Hierarchisierung der Entwicklungsstufen.

Lawrence Kohlberg misst moralisch gerechtes Urteilen anhand der korrekten Bewertung durch allgemein anerkannte Regeln und Prinzipien. Doch das sichere Urteilen nach Regeln scheint nicht immer einfach. Ein Beispiel für eine moralisch nicht eindeutige Diskussion um die Gerechtigkeit Gottes entnehme ich dem Bericht über ein Unterrichtsgepräch einer Klasse 10 zum Gleichnis der Arbeiter im Weinberg. Eine Schülerin bewertet den Vorgang folgendermaßen:

»Ich find's unmöglich, daß die Leute, die wo bloß eine Stunde gearbeitet haben, daß die den einen Denar nehmen. Ich find', die sollten sagen:

Leute, wir haben das nicht verdient, oder so. Und das finde ich eben ungerecht.«

Und: *»Also ich könnt' denen nicht mehr in die Augen gucken, die wo den ganzen Tag gearbeitet haben. Ich möchte mit denen zusammenarbeiten.«¹⁴*

Gottes Gerechtigkeit sei keine Gerechtigkeit, so die Schülerin, denn Gerechtigkeit entstehe erst dort, wo Verbundenheit unter den Arbeitern möglich und Beziehungen nicht verletzt werden. Die Schülerin versteht das Gleichnis nicht, für sie scheint das Handeln um die Abmachungen von Bezahlung nicht relevant, sie findet das Verhalten des Weinbergbesitzers ungerecht. Warum?

Die Erikson-Schülerin und Kohlberg-Mitarbeiterin Carol Gilligan hat nachgewiesen, dass Kohlberg bei der Bezeichnung Kind automatisch an Jungen dachte. Unter den Probanden für Kohlbergs grundlegende Untersuchung, die zu seinem Stufenmodell der moralischen Urteilsbildung führte, befand sich kein einziges Mädchen. Carol Gilligan zeigte auf, dass sich ihre Kollegen unter dem Anspruch auf Universalität faktisch auf männliche Heranwachsende bezogen. Das hatte fatale Folgen für eine Bewertung der weiblichen Entwicklung anhand des Modells, insofern, dass Mädchen und Frauen defizitär begriffen wurden, denn die moralische Urteilstärke der Mädchen war nie den höchsten oder auch nur höheren Entwicklungsstufen nach Kohlberg angemessen.

Den traditionellen Ansätzen entgegen konzipierte Gilligan auf der Grundlage eigener Untersuchungen und der Neuinterpretation vorhandener Daten die Entwicklung des weiblichen moralischen Urteils. Gilligan betonte jedoch, dass diese andere Moral

11 Vgl. ebd.

12 Schweitzer, Friedrich u.a.: Religionsunterricht und Entwicklungspsychologie. Elementarisierungen in der Praxis. 2. Auflage. Gütersloh 1997.

13 Vgl. ebd., 135f.

14 Vgl. ebd., 140f.

lediglich, empirisch betrachtet, häufiger bei Frauen zu finden ist und genauso wenig wie das moralische Urteilsvermögen von Kohlberg prinzipiell geschlechtsgebunden ist. Beide Vorstellungen vom richtigen moralischen Handeln können erlernt werden.

Basis der Moralvorstellung bei Gilligan ist eine fürsorgliche Haltung, die aus einem Konflikt zwischen eigenen Interessen und der Übernahme von Verantwortung für andere – für die Beziehungen – erwächst. Diese Moral basiert demnach weniger auf einer Abwägung, was gerecht sein könnte, sondern primär auf dem, was zu verantworten ist. Insofern handelt es sich um eine jeweils auf die speziellen Umstände der Entscheidung oder des Problems bezogene, situationsbedingte Moral. Weil bei den Entscheidungen das Gefühl der Verantwortung und Gedanken an die zwischenmenschlichen Beziehungen im Vordergrund stehen, stellt Gilligan dem Gerechtigkeitsgefühl somit gleichberechtigt ein Fürsorge- und Verantwortungsgefühl gegenüber.¹⁵

So steht im Beispiel der Diskussion des Gleichnisses dem zugrunde gelegten, an Regeln gebundene Gerechtigkeitsverständnis das von dem Mädchen eingebrachte beziehungsorientierte personen- und kontextbezogene Gerechtigkeitsverständnis gegenüber. Für die unterschiedliche Ausbildung von Moral ist nach Gilligan die geschlechtsspezifische Prägung in der Adoleszenz ausschlaggebend. Es bestünde jedoch die Chance, in späteren Entwicklungsphasen beide Moralvorstellung als sich ergänzend wahrzunehmen.¹⁶ Das Gespräch über das Gleichnis kann als stellvertretend für die vielen Situationen im Unterricht stehen, in denen wir als Lehrerinnen und Lehrer spontan reagieren und trotzdem die Verstehens- und Erfahrungsprozesse der Kinder angemessen aufgreifen sollten.

Herausforderungen

- Wie kann Religionsunterricht religiösen Bedürfnissen entgegen kommen und die individuelle religiöse Entwicklung von Mädchen und Jungen fördern?

Die Vorstellung von Gott ist nicht statisch, sondern verhält sich dynamisch im Dialog mit unseren Erfahrungen und ihren Deutungen. Bilder von Gott verändern sich von Entwicklungsphase zu Entwicklungsphase. Sozialisationsbedingungen und Lebensperspektiven von Frauen und Männern wirken durch Familie, Kirche und Schule im religiösen Erleben von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern nach. (Unabhängig davon sind die religiösen Sozialisationsbedingungen in den neue Bundesländer auch noch einmal ganz andere als in den alten.)

Die vorgestellten Ergebnisse unterliegen einer gewissen Vorläufigkeit nicht zuletzt



Frauen- und Mütter-Verein der Pfarre Badorf

durch den historischen Wandel, dem Sozialisations- und auch Entwicklungsprozesse unterworfen bleiben. Die Herausforderung liegt darin, die Auseinandersetzung der Schülerinnen wie auch unsere eigene zu beobachten und vor dem Hintergrund des vorliegenden Materials zu reflektieren. Unsere Rollen, die wir als Frauen und Männer wahrnehmen, sollten wir in unserem Wirken als Lehrende bedenken. Durch unsere Persönlichkeit können wir Schülerinnen und Schülern Orientierung sein bzw. Reibungsfläche zur Entwicklung der eigenen Position bieten. Auch sollten wir unsere Erwartungen an Mädchen und Jungen vor dem Hintergrund der Vorstellungen vom typisch weiblichen und typisch männlichen Verhalten hinterfragen und ggf. relativieren.

Gott ist auch nicht nur der väterliche Mann mit Bart wie die Mädchen feststellen! Immer wieder unterliegen Religionslehrerinnen und Religionslehrer dem Druck, Eindeutiges über Gott zu sagen. Da ist es doch beruhigend zu wissen, dass im Rahmen des Religionsunterrichts der eine Gott in seiner Vielheit wirkt – und es ist unsere Chance, diese Vielgestaltigkeit wahrzunehmen und zu fördern, auch im Hinblick auf eine plurales und tolerantes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Allgemeines Ziel sollte die Ausbildung von eigener religiöser Kompetenz sein, d.h. selbständiges Nachdenken und Handeln muss bestärkt, Entwicklungen des eigenen Religionsverständnisses gefördert und Konflikte müssen gemeinsam eingeordnet und differenziert, Austausch und Auseinandersetzung der Mädchen und Jungen untereinander trainiert werden.

Aufgabe sollte ein offensiver Umgang mit Rollenbildern sein, ein Lernen voneinander, ein Angebot von Vorbildern zur Orientierung – weiblich wie männlich – und die Diskussion verschiedener Konzepte der Lebens- und Glaubensgestaltung. Die Förderung von Sozial- und Selbstkompetenz stehen im Unterricht gleichberechtigt neben der Ent-

wicklung von Sachkompetenz. Neben der Aufmerksamkeit für Gott und andere Menschen ergänzt die Therapeutin Hildegunde Keul diese Auffassung um das Verständnis von Religion als »Aufmerksamkeit für mich selbst«¹⁷. Für Mädchen und Jungen kann das Gewahrwerden der eigenen erfahrenen und gelebten Religiosität und der Austausch über religiöses Erleben von anderen produktiv für die eigene Identitätsentwicklung und Lebensbewältigung werden.

Es gilt der Lebens- und Glaubenswelt unserer Schülerinnen und Schüler nachzuspüren und diese aufzugreifen. Ich wünsche uns allen anregende Entdeckungen!

15 Vgl. Gilligan, Carol: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München, Zürich 1984, 86ff.

16 Vgl. ebd., 200f.

17 Vgl. Keul, Hildegunde: Religion und Erotik. Eine Aufforderung zum Tanz. In: Schlangenbrut. Nr. 49, 13. Jg., Mai 1995, 21.

»Verbindlicher leben«

Wie finden wir in einer säkularisierten Gesellschaften neue Zugänge zu Gott? Welche Rituale können uns helfen, Gott zu erkennen und welchen Platz können wir ihm in unserer Lebenswelt einräumen?

Unsere Schweizer Schwesterzeitschrift NEUE WEGE sprach mit der Theologin DOROTHEE SÖLLE und dem Religionspädagogen FULBERT STEFFENSKY.

»Mystik und Regeln«

Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky, wir treffen uns zu diesem Gespräch während einer Bolderntagung über »Mystik und Regeln«. Wie vertragen sich eigentlich diese beiden Begriffe? Gelangen Mystiker und Mystikerinnen nicht zu einer unmittelbaren Gotteserfahrung, die keiner Vermittlung durch Regeln bedarf, ihnen sogar widerstrebt?

Dorothee Sölle: Mystik ist wohl eine unmittelbare Gotteserfahrung, die aber auch verhindert werden kann, wenn der Mensch nicht aufmerksam, nicht achtsam ist. Die Regeln sind nicht eine Produktion dieser Gotteserfahrung, sondern eine *Bereitung des Menschen* auf sie: dass er die Zeiten achtet, den Ort achtet und was diese Regeln sonst noch besagen. Sie machen den Menschen aufmerksam und figurieren seine Innerlichkeit. Ohne Regeln und Methoden ist die Innerlichkeit des Menschen wild und zufällig.

Sie haben aber heute morgen von einer Gotteserfahrung berichtet, die Ihnen im Umgang mit einem geistig schwer behinderten, glücklich lächelnden Menschen geschenkt wurde. Diese Gotteserfahrung verlief doch nicht nach Regeln.

DS: Nein, die Erfahrungen laufen nicht nach Regeln ab, aber die Regeln sind eine Vorbereitung. Sie bauen auf, was in unserer Gesellschaft kaputt gemacht wird: die Aufmerksamkeit, diese Bereitschaft, überhaupt zu hören und zu sehen.

Der Begriff der Regel, verwendet im Zusammenhang mit Mystik, erinnert natürlich auch an Versuche der katholischen Kirche, eine ihr suspekthe Mystik zu »regulieren«; denn unmittelbare Gotteserfahrung ist eine Provokation für eine Institution, die sich selbst als heilsnotwendige Vermittlungsinstanz zwischen Mensch und Gott sieht. Ihr Regelbegriff dagegen ist ein anderer, derjenige einer methodischen Hinführung zu einer Gotteserfahrung oder auch nur einer methodischen Überwindung von Hindernissen, die dieser Gotteserfahrung im Wege stehen.

DS: Mystik ist eine Erfahrung Gottes und diese ist nicht regulierbar, nicht voraussagbar und schon gar nicht machbar. Aber sie geschieht in ganz vielen Menschen an ganz vielen Stellen. In jeder Pfütze kann Gott sich verstecken, wenn es ihm oder ihr gerade einfällt.

Von Ihnen, Fulbert Steffensky, habe ich heute gehört, Mystik sei »kein Aufstieg zu Engelschören«, es gelte vielmehr »in geordneten geistlichen Verhältnissen« zu leben. »Sei unspontan!« lautete eine Ihrer Regeln. Ich habe mir den Mystiker bislang etwas weniger geordnet und spontaner vorgestellt.

Fulbert Steffensky: Mystik beruht einerseits auf einer unverfügbaren Erfahrung. Der Geist bricht ein, der Geist ist nicht produzierbar, der Geist ist auch nicht störrisch. Der Mensch aber ist zufällig in der Wahrnehmung seines Lebens, seine Aufmerksamkeit muss geformt sein, damit er z.B. ein Ereignis als die Anwesenheit Gottes interpretieren kann. Die eben erwähnte mystische Erfahrung bei der Wahrnehmung des Glücks eines Behinderten ist eine Lesart; ein nicht gebildeter, ich meine ein seelisch nicht gebildeter Mensch würde diese kleine Szene so nicht wahrnehmen. Es geht also nicht um Produktion der Erfahrung, es geht um die Formung der Aufmerksamkeit, dass ich Gott in seinen verschiedenen Gestalten wahrnehmen kann.

DS: Man muss vielleicht eine Art Hunger nach Gott haben. Wenn dieser Hunger wegfällt durch Überfraß von allem möglichen Quatsch, dann zerstören wir damit eben auch unsere Lebensaufmerksamkeit.

Orte achten, nach Rhythmen leben und die Wiederholung ehren

Für unsere Leserinnen und Leser sollten wir hier die Regeln benennen, von denen unser Gespräch bislang ausging.

FS: Hunger nach Gott und Aufmerksamkeit für Gott sind keine natürlichen

Sachverhalte, die einfach kommen, wenn man sie braucht. Man muss sie vielmehr vorbereiten.

Man muss zunächst den Ort achten. Orte sprechen zu uns. Der Raum einer Kirche z.B. spricht zu uns, wenn man ihn sprechen lässt. Auch Zeiten sprechen, wenn sie als beachtete Zeiten sich zu Rhythmen fügen. Ohne Rhythmus lebt der Mensch in öden Zeiten. Nicht nur geistlich. Wenn man keinen Rhythmus des Essens und des Nichtessens, des Musikhörens und des Nichtmusikhörens einhält, verkommt man.

Man muss die Wiederholung ehren. Wiederholungen stellen eine gewisse Eintönigkeit her, die im religiösen Leben wichtig ist. Wer keinen Hunger und keine Ideen hat, dem nützt auch die beste Eintönigkeit nichts.

DS: Die Wiederholung ist ein zentrales Element der Theopoesie. Wiederholung bedeutet ja nicht, dass ich immer dasselbe sagen, immer wieder »Kyrie eleison« beten muss. Das entspricht unserer Klick-Welt, wo die Information, wenn sie ankommt, einfach da ist. Das füllt sich nicht, das lebt nicht, das ist angeklickt und damit o.k. Was soll dieses sinnlose »Kyrie eleison« dreimal hintereinander?

Doch wenn es wirklich gebetet wird, füllt es sich mit Leben. Es ist eine Wiederholung der Nachdenklichkeit, eine merkwürdige Mischung von Aktivität und Passivität, wie sie in vielen wichtigen Dingen zusammenkommt.

Fulbert Steffensky, Sie haben von einem »Gefängnis der Rituale« gesprochen, allerdings auch von der Wiederentdeckung der Rituale im derzeitigen »Gefängnis der Verödung«.

FS: In meiner Kindheit habe ich für das Gegenteil von dem plädiert, für das ich jetzt spreche. Es war eine Welt, die verhängt war durch Rituale, durch Gesten, durch

Zeichen. Nicht nur der Geist hat seine Rituale, sondern eben auch der *Ungeist*. Gegen diese Zeichen des Ungeistes haben wir gekämpft. Frömmigkeit hat zwei Aufgaben: Einerseits soll sie die Bilder stürmen, die in einer verhängten Welt vorherrschen und den Ungeist oder die Hoffnungslosigkeit bestätigen. Alle tief religiösen Zeiten sind auch *anarchistische Zeiten*, Zeiten des Zusammenbruchs des falschen Geistes, jesuanische Zeiten, prophetische Zeiten. Ich nenne die Reformation als Beispiel.

Die zweite Aufgabe ist das Entwerfen der *Bilder*. Die Liebe kommt nicht ohne Bilder aus, die Frömmigkeit und der Geist des Menschen kommen nicht ohne *liturgische Landschaften* aus, nicht ohne Formen. Man glaubt nicht nur im Herzen und mit seiner Seele, man glaubt auch mit den Bräuchen, mit der Wiederholung. Das ist eine Entlastung des Herzens, dass es nicht für alles stehen muss, sondern dass seine nach außen gewendeten Gesten es trösten, ja dass sie manchmal vielleicht stärker sind als das Herz selber.

»Gott ist das Allermittelstamste«

Ist die Spiritualität nach den Regeln, die Sie entworfen haben, überhaupt eine Sache für den einzelnen Menschen? Wir leben ja in einer Zeit der Individualisierung, wo »jeder/ jede ein Sonderfall« zu sein scheint.

DS: Einer meiner Lieblingssätze von Meister Eckart heißt: »Gott ist das Allermittelstamste.« Gott ist keine »private property«. Gott will geteilt werden. Gott will darum auch *gemeinsam* erfahren werden. Und eine Erfahrung Gottes will nicht bei sich bleiben, sondern sich mitteilen, weiter-

gegeben werden. Gott ist nicht etwas, das man sich genüsslich auf der Zunge zergehen lässt, und man fühlt sich dann besser. FS: Der politische Slogan *»allein bist du klein«* ist ebenso sehr ein religiöser Slogan. Das zeigt sich auch darin, dass viele Menschen nicht mehr alleine beten können, aber sie können es noch, wenn sie mit anderen zusammen sind, z.B. am Sonntag in der Kirche oder hier auf Boldern. Sie lesen den Geschwistern den Glauben von den Lippen. Es ist eigentlich etwas sehr Schönes, dass man nicht für alles alleine stehen muss, nicht einmal für seinen Glauben.

Es ist nicht so, dass man als einzelner überhaupt nichts kann. Aber wenn man überhaupt nicht mehr in *Zusammenhängen* steht, also z.B. keine Gottesdienste mehr kennt, dann fällt es schon sehr schwer, sich religiös zu bilden. Dann eilt man von Niederlage zu Niederlage. Wenn wir uns beklagen, dass wir unterliegen bei diesen Versuchen, dann hat das wahrscheinlich mit unserer Einsamkeit zu tun. Aber besser unterliegen als gar nicht anfangen.

Wir stellen ja gerade fest, dass viele Menschen nicht mehr die Gottesdienste besuchen, geschweige denn nach Boldern kommen und da beten. Viele suchen nach einer privaten Frömmigkeit, die sie zu Hause mit Bildern, Altären usw. pflegen.

FS: Sinndeutungen und Lebenspraxen kann man sich nicht aus den eigenen Rippen schneiden. Wenn ich lange Zeit etwas völlig allein und nur für mich tue, besteht nicht nur die Gefahr, dass ich schwach werde in dieser Praxis, sondern dass daraus eine völlig *privatistische Praxis* wird. Das ist dann nicht mehr die Praxis, die im Zusammenhang eines Geistes steht, sondern nur noch Ausdruck meiner Befindlichkeit ist. Das ist zu wenig. Gute Religion hat etwas *Fremdes*, das mir

gegenübertritt. Ein guter Brauch ist nicht nur mein Eigenes, sondern auch etwas Fremdes, er kommt als Lehrer zu mir, der mich ermahnt, lehrt, rüstet und auf den Weg bringt.

DS: Was Sie beschreiben, ist eine *Ego-Inszenierung*, die zwar auf einer Suche beruht, sie aber zugleich verhindert. Gott ist dann vielleicht schon hinter uns und wir gucken noch immer nach vorn. Ich glaube nicht, dass diese isolierte und vom Leben abgelöste Form etwas verändern kann. Ich habe viel vom *Protestantismus in den USA* gelernt. Etwas vom Schönsten ist dort das *gemeinsame Fürbittegebet*, in dem die Leute etwas von ihrem Leben in die Gemeinde einbringen. Ich habe ein *Urerlebnis* gehabt. Eine Frau sagte: »Es geht uns so schlecht, ich weiß nicht mehr, wie es weitergehen soll, vorige Woche ist er ausgezogen.« Zehn Minuten später, im selben Gottesdienst sagte ein Mann, der woanders stand: »Ja, ich bin ausgezogen, ich konnte nicht mehr, betet für mich.« Dass eine Ehe auseinander geht, ist statistisch gesehen zwar ein normaler Vorgang, bei uns aber trotzdem eines der bestgeschützten Geheimnisse der bürgerlichen Gesellschaft, das völlig ausgeschlossen bleibt aus der Religion. Es ist vielleicht noch ein Beicht- oder Beratungsgeheimnis. Aber dass es geteilt wird mit anderen, das fand ich ein unglaublich schönes Zeichen für das, was Kirche sein kann.

FS: Ich wäre etwas vorsichtiger mit dem Vorwurf der Ego-Inszenierung. Die private Suche der Menschen ist vor allem Ausdruck einer großen *Hilflosigkeit*. Was, wenn die auch noch vertrocknet und überhaupt nichts mehr da ist, keine Geste, kein Spruch, kein Bild, sondern nur noch die nackte *Geistlosigkeit*?

Die Unterscheidung der Geister

Sie haben heute morgen davon gesprochen, dass Ihnen der Hunger nach Spiritualität nicht ganz geheuer sei. Aus den USA kennen wir ja noch eine andere Spiritualität, diejenige der »moral majority«. Ronald Reagan hat jedesmal vor Frömmigkeit gestöhnt, wenn er an der Rüstungsspirale drehte. Wie unterscheiden wir die Geister?

FS: Es geht um eine Spiritualität, die eine Tradition, hier also die christliche, im Rücken hat. Nach dieser Tradition ist Gott nicht einfach da, wo er genannt wird. Gott versteckt sich in vielen Namen, auch in den verfeimten Namen der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit. Die Frage ist: Für wen tritt mein Satz ein, wenn ich Gott nenne? Für wen tritt meine Frömmigkeit ein, wenn ich sie praktiziere? *Christliche Sätze* sind erst dann gut, wenn sie einen Freund und einen Feind haben, wenn sie nicht allgemeine Sinndeutungen sind, sondern etwas aussagen über das Leben von Menschen. Sind es Sätze, die die *Freiheit und Würde* des Menschen fördern? Oder sind es Sätze, die sie bekämpfen? Immer nach dem Urteil dieser Tradition.

Wären Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, diese Grundwerte der Ökumene, nicht ein tauglicher Raster, um die Geister zu scheiden?

DS: Ja, es handelt sich, so formuliert, um die *christlichen Grundbegriffe*, die auch für dieses Jahrtausend gültig sind.

FS: Ich finde natürlich auch, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung seien *Kriterien der Rechtheit*. Es kann aber auch sein, dass jemand gar nichts will, sondern mit voller Absichtslosigkeit spricht, wenn er »Gott« sagt. Wenn Reagan das Wort verwendet, dann verfolgt er damit eine Absicht. Er will sich selbst

verbrämen oder einen künstlichen Gegner schaffen. Es gibt demgegenüber die *Absichtslosigkeit* der Gottesliebe, die lobende und preisende Frömmigkeit, die alle Absichten vergessen hat.

DS: Das ist natürlich ein *mystisches Urthema*. Wenn es möglich ist, dass ich aus mir selbst herausgehe, dann tue ich das ohne Zweck. Es ist ein Grundanliegen von Meister Eckart, dass ich etwas »sunder warum«*, ohne Warum, tue.*

In diesem Sinn ist die Liebe immer ohne Warum. Das ist nicht »lieber Gott, mach mich fromm, dass ich in den Himmel komm«. Liebe ist kein Deal, sondern etwas ganz anderes. »In deine Lieb, versenken will ich mich ganz und gar, mein Herz will ich dir schenken und alles, was ich hab.« Es wird hier eine absichtslose Liebe artikuliert.

FS: Im Alter wachsen zwei Fähigkeiten: die Fähigkeit zur Skepsis und die *Fähigkeit zu loben*. Ich merke, wie für mich die großen Lobpsalmen wichtig werden, die mir früher wenig bedeuteten. Es geht um den Wunsch, etwas Gutes über das Leben sagen zu können. Auf der andern Seite wächst auch eine Grundskepsis gegenüber dem Gesamtunternehmen »Leben«.

DS: Mein neuer Gedichtband heißt nicht ohne Grund »Loben ohne Lügen«. Meistens geht Loben mit Lügen, Augenzwinkern und Verschweigen einher. So sehr ich die Tradition liebe, so sehr hat sie doch nur Sinn, wenn sie so weitergegeben wird, dass sie andere zum Sprechen ermutigt, dass sie auch lernen zu loben ohne zu lügen.

Kein religiöses Gespräch ohne eigene Sprache

Die Mystik in den verschiedenen großen Religionen hat eine eigenartige gemeinsame Sprache, eine Nähe in den Erfahrungen, von denen die Texte sprechen. Das könnte doch auch eine gute Grundlage sein für die Begegnung der Religionen und für die Aufgabe ihrer Absolutheitsansprüche.

DS: In Berlin bin ich dem vietnamesischen Mönch Thich Nhat Hanh begegnet, der den »engaged buddhism« gegründet hat. Er bekam dadurch unglaubliche Schwierigkeiten mit dem traditionellen buddhistischen Mönchtum. Er musste Vietnam verlassen und hat dann ein Kloster in Frankreich aufgebaut. Ich habe ihn immer sehr geachtet wegen dieses »engagierten Buddhismus«. Das Zusammentreffen war leider traurig. Die Veranstalter baten mich, einen Bibeltext auszuwählen, den wir beide auslegen sollten. Ich habe die »Jünger von Emmaus« ausgesucht, weil ich dachte, dass Essen und Brotbrechen Erleuchtung bedeutet im Buddhismus.

Doch unsere Auslegungen waren sehr verschieden. Thich Nhat Hanh war völlig fixiert auf die *Erkenntnis* und auf das *Individuum*. Es schien, als hätte er sein Engagement vergessen. Der Witz der Geschichte ist doch, dass die Jünger wieder nach Jerusalem zurückgingen, wo sie eben noch abgehauen waren aus Angst. Doch für ihn waren es lauter Einzelne, die plötzlich Erkenntnis gewannen. Ich dachte hinterher: Das ist genau das Richtige für die Manager. Für sie ist der Buddhismus attraktiver.

FS: Nur wenn man seine *eigene Endlichkeit* zugegeben hat, kann man mit anderen sprechen, über den eigenen Tellerrand sehen und erkennen, dass es Geschwister

in der Hoffnung gibt, die andere Dialekte des Glaubens sprechen.

Nur wer seine eigene Endlichkeit erkannt hat, kann geschwisterlich sein. Das ist das eine. Es gibt nun freilich ein Problem, die *Flucht in die Fremde*. Bei uns wagen es Religionslehrer oder Pfarrerinnen kaum noch, zur eigenen Tradition Stellung zu nehmen, sie fliehen sofort in die Fremde. Eines unserer Enkelkinder hat im Kindergarten in Hamburg sehr behutsam den Ramadan gefeiert. Aber von Weihnachten hat es nichts gehört. Das wäre eine Frage unseres Stolzes, nicht unserer Arroganz: Können wir unsere eigene Geschichte als Geschichte der Menschenwürde und der Freiheit annehmen? Ein religiöses Gespräch können nur die miteinander haben, die eine Sprache haben. Eine der Vorbedingungen des religiösen Dialogs ist nun wirklich, dass man die eigene Sprache kennt.

Der eigenen Endlichkeit bewusst bleiben, gilt das nicht auch für die Kirchen und religiösen Gemeinschaften? Bedeutet das nicht den Verzicht auf alle Absolutheitsansprüche?

FS: Wenn ich zu etwas stehe, an etwas glaube, will ich darüber etwas sagen, aber ich will mir verbieten, etwas Wertendes über den Glauben von anderen zu sagen.

DS: Ich möchte *einen* Namen Gottes in der hebräischen Bibel auf gar keinen Fall aufgeben, und der heißt »Gerechtigkeit«. Wenn dieser so zentrale Name wegfällt und nur noch Erleuchtung des Individuums übrig bleibt, dann habe ich Probleme. Wir sollten das Religionsgespräch gewiss führen, aber nicht auf dieser soften Ebene einer unverbindlichen Ethik.

Zerstörung des Lebens durch Überfluss

Mit dem Stichwort »Gerechtigkeit« erreicht unser Gespräch die politische Ebene. Frau Sölle, Sie haben heute morgen gesagt, »einfacher leben, damit andere überleben können«, sei für Sie nach wie vor aktuell. Dieses »einfacher leben« ist gewiss auch eine Frucht der Mystik und der Spiritualität. Aber politisch gesprochen genügt es nicht, es braucht doch auch neue Strukturen, durch die z.B. die Nutzung von Natur und Umwelt auf die Kosten übertragen wird.

DS: Selbstverständlich, das folgt ja auch daraus. Wenn ich verstanden habe, dass eine gewisse Einschränkung meines Lebensstandards ansteht, im Interesse meiner Enkelkinder und des Überlebens der Menschheit auf dieser Erde, dann sind *strukturelle Veränderungen* notwendig. Nur so überwinden wir diese *Barbarei*, die weltgeschichtlich eine der am besten organisierten ist, die es je gegeben hat. Noch immer verhungern täglich 30 000 Kinder. Die Verelendung nimmt weiter zu. Von meiner Tochter, die als Ärztin in Bolivien lebt, höre ich Nachrichten aus dem Hochland, die mich erschüttern. Die jüngeren Leute ziehen dort weg, weil ihnen die Subsistenzwirtschaft kaputt gemacht wird. Sie gehen in die Slums der Städte, betteln sich durch, prostituieren sich oder handeln mit Drogen. Bei den Älteren, die zurückbleiben, ist Selbstmord die wichtigste Todesursache, auf Selbstmord entfallen 50% aller Todesfälle.

FS: Einschränkung des *Lebensstandards* bedeutet ja nicht Einschränkung der *Lebensqualität*, einfacher zu leben fördert im Gegenteil unsere Lebensqualität. Der Verzicht auf Geschwindigkeit, auf den Mobilitätswahn, auf üppiges Essen usw. wird unser Leben intensivieren. Die Entsinnlichung des Lebens, die Zerstörung

des Lebens durch Überfluss ist ganz offensichtlich. Es gibt von Pasolini den schönen Satz: »Überflüssige Dinge machen das Leben überflüssig.« Ich plädiere nicht für Armut, sie kann das Leben zerstören. Aber Kargheit, Einfachheit wird das Leben versinnlichen. Wie nehmen wir unsere Städte wahr? Es ist ein Unterschied, ob ich mit dem Fahrrad oder ob ich mit dem Auto durch die Stadt fahre. Wie nehmen wir Sommer und Winter wahr, wenn wir die Rhythmen zerstören und z.B. im Januar Erdbeeren essen? Es gibt ein schönes Wort von Hélder Câmara: »Lehre mich ein Nein sagen, das nach ja schmeckt.«

Mut zur Kenntlichkeit

Aber wie bringen wir diese Spiritualität des Verzichts in die Politik?

FS: In den hohen Zentren der Säkularität, also in Großstädten wie Hamburg oder Berlin, mache ich die Beobachtung, dass die Leute hungrig sind nach einer Art Spiritualität, jedenfalls nach mehr als dem, was sie unmittelbar sättigt. Bei uns hat Religion einen ungemeinen Boom. Es ist zum erstenmal, dass in Hamburg niemand mehr gegen den Religionsunterricht opponiert. Alle sind dafür. Die Leute merken, dass es so nicht mehr weitergeht. Wir stehen an einem Punkt der Neubewertung.

DS: Träger von Hoffnung in der reichen Welt sind Nicht-Regierungsorganisationen, zu denen ich auch die lebendigen Teile der christlichen Kirchen zähle. Ohne Profitabsichten und ohne Machtanspruch werben sie für ein anderes Leben. Ich sehe, wie z.B. die Kampagne »saubere Kleidung« wächst, die ein Wirtschaften ablehnt, das auf Sklaverei beruht. Die Leute stellen Fragen wie: Was verdient ein Fußballstar, und was bekommen die Skla-

vinnen und die Sklavenkinder, die seine Turnschuhe nähen?

FS: In dieser Situation ist die *Kenntlichkeit der Kirche* gefordert. Wenn ich die letzten zwanzig Jahre übersehe, im Religions- und Konfirmandenunterricht z.B., dann ist dieser Mut zur Kenntlichkeit sehr zurückgegangen. In Hamburg beklagen nichtchristliche Lehrerverbände, dass im Religionsunterricht nichts mehr gelernt wird. Menschen können erst zu Ideen und damit zu einer eigenen Kenntlichkeit kommen, wenn sie sich mit der Kenntlichkeit der andern auseinandersetzen können. Besonders *Jugendlichen* ist überhaupt nicht gedient, wenn sie einen Religionslehrer haben, der nur Probleme mit ihnen bearbeitet. Zugleich muss dieser Mensch doch zeigen, was er liebt und wofür er steht.

Je mutiger die Kirche ist, je mehr sie ihre eigenen Traditionen kennt und ihr Gesicht zeigt, umso besser ist auch der Gesellschaft und ihrer Moral gedient. Es gibt ja kaum noch Moral, Geschichten und Lieder generierende Institutionen in unserer Gesellschaft. Das waren mal die Sozialisten, die Gewerkschaften, die ihre Lieder, ihre Erinnerungen, ihre Erzählungen hatten. Sie alle haben sich inzwischen in ihren Interessen funktionalisiert. Da verbleibt nur noch die Kirche; es ist bitter notwendig, dass sie zeigt, wer sie ist.

Sozialismus ist nicht passé

Ihre Hoffnung auf NGOs, auf Kirchen, auf Zivilgesellschaft überhaupt tönt sehr zuversichtlich. Aber in der institutionellen Politik lassen sich eigentlich nur gegenläufige Tendenzen feststellen. Die Grünen mussten bei den letzten Bundestagswahlen dafür büßen, dass sie die Kostenwahrheit beim Benzinpreis

verlangten. Auch die Sozialdemokratie verhält sich so, als ob Sozialismus ein für allemal passé wäre. Ist er das?

DS: Ich war mal bei den »Christen für den Sozialismus«, die inzwischen ein winziges Grüppchen geworden sind. Aber ich plädiere nach wie vor für *Gerechtigkeit* und nicht nur für *Fairness*. Wir sollten die Geschichten der Bibel von gelingendem Leben, von anderem Leben weiter erzählen und die Menschen darauf hinweisen, wo sie auch solche Geschichten erleben. Die *Befreiungstheologie* nennt es »die Bibel weiterschreiben«, was hundertmal mehr wert ist als die gesamte Exegese mit ihren Schläuheiten.

FS: Man hat soviel Grund, beim Sozialismus zu bleiben wie bei der Kirche zu bleiben – oder soviel Grund, aus der Kirche auszutreten wie vom Sozialismus wegzugehen. Ich glaube nicht, dass die

sozialistische Grundidee der Gerechtigkeit und der Freiheit verlorengeht. Zusammengebrochen sind wohl unsere *scholastischen Interpretationen* des Sozialismus. Das sollten wir auch ruhig zugeben. Eine *Erneuerung des Sozialismus* kommt nur aus der Kritik des Sozialismus von Sozialistinnen und Sozialisten her, also von innen her. Wer Kritik nicht zulässt, zerstört sich selbst. Das gilt für den Sozialismus wie für die Kirche.

Dann aber wird sich eine Menschheitsidee halten und sich mit der wissenschaftlichen Idee des Sozialismus, wenn auch in gereinigter Form, verbinden. Sozialismus ist ja nicht nur eine Gerechtigkeitsidee der vielen Herzen, sondern er muss auch mit einer Theorie von Wirtschaft und Gesellschaft verbunden werden.

Das Gespräch führten Susanne Kramer und Willy Spieler für die Zeitschrift Neue Wege.



Wenn die Revolution auf sich warten lässt...

Ansätze für ein gerechteres Wirtschaftssystem sollen im Zentrum der BRSD-Tagung im Herbst stehen. Wir wollen uns konkrete Vorschläge wie die von Attac und anderen propagierte Tobin-Steuer ansehen und Möglichkeiten eines gerechteren Wirtschaftens hier und jetzt ausloten. Bringt uns das dem Sozialismus näher, oder können wir das vergessen? Oder bringt uns das weiter, aber können wir den Sozialismus vergessen?

**BRSD-Jahrestagung
Bad Hersfeld, 14.-16.11.2003**

Wissen wir es besser als Rot-Grün?

Weitere Gedanken nach der Bundestagswahl

In der vorigen Ausgabe hatten mehrere Mitglieder des BRSD den Wahlausgang kommentiert. Die ausführlichste Analyse hatte Ulrich Peter geliefert und damit den Anstoß zu einer Diskussion geliefert, die wir an dieser Stelle wiedergeben wollen. Weil diese Texte ursprünglich nicht zur Veröffentlichung gedacht waren, haben wir sie für CuS an manchen Stellen ein wenig gekürzt.

Matthias Nauerth

Ich stimme vielen Deutungen und Einschätzungen voll zu. Aber ich will an dieser Stelle doch mal einen Gedanken entwickeln und ausspinnen, der mir etwas auf den Nägeln brennt und mir in dem Zusammenhang im Moment wichtig erscheint.

Ist es nicht nötig und konsequent, all diese Kritik nachsichtiger zu formulieren, bzw. ist es nicht angemessen, die vorläufigen, kompromisshaften Reformbemühungen von Rotgrün in einer grundsätzlich solidarischen Haltung zu kritisieren? Dies aus einem, wie ich finde, entscheidenden Grund: Du und ich, unsere Genossinnen und Genossen in den verschiedenen Organisationen, wir alle wissen auch nichts wesentlich Besseres! Wir befinden uns praktisch in einer Situation, keine grundsätzliche Gesamtalternative zu haben. Die von Dir konstatierte Schwäche der PDSPD-Linken, der Gewerkschaften etc. hängt doch m.E. nicht damit zusammen, dass die entsprechenden Funktionäre charakterli-

che Defizite haben und aus diesem Grunde mit ihrem Sozialismus so leise sind, sondern dass es an schlüssigen Gegenkonzepten fehlt, die ganz anders sind. Daher sind sie, sind wir alle gezwungen, uns – demütig – an der Suche nach Teillösungen zu beteiligen.

Anders herum formuliert:

Wer sich dessen bewusst ist, so wie Du und ich, dass es sehr schwer ist, das Gesundheitssystem zu sichern und zu stabilisieren, das Rentensystem zu sichern und zu stabilisieren und überhaupt die Produktionsmittel in den Dienst der ProduzentInnen zu stellen – und zwar ohne bei der nächsten Wahl an der Fünfprozenthürde zu scheitern und ohne dass der Laden zusammenkracht und wir eine Ministerriege aus Berlusconi-Haider-Schill-Typen zum aufräumen kriegen – wer sich dessen bewusst ist, muss dessen Kritik nicht vorsichtig und solidarisch sein, es sei denn, sie basiert auf der Annahme, die Regierenden wüssten es besser, negierten den massenhaften Willen



Matthias Nauerth

der sozialistisch gesinnten Bevölkerung und unterlassen das Richtige wider besseren Wissens zum Schutz der Kapitaleseite? Und wer von uns will das behaupten, zumal wenn er »das Richtige« selbst nicht kennt sondern nur das Schlechtere, das CDU/DFP und New Labour anbieten. Wenn man sich erklären will, warum Ulla Schmidt jetzt so handelt, erscheint es mir nahe liegender, davon auszugehen, ihr und ihren Thinktanks fällt nichts besseres ein, um sich noch stärker gegen die Forderungen von Merz und Seehofer abzugrenzen, als anzunehmen, sie verrate die Interessen der Kranken und Schwachen wider besseren Wissens. Und dass sie um eine »linkere« Politik bemüht ist, wird man ihr zugestehen müssen. Wir kennen uns ja beide etwas in diesem Bereich aus: Ich habe festgestellt, dass die Materie hoch kompliziert ist und wer sich hinstellt und sagt: »das ist eine funktionierende, sozialistische Sozialrechtsreform«, der hängt sich sehr weit aus dem Fenster.

Und noch mal einen Schritt abstrakter: Ich stelle fest, dass es links von sozialdemokratischen Linken a la Lafontaine kaum Konzepte

gibt, nichts. Also so in etwa: Regulierung der Globalisierung als Fernziel. Keine kommunistische Partei in Europa und auch keine PDS bietet, soweit ich es mitkriege, substantiell ein anderes Konzept an im Hinblick auf konkret umsetzbare Politik. Links von Blair geht es im Moment überall darum, unmittelbar das System des Wohlfahrtsstaats zu retten und ihn dafür z.T. abzubauen und gleichzeitig über neue globale Steuerungsinstrumente nachzudenken. Auch wenn man sich die sozialistischen Parteien der dritten Welt anguckt, sofern sie ernst zu nehmen sind, wie der ANC, die PS in Chile, die PT in Brasilien, die Sandinisten in Nicaragua..., sie alle haben keine revolutionäre oder sonstwie wesentlich andere Strategie. Sie zielen auf das, was wir in Deutschland und Schweden schon haben. Und das ist ihnen nicht vorzuwerfen.

Das heißt aber, jede politische Positionierung, die ich im Moment mitbekomme, findet faktisch auf dem weltanschaulichen Boden der Sozialdemokratie (wozu ich Grün zähle) statt. Auf diesem weltanschaulichen Terrain kann man dann diskutieren und kritisieren, dass Lafontaine statt Clement besser wäre, und von Oertzen der richtige Kulturstatsminister sein könnte – oder Dieter Dehm, und Wolfgang Gehrke Sozialminister sein sollte und Ströbele für Justiz... oder so... aber das sind Debatten um die richtigen Stellschrauben, nicht um die Maschine als ganze!

Joschka Fischer hat mal etwas gesagt, und das gehört zu den paar Sätzen, die mich gleichzeitig geärgert und beeindruckt haben. Er sagte sinngemäß im Hinblick auf seine Partei: Die besten Köpfe der Linken in den westlichen Ländern haben es in den letzten Jahrzehnten nicht vermocht, einen substantiell anderen, sozialistischen, Weg zu beschreiben, auf dem wir gehen können. Wir sollten dementsprechend nicht so vermessen sein zu meinen, wir hätten ihn oder könnten ihn mal eben entwickeln.

Während ich dies in Etappen schreibe, lese ich in der neuen Ausgabe der Zeitschrift »Sozialismus« die selbstkritischen Sätze aus PDS-Sicht, dass die Abgrenzung von der Politik der Sozialdemokratie noch kein Qualitätsbeweis des Linkssozialismus sei, »auch wenn es das politisch-moralische Gewissen vieler ‚Sozialisten‘ beruhigen mag, sich der ordinären Sozialdemokratie überlegen zu fühlen«.

Ich frage mich also schlussendlich: Wenn wir feststellen müssen, dass links zur Zeit nichts wesentlich anderes an durchgerechneten und in allen seinen Nebenwirkungen analysierten Konzepten vorhanden ist als das, was im erweiterten rotgrünen politischen Spektrum diskutiert wird, bedeutet das dann nicht für uns als Sozialisten:

- Solidarische Kritik an Rotgrün, d.h. Kritik, Analyse und alternative Vorschläge aus einer Haltung, die den Regierenden zunächst mal nicht empört unterstellt, das »ganz andere« wider klare Einsicht zu unterlassen, sondern ihnen redliches Bemühen zugesteht (wenngleich man dafür offen sein kann, dass sie uns im Einzelfall eine reaktionäre Gesinnung nachweisen).
- Arbeit an den Konzepten, die fehlen
- Beten – und Hoffen auf das Reich Gottes?

Wie gesagt: Ich frage mich und bin mir nicht sicher.



Sektempfang: Schröder und Fischer stoßen an auf vier weitere Jahre Rot-Grün

Ulrich Peter

Vorab: Mir ist die von Dir vorgebrachte Grundfrage (Wissen wir es denn besser?) vertraut.

Diese Betrachtung habe ich in mehr als zwei Jahrzehnten SPD in unbezahlter wie in hauptamtlich bezahlter Arbeit zur Genüge kennen gelernt. Es geht um Machbarkeit, um Realpolitik und um Sachzwänge und generell darum, sich für das kleinere Übel zu entscheiden. Dass ich diese Begriffe für ideologische Waffen halte und als Kategorien für eine tatsächliche Analyse und Strategiebildung ablehne, wird Dich nicht überraschen. Wieso spreche ich von ideologischen Waffen? Machbarkeit, Realpolitik und Sachzwänge sind keine objektiven Größen und erst recht keine statischen-unveränderbaren Schicksalsschläge. Kannst Du dich noch an den schönen Satz »Seid realistisch – fordert das unmögliche« erinnern? Dann bekommt man wenigstens das mögliche.

Ich möchte ein Beispiel nennen, das aktuell in Berlin stattfindet: Stichwort Finanzkrise. Vielleicht erinnerst Du Dich an einen CuS-Artikel von mir mit dem Titel »Die Bundeshauptstadt säuft ab – Arbeitsplatzvernichtung und sozialer Kahlschlag am Beispiel Berlins« (CuS 3/1994, S. 36–39). Dort habe ich vor 8 Jahren analysiert, dass Berlin strukturell aus seiner Verschuldung nicht herauskommt und woran das liegt. Jetzt hege ich für mich keinen Genieverdacht, aber ich frage mich, warum andere (eben SPDGrünePDS), die den gleichen Zugang zu öffentlichen Daten hatten, daraus keine Konsequenzen gezogen haben. 8 Jahre nichts zu tun, hat die Ausgangsposition des Machbaren ganz massiv verschlechtert. Die Ideologie der Sachzwänge greift nur dann, wenn der Ausgangspunkt des Sachzwangs akzeptiert wird. Um es klarer zu machen. In den 1980er Jahren exekutierte Maggie Thatcher die Zerschlagung des Sozialsystems gegen die Labour-Stadträte, die dies auch,

zwar mit Murren, aber fast durchgängig umsetzten. Somit trat der Arbeiterklasse als greifbarer/begreifbarer Sozialabbauer statt Thatcher der Labour-Stadtrat gegenüber. In Liverpool wurde Labour und auch die Ratsfraktion nebst Leitung vom linken Flügel (militant tendency) beherrscht, die sich weigerten, dies zu exekutieren und stattdessen die Bevölkerung zum Widerstand aufriefen und diesen auch tatkräftig organisierten. Ein Ruhmesblatt dieser Gruppe. Thatcher, der es nicht gelang, relevante Teile der Bevölkerung gegen den Stadtrat zu mobilisieren, war gezwungen den Stadtrat von Liverpool abzusetzen und einen Staatskommissar einzusetzen. Ein verlorener Kampf mit Thatcher (der objektiv nicht zu gewinnen war, das war militant vorher klar!), aber ein gewonnener Kampf um Ansehen, Vertrauen, um Solidarität und um Lernerfahrungen großer Teil der arbeitenden Klasse. Dass die Militant-Leute auch noch aus der Labour-Party geschmissen wurden, passt ins Bild.

Ich halte es mit Marx, dass Politiker im bürgerlichen Staat im bürgerlichen Sinn zu funktionieren haben oder ausgeschieden werden. Marx nannte dieses austauschbare »Charaktermasken«. Das ist die objektive Seite. Es gibt aber auch eine, bzw. viele subjektive Seiten. Einige davon kennen wir beide bestimmt. Als da wären Korruption, Machtberauschtheit, Geheimbündelei/Herrschaftswissen, Wählerbetrug, Volksverarschung, Karrierestreben, Feigheit, Kompromisse aus Angst, nicht mehr ins Parlament zu dürfen etc. Eine spannende Diskussion wäre auch der Fakt, dass fast alle (vielleicht übersehe ich bei der SPD eine Ausnahme), deren Weg ich von links unten nach rechts oben verfolgt habe, genauso werden, wie diejenigen, die sie als Alternative ablösen wollten. Die Sozialisationsfunktion von Parteibürokratien und Machtapparaten ist immens.

Charakterliche Defizite sind nichts angeborenes, aber wir beide als Sozialpädagogen wissen ganz genau, dass und inwieweit



Ulrich Peter

Strukturen (in der Sozialpsychologie Umwelt) Charakterbildend oder Charakterzersetzend wirken.

Geschmunzelt habe ich bei dem »Leise von Sozialismus reden«. Ich bewerte Politiker nicht danach, wie sie von etwas reden, sondern was sie tun. August Bebel gab den Rat so: »Schaut euren Funktionären nicht auf den Mund, schaut auf ihre Hände!« Dass irgendjemand in dieser Koalition, und dies möchte ich pauschal auf den gesamten Führungskader von rot/grün ausweiten, überhaupt in Richtung Sozialismus will, bestreite ich vehement. (Ich leiste mir den Luxus, den Vorwärts und die Neue Gesellschaft und auch die SPD-Hompage regelmäßig zu lesen) Wer dieses Ziel nicht mehr hat, braucht auch keine Wege und Teilschritte zu entwickeln. Der verwaltet das Bestehende. Weiteres später.

Erste Zuspitzung

Ich weiß sehr viel Besseres. Und als Sozialist/Kommunist habe ich durchaus eine Gesamialternative. Das allerdings denke ich, meinst Du nicht. Was ich bei Dir heraushöre, kenne ich gut. Es ist die Frage: Was würdest Du denn anders machen, wenn Du Kanzler wärst? Welche bessere realpolitische Alternative würdest Du anbieten? Und wenn Du keine hast, ist es dann nicht abenteuerlich, diese rot-grüne Koalition, die zugestandenermaßen das kleinere Übel ist, durch massive Kritik zu destabilisieren und damit die Machtübernahme des größeren Übels zu befördern?

Antworten auf diese Fragen am Beispiel der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik:

Jede Regierung braucht, um ihre Politik durchzusetzen, Machtmittel. In einer Diktatur Armee, Polizei, Geheimdienst, Terrorjustiz. In Demokratien geht es gesitteter zu, es geht um die Hegemonie. Wer gewinnt den Kampf um die Köpfe, wer schafft es, einen möglichst großen gesellschaftlichen Druck aufzubauen, um seinen Gegner zu destabilisieren? Es geht um Besetzung von Begriffen, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens, um die Organisierung von Diskursen, um Lernen und auch um Bündnispolitik. Zur Erinnerung: Nach 16 Jahren Kohl ist die SPD mit den Zielen »Innovation und Gerechtigkeit« in die Regierung zurückgekehrt. Getragen von einer Mehrheitsstimmung in der Bevölkerung, dass die Umverteilung zu Gunsten der »Reichen aufhören müsse. Die Gewerkschaften hatten eine massive Kampagne für diesen Wechsel organisiert, der in den Betrieben und Dienststellen auf große Resonanz stieß. Die Parlaments-Mehrheit der Regierung war größer als heute!

Erinnerst Du Dich noch was dann geschah? In kürzester Frist machte die SPD da weiter, wo Kohl aufgehört hatte. Anstatt mehr

soziale Gerechtigkeit herzustellen, wurden die Großfirmen steuerlich entlastet, die Angebotspolitik von Kohl fortgesetzt, die Einnahmesituation des Staates, der Länder und der Kommunen nachhaltig beschädigt. Es war zwar eine Innovation, aber gegen die eigenen Wähler. Es war eine starke Leistung, nach 16 Jahren Kohl binnen 4 Jahren beinahe wieder die Regierungsmacht an diese Bankrotteure zu verlieren. Diese bereits in der letzten Legislaturperiode erlebte Destabilisierung der eigenen Basis läuft im Moment wieder voll mit Hartz, Leiharbeit, demnächst mit Studiengebühren etc.

Ich weiß, dass es im Braintrust der SPD gute Soziologen gibt, aber ich denke, dass der Parteivorstand für Linke beratungsresistent ist. Warum?

Eduard Heimann, Nicht-Marxist, religiöser Sozialist und SPD-Ökonom hat 1929 sein Buch »Soziale Theorie des Kapitalismus« publiziert, in dem es primär um staatliche Sozialpolitik geht. Sozialpolitik in seinem Horizont stellte für das kapitalistische System ein Opfer dar, das den herrschenden Klassen »durch den Kampf der beherrschten Klassen auferlegt« wurde. Sozialpolitik war eine »wirkliche und positive Kraft« aber nur dann »wenn sie mit der sozialen Bewegung verbunden war.«¹

In marxistischer Terminologie: Jede sozialpolitische Maßnahme des Staates zugunsten der lohnabhängigen Menschen schmälert die Profitmasse des Kapitals und beschleunigt den Fall der Profitrate. In Zeiten der Hochkonjunktur ist die Profitmasse so groß, dass etwas »vom Kuchen« abgegeben werden kann. In Zeiten der Rezession ist jeder Krümel interessant. Wieso der Ansatz von Keynes eine Schönwetterstrategie ist, hat in unnachahmlicher Art und Weise der deutsch-amerikanische Marxist Paul Mattick in seinem 1969 bei EVA Frankfurt/Main erschienen Band »Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems« analysiert.

Zurück zum Sozialstaat in der Krise. Jetzt wird es spannend: Um ein Bonmot von Siegfried Mrotzek, einem Dortmunder Arbeiterlyriker, zu gebrauchen: »Was die Kapitalisten zu Vorbildern macht, ist ihr Klassenbewusstsein!« Ich beobachte im Moment in Berlin, dass die Lobbygruppen aus Pharmatrust, Krankenhausbetreibern und mittelständischen Gesundheitskautern massiv auf die Straße gehen und dort Interessenspolitik machen, während SPD/Grüne wegtauchen und hoffen, dass ihre Pressemitteilungen von der bürgerlichen Presse abgedruckt werden. Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! Wer den Kampf um gesellschaftliche Hegemonie nicht aufnimmt, kapituliert!

Zurück zur Wahl vor vier Jahren und vor wenigen Monaten. Anstatt den Schwung des Wahlsieges, die Mobilisierung mindestens von Teilen der Bevölkerung und die Demoralisierung des Gegners zur Befestigung der Macht und zur Verbreiterung des Einflusses zu nutzen, hat man sich selbst kastriert.

Beispiel: Dass unser Rentensystem zum Untergang verdammt ist, ist seit spätestens 1980 klar. Arbeitslosigkeit und Demographie sind objektive Größen. Jetzt hast Du in der Politik zwei grundsätzliche Optionen. Entweder man bleibt in den vorgegebenen Rahmenbedingungen, dann finanziert im Jahr 2020 ein Erwerbstätiger einen Rentner. Was das heißt, weist du wie ich. Oder man muss raus. Dann gibt es wieder zwei Möglichkeiten. Eine Kapitalfreundliche, die das Rentensystem privatisiert. Oder eine kapitalunfreundliche, die die Arbeitgeberbeteiligung von der Lohnsumme abkoppelt und an die vom Betrieb erbrachte Wertschöpfung bindet. Dann zahlt etwa Daimler-Chrysler nicht Arbeitgeberanteile für die Sozialversicherung für 100.000 Beschäftigte sondern entsprechend für 200 Milliarden Jahresumsatz. Dass müsste allerdings gegen das Kapital durchgesetzt werden und das geht nicht im Kungelsofa der VIP-Lounge bei Cohibas und Latte macchiato.

Wer nicht den »Druck der Straße« befördert, weil er vielleicht nicht einmal weiß, dass er ihn braucht, hat dem Druck der Herrschenden nichts entgegenzusetzen. Wo haben SPD/Grüne mobilisiert? Dass dies von rotgrün überhaupt versucht worden wäre, ist an mir vorbeigegangen.

Welche Motive können wir Ulla Schmidt und Co. unterstellen?

Lass mich mit zwei Zitaten beginnen. Das Leine ist von Gottfried Benn. »Das Gegenteil von Gut ist nicht Böse, sondern gut gemeint!« Das andere ist ein Witz aus dem England von New Labour. »Mr. Blair! Was unterscheidet Ihre Sozialpolitik von der von Mrs. Thatcher? Antwort: Ich habe Mitleid mit den Opfern meiner Politik!«

Will sagen: Ich unterstelle der Ministerin Schmidt nicht, dass sie wider besseren Wissens oder aus sadistischen Motiven heraus ihre Politik macht. Aber es ist – mit Verlaub gesagt – für mich völlig unerheblich, ob sie diese Katastrophenpolitik macht, weil sie von ihr überzeugt ist, oder weil ihr die von dieser Regierung so akzeptierten Rahmenbedingungen keinen Spielraum lassen. Ist es dann meine Aufgabe, über eine möglichst intelligente Sozialabbau-Politik nachzudenken, wie es seit Jahren die Berliner PDS macht und versucht?

Beispiel: Ich habe vor einigen Wochen den Berlin-Brandenburgischen ver.di-Landesverband (300.000 Mitglieder) auf der Berliner Diözesantagung der katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) vertreten, dort ein Grußwort gesprochen und den Tagungen beigewohnt. Vor mir sprach der PDS-Bezirksbürgermeister XY, mit dem ich danach ins Gespräch kam. Einige Tage vorher waren die sog. »Solidar«-Pakt-Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Senat gescheitert, weil ver.di nicht bereit war, massive

¹ In diesem Buch, das 1980 in Frankfurt/M. als Reprint erschien, auf S. 168 und 184.

Lohnkürzungen zu akzeptieren. Ich bringe meinen Eindruck zum Ausdruck, dass die Gewerkschaften von rot-rot anderes erwartet haben als von schwarz-gelb. Antwort: »Auch wir müssen sparen.« Ich antworte, dass die Finanzlage in Berlin so desaströs ist, dass der gesamte öffentliche Dienst entlassen werden müsste, um den Etat zu sanieren. »Da haben Sie Recht.« Ich schiebe nach, dass wir dann zusammen gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung ausüben müssen, damit das Steuerrecht so geändert wird, so dass Länder und Kommunen wieder mehr Geld haben. An dieser Stelle endete das Gespräch. Für mich kann es hier erst anfangen.

Die richtigen Stellschrauben und die Maschine als Ganze

Hier hast Du gleichzeitig die schwere Artillerie und die Torpedos gezündet. Recht so! Ich fange hinten an. Nochmals zur Erinnerung. Auch ich könnte in der Regierung kaum etwas anders machen, es sei denn, ich mobilisiere die Bevölkerung und schaffe mir den nötigen Druck zur Verbreiterung meines Handlungsspielraumes. Von Oertzen würde schon deswegen nicht in die Regierung gehen, weil er als alter Fan des Syndikalismus und der spanischen Antiautoritären natürlich vom Primat des außerparlamentarischen Kampfes ausgeht. Hast du mitbekommen, dass er nach 50 Jahren auf der SPD-Linken die Option auf eine Re-Sozialisierung der SPD als historisch gescheitert ad acta gelegt hat? Von der PDS erwartet er übrigens auch nichts!

Und da bin ich bei Dehm und bei Gehrcke, die ich beide in meiner politischen Biographie kennen gelernt habe. Dehm setzt in der PDS das fort, was in der SPD nicht mehr ging. Er ist Apparatschik und wird ein solcher bleiben. Dass er sich in der Gesellschaft anderer Apparatschiks wohl fühlt, glaub ich gern. Gehrcke ist ein anderer Fall. Er hat sich immerhin vom langjährigen SDAJ-Hauptling und Hamburger DKP-Chef zum PDS-Exponenten entwickelt

und ich glaube, dass er den Zusammenhang von Massendruck und parlamentarischen Möglichkeiten kennt. Und den alten Basisdemokraten Ströbele sehen wir beide nicht mehr in der Regierung!

Jetzt aber zum ersten Teil. Um deine Intervention angemessen aufzunehmen, müsste ich viele Seiten füllen. Deswegen nur thetisch angedeutet und ultra gerafft (auch mit der Gefahr von Missverständnissen).

1. Im Großen und Ganzen waren fast alle bisherigen Sozialismusversuche sozialdemokratisch determiniert. Will sagen: staatsfixiert und möglichst so, dass die Partei die lohnabhängige Klasse vor sich selbst schützte und in der Passivität beließ oder dafür sorgte, dass sie da wieder hinkam. Ganz egal ob es sich um die SU/DDR oder um Schweden handelte. Angst hatte man unisono vor den unkontrollierbaren Bewegungen. Seien es »wilde« Streiks, Basisbewegungen oder alternative Sozialismusversuche von unten und gegen den Staat, wie Pariser Kommune, Spanien 1936, 1968 f.

2. Für Sozialismus braucht es Rahmenbedingungen. Dass in Russland der Sozialismus möglich war, hat nicht einmal Lenin geglaubt. Der hat immerhin seine Revolution nicht als proletarische bezeichnet. Was macht eine 30.000-Menschen-Partei wie die russische dann, wenn sich zeigt, dass in Westeuropa mit ungleich besseren Voraussetzungen alles zusammengeschossen wird? (Übrigens auch aufgrund von »Realpolitik« und in bester Absicht. Insofern können auch Realpolitiker dafür sorgen, dass nach der Schaffung des kleineren Übels noch das ganz große kommt.) Abtreten mit der Bemerkung, es sei ein Irrtum gewesen? Dass sich die SU solange gehalten hat, ist schon eine Leistung. Ich hatte immer die Hoffnung, dass ein Stärkerwerden der Linken im Westen auch den Druck im Osten entlastet (das war auch die Annahme solcher Leute wie Oertzen, Mandel, Kofler etc.)

3. Stattdessen hat der Konkurs des »realen« Sozialismus auch die Chancen des »irrealen« Sozialismus entscheidend verschlechtert. Es gab wenigstens ein kleines (auch wenn es oft nur klitzeklein war!) Korrektiv zur Macht des Imperialismus, das aber entscheidend dafür war, dass Nicaragua etc. nicht von Anfang an platt gemacht werden konnte und die USA nicht postwendend einmarschierten. Dass in Nicaragua die Sandinisten schlussendlich doch geschlagen wurden, ist eine andere Erfahrung, die ich nicht in zwei Sätzen abhandeln kann/will.

4. Realpolitik im Weltmaßstab kann auch bedeuten, dass die PT in Brasilien natürlich den Weg von der (revolutionären!!) System-Opposition zur nicht-systemüberwindenden Sozial-Opposition macht, wie sollte auch ein separater und isolierter brasilianischer Weg zum Sozialismus funktionieren! Aber es gibt wunderschön dialektisch auch in der PT einen relevanten revolutionären Flügel (die DS = sozialistische Demokratie), die bei Parteiwahlen ein Drittel bekommt und bei uns durch ihre Verankerung in Porto Alegre bekannt ist. Was machen die da? Sie haben

Die Resos auf dem Ökumenischen Kirchentag!

Ende Mai findet in Berlin der erste Ökumenische Kirchentag statt. Dieses Treffen wird wahrscheinlich nicht nur von der Größe der bisherigen Evangelischen Kirchentage und Katholikentage in den Schatten stellen.

Auf der Agora (Markt der Möglichkeiten) wird auch der **BRSD** mit einem Stand im Bereich »Die Welt gestalten – in Verantwortung handeln« vertreten sein (Stand 4.1 B32).

Ihr sollt ein Segen sein.
Ökumenischer Kirchentag

28. Mai – 1. Juni 2003 in Berlin

Infos im Internet:
www.brsd.de/kirchentag/



streng realpolitisch nur eine bestimmte Masse Geld, also einen Sachzwang. Jede deutsche sozialdemokratische oder PDS-Stadtratsfraktion würde jetzt jammern und dann anfangen, die Kitas zu schließen etc. In Porto Alegre gibt es seit 1999 den sog. partizipativen Haushalt. Volksversammlungen in den Stadtteilen und Betrieben beraten die Mittelverteilung, legen die Kriterien und Prioritäten fest und üben so ein Stück Räte Selbstverwaltung ein und lernen auch, wo noch Geld gebraucht wird. Dann nimmt der Kopf auch Kurs darauf, wo es sich befindet. Hier wird wundervoll der Kampf um das tägliche Brot mit der Gestaltung der Lebensbedingungen verknüpft. Diesen »socialisme de base«, den von unten, den will ich. Bei den Jungsozialisten (ich war in der Fraktion der sog. Nichtrevisionisten, zu der zeitweise auch der heutige Bundeskanzler gehörte) haben wir das mal »revolutionäre Realpolitik« genannt. Da Du ja die Klassiker kennst: Rosa Luxemburg sprach weniger von der »Freiheit des Andersdenkenden« sondern mehr von der Dialektik von »Reform und Revolution«. Der Kampf um Reformen führt die Lohnabhängigen immer mehr an die Umgestaltung, an die Revolution heran.

Solidarische Kritik, Konzeptarbeit und Beten?

Als alter Barthianer möchte ich sagen, dass das wichtigste fehlt. Wir warten auf das Reich Gottes, aber wir warten tätig. Will sagen: Es geht vor allem darum, in der Bevölkerung und zuallererst in der Jugend und bei den lohnabhängigen Widerstand gegen die herrschende Politik zu organisieren, Widerstand der sich in Aktionen umsetzt, die wiederum Lernprozesse befördern. Lernprozesse bezogen auf oben und unten, die Verteilung und die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums, die Kosten des Kapitalismus und die den Hunger nach einem anderen Leben, nach einem Leben in Fülle weckt. Und die

sie Erfahrungen machen lässt, dass auch die kleinen groß sind, wenn sie sich solidarisieren, dass Veränderung geht. Erinnerst Du dich an den kleinen Prinzen? Ich erinnere mich an die folgende Geschichte: »Wenn du mit anderen in See stechen willst, sammle nicht Holz für ein Floß. Wecke bei ihnen die Sehnsucht nach dem weiten, schönen Meer!«

Und hier ist deine/meine/unsere Aufgabe beschrieben!! Wir müssen/sollen vermitteln,

- nicht dass der sozialdemokratische Sumpf der einzige mögliche Sumpf ist
- oder dass dieser Sumpf kein Sumpf ist
- oder dass der CDU/FDP-Sumpf noch sumpfiger ist
- oder dass wir im Sumpf für Behinderte Sandinseln schaffen
- oder dass in unserem Sumpf die Fauna artgerecht existieren darf

sondern wir müssen vermitteln, dass es »hinter dem Horizont« weiter geht, dass es dort Land zum menschenwürdigen Leben gibt und wir deswegen durch den Sumpf müssen. Dann finden sich auch die Wege und die Transportmittel hindurch.

Mitdiskutieren

Die Diskussion ist hier nicht zuende. Du kannst deine Meinung zum Thema beisteuern über das Forum »Aktuelle Politik« auf unseren Internet-Seiten unter

www.brsd.de/modules.php?name=Forums

oder natürlich auch als ganz normale Zuschrift an die Redaktion CuS, Schleidener Str. 139, 52076 Aachen.

Der BRSD plant außerdem für den 14.-16. November eine Tagung unter dem vorläufigen Titel »Wenn die Revolution auf sich warten lässt – Ansätze für ein gerechteres Wirtschaftssystem hier und jetzt« (vorbereitet von den Aachener Resos).



Linke Mehrheiten?

HEINZ RÖHR stellt einen Band vor, der Möglichkeiten einer linken Politik im Zeitalter von Globalisierung und Liberalisierung beleuchten möchte.

Alle vier Autoren, Mitglieder des linken Flügels in der SPD, machen in ihren Beiträgen deutlich, dass wir am Beginn einer neuen »Systemauseinandersetzung« zwischen der liberalen Revolution (USA) und der sozialen Demokratie (Europa) stehen.

Meine drei Geschlechtsgegnossen, alle drei Spezialisten auf ihrem Fachgebiet (Erler: internationale Politik; Müller: Ökologie; Stiegler: Sicherheitspolitik), mögen mir nachsehen, wenn ich neben ihren gewichtigen Texten vor allem den Beitrag von Andrea Nahles herausstelle. Sie ist für mich ein neuer Stern am SPD-Himmel! Sie gibt unter dem Titel »Entweder wir teilen die Arbeit oder die Arbeitslosigkeit teilt uns« eine glänzend geschriebene, tief schürfende Analyse unseres Wirtschaftslebens und unserer Gesellschaft.

Zunächst untersucht sie »Kodierung und Klischees in der Mediengesellschaft«, um dann »Neue Leitbilder in einer modernen Arbeitsgesellschaft« (Kapitel I) vorzustellen. Zu den »positiven Trends« gehört für Nahles die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen. »Aktiv für mehr Jobs« lautet die Parole.

In Kapitel II skizziert die Verfasserin die Problematik »Von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung«. »Flexicurity« ist das Zauberwort, d.h. es geht um mehr Flexibilität bei gleichzeitig mehr »neuer Sicherheit«. Nötig ist lebensbegleitendes Lernen mit dem Ziel: »Selbstbestimmtes Normalar-

beitsverhältnis«, d.h. es geht um die Abkehr vom männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis der Nachkriegszeit und das Streben nach Vereinbarkeit von neuen Formen der Arbeit und des Privatlebens für beide Geschlechter!

In Kapitel III fordert Nahles eine Neuverteilung der »FrauenArbeits« (sic!). Das Netzwerk »FrauenZeiten« und die SPD-Linke haben ein Manifest für ein neues Arbeitszeitmanagement entwickelt, das verheißungsvoll ist.

»Neue Arbeitszeit für alle« lautet die Überschrift von Kapitel IV. Nahles unterstreicht die Wichtigkeit des Ganztagsangebots auf dem Weg »ein Quantensprung«! zu einer neuen Arbeitszeitpolitik, um in Kapitel V »Unsere Zeit ist unser Leben« einen sozial-ethisch hoch zielenden Schlußakkord anzuschlagen:

Es geht um nichts weniger als einen großen »Zugewinn an Lebensoptionen« für die Frau! Nahles schließt mit den Worten: »Ich bleibe, was ich immer, schon war: Eine notorische Optimistin«.

Dem möchte sich der Rezensent nach soviel Überzeugungsarbeit der Autorin gerne anschließen, wie sie nur von links kommen kann, »wo das Herz schlägt«.

Gernot Erler, Michael Müller, Andrea Nahles, Ludwig Stiegler: Mehrheiten mit Links, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2002, 224 S., Euro 12,80.



Erwin Eckert, Emil Fuchs: Blick in den Abgrund

FRIEDRICH-MARTIN BALZER und MANFRED WEISSENBECKER haben Texte von Erwin Eckert und Emil Fuchs aus den Zeitungen des BRSD mit einer thematischen Einführung und weiteren Beiträgen gebündelt und neu herausgegeben. ULRICH PETER hat das Ergebnis kritisch unter die Lupe genommen.

Ein Freund von mir, der sehr oft für wissenschaftliche Publikationen Bücher bespricht, fragte mich, als ich ihm sagte, dass ich dieses Buch für CuS zu rezensieren hätte, welchen Typ von Rezension ich vorhätte. Es gäbe da den

Typ A: Ich bespreche in Zeitschrift X das Buch von Herrn B unabhängig von seinem Inhalt ausgesprochen positiv und kann mir sicher sein, dass wenn Herr B seinerseits in Zeitschrift Z mein neues Buch vorstellt, er sich dafür erkenntlich zeigt. Im Ergebnis verkaufen wir beide mehr Bücher als sonst. Marxisten nennen dies Ware gegen Ware, italienische Polizisten haben dafür eine andere Bezeichnung.

Typ B: Herr B hat in seinem letzten Buch/ seiner Rezension schlecht über mich geschrieben und meine Verkäufe in Grenzen gehalten. Dagegen ist meine Wut unbegrenzt und ich nutze die Möglichkeit meiner Rezension zum Gegenschlag. Im Ergebnis geht es mir besser und die Verkäufe von Herrn B halten sich auch in Grenzen.

Typ C: Ich lese das Buch genau, referiere Stärken und Schwächen des Buches und prüfe mich ständig, ob ich noch im Typ C bin oder schon in der Gefahr stehe, zu A oder B zu neigen.

Ich werde also versuchen das Buch nach diesem Vorbild C zu rezensieren.

Dieses Buch hat zwei Teile. Teil eins besteht aus Aufsätzen. Auf den Seiten 11 bis 57 gibt es eine thematische Einführung der Herausgeber, auf den Seiten 537 bis 555 begleitende Aufsätze von Georg Fülberth, Wolfgang Ruge, Reinhard Kühnl und anderen und abschließend auf den Seiten 559 bis 602 einen Anhang, in dem F.-M. Balzer seine Sicht der Dinge über die »Vertreibung Erwin Eckerts« aus dem BRSD darlegt. Teil zwei ist geschlossen. Auf den Seiten 61 bis 533 sind alle politischen Wochenberichte im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SDAV- Der religiöse Sozialist) abgedruckt, die beginnend mit der Nummer 42 vom 19. Oktober 1930

unter dem Titel »Die Woche« und endend mit der Nummer Nr.11 vom 12. März 1933 unter dem Titel »Politik der Woche« erschienen. Der erste Wochenbericht umfasste die Woche vom 5. bis zum 12. Oktober 1930 und der letzte die Woche vom 25. 2. bis zum 4. März 1933. Zu Beginn der Wochenberichte hatte das SDAV einen Umfang von 2 Bögen A3 mit insgesamt 8 Druckseiten im Format A4 und der Wochenbericht umfasste etwa 1¼ Seite. 1933 hatte das SDAV einen Umfang von einem Bogen A 2 mit vier Druckseiten im Format A3 und der Wochenbericht umfasste 2/3 einer Seite.

Die Auflagenhöhe des SDAV betrug 1930 12.000 Stück¹ und für 1931 nannte der Verlag eine Auflage von 15.000 Stück.² F.-M. Balzer gibt an, dass die Höchstaufgabe der Wochenzeitung des BRSD bei 17.000 Exemplaren lag.

Diese Zahl täuscht, da die Zahl der Leserinnen und Leser in der Regel deutlich höher lagen. Ich habe mit Alt-Mitgliedern des BRSD in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von lebensgeschichtlichen Interviews geführt und gelernt, dass in den letzten Jahren der Weimarer Republik eine Arbeiterfamilie (und der BRSD war von seiner Sozialstruktur ein Teil der Arbeiterbewegung) allerhöchstens die Mittel

hatte, die jeweilige Parteizeitung zu halten, aber auf gar keinen Fall weitere Blätter. Dies wurde dann so organisiert, dass mehrere Familien sich das Abo des Genossenschaftsblattes, des Freidenkers, aber auch in vielen Fällen des SDAV teilten. In Berlin waren es in einem von mir untersuchten Fall über 10 Familien, die sich ein derartiges Abo teilten. Diese, in den letzten Jahren der Weimarer Republik in immer stärkerem Maße arbeitslosen SDAV-Leser hatten schon materiell kaum Zugang zur Vielzahl der auf dem politischen Marktplatz verfügbaren Informationen. Die SPD-Presse vertrat ihre eingeschränkte »Linie« der Tolerierung der Notverordnungskabinette und die KPD-Presse ihre virtuelle Realitätssicht des Sozialfaschismus und der Gewerkschaftsspaltung.

Es gab allerdings auch eine Reihe von Publikationen, die die Realitäten sehr genau wahrnahmen, den Faschismus als Hauptgefahr analysierten, bei aller Kritik an der Sozialdemokratie nicht aufhörten sie als Teil der Arbeiterbewegung zu akzeptieren und auf den gemeinsamen Kampf der Arbeiterorganisationen gegen die Faschisierung des Weimarer Staates und die aufkommende braune Pest zu orientieren. Sie hatten ein gemeinsames Problem: Die Organe der linken Sozialdemokratie Ostsachsens, Schlesiens und Thüringens, der »Klassenkampf«, später die SAP-Publikationen wie die »Fackel«; die »Permanente Revolution« der Trotzisten, die »Arbeiterpolitik« und »Gegen den Strom« der KPD (O), der »Syndikalist« der Anarcho-Syndikalisten wie auch links-demokratische Publikationen wie Ossietzkys »Weltbühne«, alle hatten nur wenig Chancen in die Arbeiterhaushalte zu gelangen.

Hier lag der »Sitz im Leben« der Wochenberichte. Aurel von Jüchen, 1932/33 Mitglied im BRSD-Reichsvorstand, nannte die Wochenberichte mir gegenüber den »Pressespiegel«. Damit sollten die SDAV-Leser auf der Höhe der Zeit gehalten werden und aus der Enge

der jeweiligen Parteibrille hinaus gelangen. Wie der verantwortliche Redakteur der Wochenberichte an seine Informationen gelangte, machte er am Beispiel von Emil Fuchs deutlich, dem er zugeordnet hatte. Eine Reihe von BRSD-Funktionären, die diverse Publikationen hielten, sahen diese Zeitungen/ Zeitschriften auch nach nützlichen Informationen für die Leser des SDAV durch und schickten die betreffenden Artikel an den Redakteur Emil Fuchs, der daraus eine Auswahl traf und sie ins Blatt setzte. Eckert wird es kaum anders gemacht haben. Somit hatte der jeweilige Redakteur auch die Kompetenz, inhaltlich auszuwählen, was durchaus zu Konflikten führte. Ein Beispiel ist ein Brief des damaligen stellvertretenden BRSD-Reichsvorsitzenden Bernhard Göring vom August 1931.

»Die Wochenschau bringt seit mehreren Wochen Berichte, die sich nicht nur kritisch, sondern zum Teil auch tendenziös mit der SPD beschäftigen. Ich wende mich dagegen, daß der »Religiöse Sozialist« neuerdings sich wieder in seinem politischen Inhalt auf den »Klassenkampf«, d.h. auf Seydewitz und Rosenfeld stützt bzw. sein Material aus noch linken Quellen schöpft. Der Genosse Eckert ist verpflichtet, die politische Haltung des Bundes im Sinne der Vorstandsbeschlüsse zu wahren.«⁴

Wer sich diese Wochenberichte ansieht, wird feststellen, dass oft keine Quellenangaben für die Informationen gegeben wurden. Friedrich-Martin Balzer wies mich aufgrund der Vorabdarstellung dieser Rezension im Internet zu Recht daraufhin, dass meine Darstellung, dass in der Regel keine Quellenangabe erfolgt sei, in dieser Eindeutigkeit unzutreffend

1 Angaben in Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch, 1930, S. 281.

2 Sperlings- Adreßbuch, 1931, S.285

3 Gemeint ist die linkssozialdemokratische Zeitschrift Der Klassenkampf, an der Eckert mitarbeitete und die später das theoretische Organ der SAP wurde.

4 Brief Göring »An den Vorstand!«, in: »Rundschreiben der Geschäftsstelle Nr.25« (in: Sammlung Peter.)

find ist. »Die 91 Wochenberichte von Eckert und Fuchs geben 200 Quellen an. Diese verteilen sich auf 82 verschiedene Presseorgane.« (FMB) Das oben genannte Zitat Görings macht deutlich, dass auch nicht verzeichnete Quellen bemerkt worden waren. Aurel von Jüchen erklärte, dass man keine schlafenden Hunde wecken wollte. Hätte die sozialdemokratische Partei mitbekommen, in welchem Maße sich die SDAV-Redaktion in den Wochenberichten in Organen links von der SPD bediente, hätte dies mit Garantie zum Verlust der Unterstützung seitens der SPD geführt.

Worüber wurde nun berichtet?

Über fast alles, was in Arbeiterbewegung und in der Ökonomie Deutschlands und international relevant war bzw. zu sein schien. Dies reprinted zu haben ist das große Verdienst der Herausgeber und macht den Band zu einer Art Sightseeing-Tour durch die letzte Phase der Weimarer Republik und verdeutlicht, wie der »Blick in den Abgrund« sich gestaltete.

Dieser Reprint-Teil lohnt ohne Einschränkung den Kauf und auch das Verschenken dieses Bandes. Zu diesem Ergebnis kommen auch alle mir bisher bekannten Rezensionen des Buches, die u.a. in der »Unsere Zeit« der DKP⁵ und in der »Jungen Welt«⁶ zum Abdruck kompletter Wochenberichte aus diesem Buch führte.

Stünde dagegen die Mehrzahl der erläuternden Aufsätze allein in diesem Buch, würde ich mich nicht zum Kauf des Buches bewegen lassen und dies liegt nicht daran, dass Veröffentlichungen von mir an manchen Stellen in den Aufsätzen Gegenstand der Kritik sind. Neben einer Vielzahl von Bewertungen der BRSD-Geschichte, die ich für nicht zutreffend halte und die aus Platzgründen nicht im Rahmen einer Rezension zu behandeln sind, ärgert mich die Bewertung der Wochenberichte im historischen Kontext durch die Herausgeber. Ich halte sie für heillos überhöht und weiß nicht, ob dies eine Stra-

tegie zur Verkaufsförderung (so nach dem Muster der Bücher über die Qumran-Funde) ist oder eigene Überzeugung.

Manfred Sohn hat in seiner UZ-Rezension sanft auf das Problem hingewiesen.

Nach so viel Lob muss ich auch noch Kritik loswerden. Die beschränkt sich jedoch nur darauf, dass Balzer und Weißbecker sich doch ein bisschen stark in ihren Forschungsgegenstand verliebt zeigen und Eckert und Fuchs in etwas überirdische Geistesregionen befördert haben. Wenn sie etwa schreiben, »vergleichbaren Leitartikeln und Kolumnen anderer Zeitungen jener Jahre dürften sie weit überlegen sein« (S. 30), tun sie damit nicht nur beispielsweise der von Eckert und Fuchs häufiger mit Hochachtung herangezogenen »Weltbühne« von Ossietzky Unrecht, sondern müssen sich auch von Kühnl in dessen »Nachbetrachtung« sagen lassen, dass manche »zeitgenössischen Analysen des linken Flügels der Arbeiterbewegung ... tiefer reichende Analysen der Klasseninteressen (liefern), die sich mit dem Faschismus verbanden.« (S. 542).

Reicht es nicht aus, dass Eckert und Fuchs im SDAV sinnvolles und wichtiges abdruckten und damit die Welt in ihrer Wirklichkeit abbildeten? Ist es nicht wohlthuend genug, dass sich der BRSD mit allen seinen (begrenzten!) Möglichkeiten gegen die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie wandte?

Scheinbar nicht. Der Verlag verbreitet ein Werbeblatt und Anzeigen, in denen der von mir sehr geschätzte Nestor der DDR-Historiographie Wolfgang Ruge zitiert wird: »Bei diesen Berichten, die sowohl von der bundesrepublikanischen als auch von der DDR-Forschung bewusst verschwiegen wurden...

In der DDR war so ziemlich alles, was der völligen Engführung der offiziellen Parteigeschichtsschreibung nicht entsprach,

⁵ Rezension von Manfred Sohn in der Nr. vom 10.1.03 und Wochenbericht in der Nr. vom 31.1.03.

⁶ Rezension von Werner Röhr und Wochenbericht in der JW vom 20.12.02.

Frank Sterns deutsch-jüdische Kulturgeschichte

CHAIM SEELIGMANN stellt das Buch »Dann bin ich um den Schlaf gebracht. Ein Jahrtausend jüdisch-deutsche Kulturgeschichte« von Frank Stern vor.

Der Verfasser der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Juden oder auch umgekehrt Juden und Deutschen im Laufe eines Jahrtausends bringt weniger die jüdische Geschichte mit all ihren Einzelheiten zu unserer Kenntnis (Verfolgungen, große Lehrer des jüdischen Volkes und ihre Bücher, Religionsdisputationen oder den Kampf um die Gleichstellung oder die jüd. Moderne u. ähnliches, ohne dass diese im Hintergrund nicht da wären), er zeigt und unterhält sich mit uns vor allem über das kulturelle Schaffen der Juden in den verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte. Im Mittelpunkt seiner so artikulierten Darstellung befindet sich das tagtägliche Leben, das sich zwischen Majorität und Minorität abspielt. Die Begriffe Assimilation oder Symbiose erscheinen wenig oder kaum, und an ihrer Stelle nimmt der Begriff Akkulturation einen zentralen Platz ein. Der jüdische Leser dieses Buches – auch andere sind zum Lesen eingeladen – trifft Personen und auch Gruppierungen, die nicht genau den Anschauungen der großen jüdischen Historiker wie Grätz oder Dubnow entsprechen – und ich betone, dass deren monumentale Werke auch für mich als Student entscheidend waren. Aber nach Allem scheinen mir die Auffassungen von Baron oder Scholem näher zu stehen, und dies besonders, weil ihre Grundeinstellung versucht, die Juden zu einem in der Geschichte aktiven Element umzugestalten. Kein leichtes Unternehmen, dessen Schwierigkeit mir bewusst ist. Als Beispiel könnte Süßkind von Trimberg dienen. Ich traf ihn das erste Mal in Höxters Quellenlesebuch vor mehr als siebzig Jahren,

unzulässig. Dazu gehörte alles, was nicht zur KPD-Linie gehörte und auch in der KPD alles, was nicht der späteren Draufsicht entsprach, eingeschlossen die unzähligen Geschichtsfälschungen und die von Hermann Weber schon vor Jahrzehnten angemerkten Retuschierungen von Fotos von KPD- und Komintern-Kongressen. Insofern wurden die Publikationen des BRSD nicht anders behandelt als die der Mehrzahl der Organisationen der Arbeiterbewegung, allerdings war das SDAV nach meiner Erinnerung in DDR-Bibliotheken ohne »Giftschrank-Schein« entleihbar, was für KPD (O) und andere KPD-Konkurrenz nicht zutraf.

Im Westen dagegen war das SDAV, wenn auch meistens unvollständig, in einer Reihe von Archiven und Bibliotheken vorhanden und wurde auch in einer Reihe von Arbeiten, die ich aus Platzgründen nicht aufzähle, ausgewertet. Allerdings im Regelfall bezogen auf politisches Handeln und/oder Theologie. Dass erst 1988 mit Jörg Ettemeyer erstmalig intensiv das SDAV bezüglich der Wochenberichte ausgewertet wurde⁷ hat seine Ursachen in der Entwicklung der Forschung zur BRSD-Geschichte⁸ und ganz bestimmt nicht im bewussten Verschweigen von wem auch immer.

Dass Wolfgang Ruge so etwas schreibt, ist das eine. Vielleicht weiß er es nicht besser. Die Herausgeber, nehme ich an, wissen es.

Erwin Eckert, Emil Fuchs: *Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen.* Hrsg. v. Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge. Verlag Pahl-Rugenstein-Nachf. 2002, 646 Seiten, 32 €

⁷ In einer Magisterarbeit im Umfang von 232 Seiten und angeregt von Friedrich-Martin Balzer.

⁸ Ich habe selbst erst nach der Lektüre der Magisterarbeit Ettemeyers und auf Anraten von Jüchens die Wochenberichte gelesen, die ich bisher nur überflogen hatte und deren zentrale Inhalte ich aus anderen Publikationen der sozialistischen und kommunistischen Tradition kannte.

dann wieder bei Dubnow und jetzt bei Frank Stern. Ist er derselbe? Im Bild treffen wir den jüdischen Minnesänger des Mittelalters (ca. 1218-1222) in der so genannten Manessischen Liederhandschrift. Er, der Jude mit dem Spitzhut, vielleicht zeitlich vorweggenommen, der in seinen Sängerjahren nicht unbedingt in der Judengasse sang, sondern sich in der allgemeinen Gesellschaft bewegte. Aber die Juden sind ja schon seit dem 4. Jahrhundert in Europa, im römischen Reich – siehe den Erlass des Kaisers Konstantin aus dem Jahre 321. Kein so fremdes Element,

wenngleich auch die sich entwickelnde christliche Gesellschaft Europas, hierbei auch die Deutsche, sich mehr und mehr von ihren jüdischen Wurzeln entfernen will und auch bis in die modernste Zeit entfernt und nach der Shoa nicht genau weiß, sich mit diesem Wurzeln auseinanderzusetzen. Die Wurzeln blieben, ihre Träger verschollen oder ausgemerzt! Diese schwere Auseinandersetzung zieht sich durch das ganze Buch, auch wenn der oder die Juden, selbst wenn viele im 19. Jahrhundert getauft waren wie Börne oder Heine, dennoch auf die ihnen eigene Weise sich mit ihren jüdischen großenteils noch nicht emanzipierten Brüdern identifizierten. Auch bei ihnen war der Messias noch nicht gekommen, sondern der Jude Jesus in Bethlehem geboren worden. Nur einige Jahrzehnte nach der Kreuzigung dieses Juden am Golgatha-Hügel formte ihn ein anderer Jude Schaul aus Tarsos, später Paulus, zu dem, in dessen Vertreter aus tiefer Schuldbekennung dem Staate Israel und dem lebenden und kreati-



vem Judentum eine gewisse Zuneigung aufwies.

Aber kehren wir zum Mittelalter zurück. Erinnern wir an Meir aus Rothenburg ob der Tauber, der so genannte Großrabbiner der deutschen Juden, der lebenslang im Gefängnis doch aktiv und geachtet war, oder an Petachjah aus Regensburg, dessen »Rundreise« sicherlich in enger Berührung mit der nichtjüdischen Gesellschaft vor sich ging. Regensburg? Da sind wir ja bei Jehuda dem Frommen (Hechassid), dessen Söhne und Schüler unter den damaligen Juden Deutschlands etwas Besonderes

darstellen. Vielleicht eine Gruppierung, in der sich sowohl mystische wie auch gewisse gesellschaftliche Denkweisen entwickelten die in irgendeiner Weise dem ungefähr in den gleichen Jahren sich erhebenden franziskanischen Mönchstum ähneln? Es gibt Historiker wie Jizchak Bär aus Jerusalem, die etwas Derartiges ahnen! In dem so genannten Maa-se-Geschichtenbuch, das viele Jahre später Erzählungen Jehudas des Frommen überliefert – es wurde durch Ludwig Straus, den Schwiegersohn Martin Bubers, ins Deutsche übertragen – hören wir über das Verhalten zwischen Juden und Nichtjuden – verhältnismäßig normale Beziehungen. Jedenfalls nicht die übliche, vielleicht so verständliche Spannung. Wir sind ja zeitlich nicht so weit von den Kreuzzügen entfernt oder von dem lateranischen Konzil und seiner Judenordnung (1215).

Wir kommen in die Jahre der Reformation. Josel von Rosheim Joselmann – gemeiner jüdischer Regierer – bewegt sich von Reichstag

zu Reichstag und vertritt vor den deutschen Fürsten der Juden Sache. Wir sind am Beginn der Neuzeit. Das Judentum in Deutschland ist nach der großen Wanderung nach dem Osten. Es entstehen viele neue jüdische Gemeinden, besonders in den südlichen Teilen des damaligen Römischen Reiches deutscher Nation. Dies sind auch die Tage Reuchlins und Luthers. Sozusagen eine Neue Welt. Die verschiedenen kommenden Kriegszeiten gehen nicht an den Juden vorbei, aber auch das jenseits der deutschen Grenzen, sich in der jüdischen Welt Ereignende, wie die Verbannung aus Spanien und das Kommen der portugiesischen Juden nach Holland aber auch nach Emden, Hamburg und südlicher gelegener Städte Deutschlands, und so auch der Name Spinoza. Die damals wachsenden messianischen Bewegungen sind nicht nur bekannt, sondern haben wie die sabbatianische viele Anhänger. Siehe das Tagebuch der Glückel von Hameln, deren Mann das Kommen des Messias so erwartete, und er kam nicht, und in diesem Zusammenhang den Kampf R. Jakobs aus Emden gegen die sabbattianische Prophetie. Nebenbei erwähnt gab es Sabbattianer oder sich als Sabbattianer ansehende Frankisten noch im 19. Jahrhundert in Deutschland und in den angrenzenden Ländern. Gehen wir weiter und treffen die Hofjuden, von denen einige auf dem Schafott ein barbarisches Ende nahmen. Waren sie vielleicht »Grenzjuden«, eine Bezeichnung die wir im deutsch-jüdischen Raum später finden, wie für Albert Ballin, den Freund und Berater Wilhelms des Zweiten, oder Vater und Sohn Rathenau trotz der Tatsache, dass Walter Rathenau sein Judentum ziemlich tief in seinem Bewusstsein mit sich trug.

Mosche Mendels Sohn kam aus Dessau nach Berlin. Wieder gab es eine jüdische Gemeinde in Berlin. Diese Stadt wuchs dank der Juden und der Hugenotten. Bismarck meinte einmal dass die märkischen Bauern nicht dazu fähig gewesen wären. Die dort

lebenden Juden wurden vom Ende des 18. Jahrhunderts und besonders im 19. und 20. der Brennpunkt der Juden in Deutschland. Salons, Wirtschaftswesen, Emanzipation und Assimilation, Abstoßung und Hass von Pöbel und Intellektuellen etc. In dieser Stadt auch das tiefgehende Treffen mit aus dem Osten kommenden Juden die von dem russischen Antisemitismus und seinen sehr schweren Auswüchsen litten. Das beste Zeugnis für dieses Treffen wurde das Scheunenviertel im Norden Berlins, nicht weit vom Alexanderplatz, in dem der Westjude das Ostjudentum kennen lernen konnte, wenn er wollte. Oder die Geschichte des Jüdischen Volksheimes in der damaligen Auguststraße, das von Siegfried Lehmann und seinen Freunden gegründet wurde und in dem u.a. auch die zionistische Jugendbewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts ein starkes Echo fand und von da ihren Weg nach Palästina/Israel in den Aufbau des Landes. Hier trafen sich junge Ost- und Westjuden.

Nach allem hatte die Akkulturation der Juden in Deutschland sehr weit und tief um sich gegriffen. Die Zahl der den Glauben wechselnden war groß. Viele Jahre danach half es ihnen oder ihren Nachkommen nichts. Das Blut herrschte. Aber bis zu den die deutsche Dekulturation vorbereitenden Jahren und ihrem gänzlichen Versinken in den Abgrund lebte man mit dem Wissen eines latenten Antisemitismus in Deutschland und kämpfte um seine in der Verfassung festgelegten und feierlich bestätigten Bürgerrechte. Nach 1938 wurde der Weg nach Auschwitz und ähnlichen Orten frei, ganz gleich ob von Berlin, Drancy in Frankreich oder Westerbork in Holland. Die Züge fuhren genau nach Fahrplan mit ihrer furchtbaren Last.

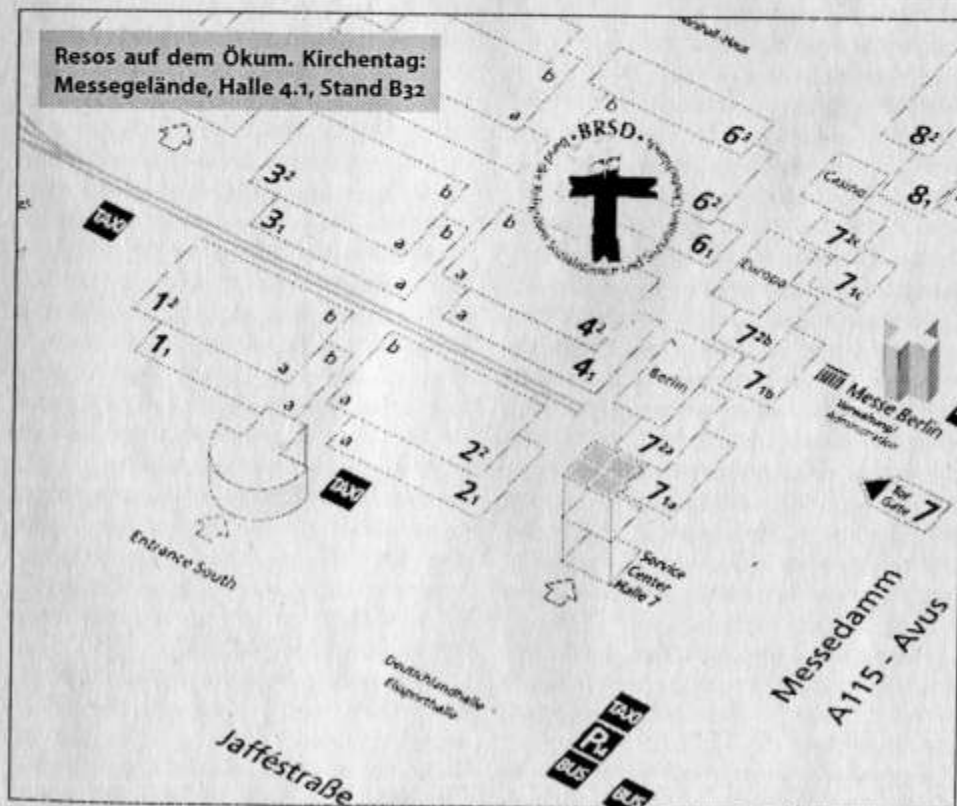
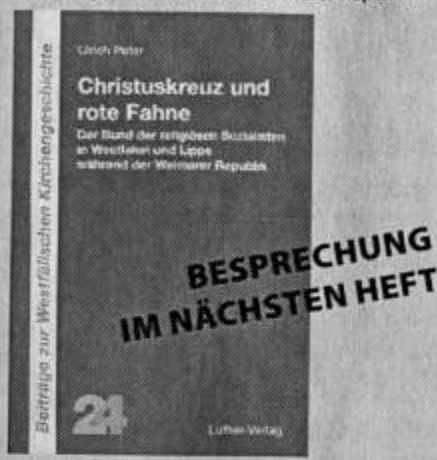
Was blieb danach? In Berlin blieben ca. 7000 Juden übrig. In anderen Städten einige Hundert jeweils. Zu ihnen gesellten sich im Laufe der Jahre die aus den Lagern Befreiten, die sich ihren neuen Lebensweg in der

erneuerten Diaspora in Deutschland, den beiden deutschen Staaten suchten. Im Laufe der fünfzig Jahre ist ein neues Judentum in Deutschland entstanden. Das Schwergewicht des jüdischen Volkes in der postzionistischen Moderne kehrt in die Zerstreuung zurück. Leider sind an diesem Prozess nicht wenige Israelis beteiligt. Josef Chaim Brenners Schriften sind ihnen nicht bekannt.

Frank Sterns umfassende und so reichhaltige und schillernde jüdisch-deutsche Kulturgeschichte in der dem Verfasser eigenen, so nuancierten Sprache ist ein kulturelles Erlebnis, an dem so viele wie möglich teilnehmen sollten!

Frank Stern: Dann bin ich um den Schlaf gebracht. Ein Jahrtausend jüdisch-deutsche Kulturgeschichte. Geb., 239 S., 32 Abb., Aufbau-Verlag 2002, 20 €

Ulrich Peter: Christuskreuz und rote Fahne. Der Bund der religiösen Sozialisten in Westfalen und Lippe während der Weimarer Republik.



Bitte einsenden an: Sekretariat des BRSD e.V.
Michael Bschorr, Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe.

Ich will kein Heft verpassen...

Ich möchte Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS) abonnieren. Und zwar:

- ☐ als Inlands-Abo zu 15 € pro Jahr inkl. Versand.
- ☐ als Auslands-Abo zu 18 € pro Jahr inkl. Versand.
- ☐ als Förder-Abo zu _____ € pro Jahr inkl. Versand.

Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich. Förder-Abos gibt es ab 20 €.

Lesen genügt mir nicht...

Ich möchte Mitglied werden im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD). Und zwar:

- ☐ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. CuS-Abo.
- ☐ mit ermäßigtem Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. CuS-Abo für Personen ohne oder mit nur geringfügigem Einkommen.

Das bin ich...

Vorname: _____

Nachname: _____

Adresse: _____

Geburtsdatum: _____
(nur für Mitgliedsantrag erforderlich)

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bei Minderjährigen:
Unterschrift der gesetzlichen Vertretung: _____

Freiwillige Zusatzangaben: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin auch Mitglied in folgender Partei / Gewerkschaft / Initiative: _____

So möchte ich zahlen...

☐ Ich werde den oben angekreuzten Betrag jeweils am Jahresanfang auf das Konto des BRSD e.V., Kontonr. 189 389 464 bei der Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46) **überweisen**.

☐ Ich ermächtige den BRSD e.V. hiermit widerruflich, den oben angekreuzten Betrag von meinem Konto **einzuziehen**.

KontoinhaberIn: _____

Kontonr.: _____

Kreditinstitut: _____

BLZ: _____

Unterschrift: _____

Ihr sollt ein Segen sein.

Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten
auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin

auf der Agora (Markt der Möglichkeiten)
Stand 4.1 B32

www.brsd.de/kirchentag/

Abo-Verwaltung

Michael Bschorr
Bobes Feld 14
33818 Leopoldshöhe

Redaktionsadresse

Darius Dunker
Schleidender Str. 139
52076 Aachen

siehe Umschlaginnenseite

Die Frau, die eben von Jugend auf in Abhängigkeit vom Manne gehalten wurde und sich ihren Platz neben ihm im besten Falle erst erkämpft hat, schaut unwillkürlich zu diesem Mann, der so vieles besitzt, was ihr noch versagt ist, als zu einem Wesen höherer Ordnung auf und setzt darum ihren Ehrgeiz darein, sich ihm möglichst ebenbürtig zu zeigen und ist versucht, ihre Gleichwertigkeit durch den Beweis ihrer Gleichartigkeit dartun zu wollen. Wir haben die gleiche Erscheinung bei der Sozialdemokratie. Auch dort hat die Darniederhaltung und Unterdrückung, die Mißachtung und Verkennung, die sie immer wieder erfahren mußte, ein Minderwertigkeitsbewußtsein erzeugt, das zur Verleugnung ihrer selbst und ihres besten Ideals, zur Verleugnung des Gefühls der allgemeinen Verbundenheit aller Leidenden und Unterdrückten führte, das sie vom Internationalismus zum Nationalismus abfallen ließ. Sie, der so oft Vaterlandslosigkeit vorgeworfen wurde, wollte nun gerade zeigen, wie unrecht man ihr getan; sie, die man oft des Materialismus und des Klassengeizismus angeklagt hatte, schwelgte nun darin, durch Drangabe ihrer Menschen und ihrer höchsten Ziele ihre vaterländische Gesinnung und ihre Opferfähigkeit zu beweisen.

Aber damit ist der Menschheit nicht gedient, daß das eine Geschlecht zugunsten des anderen und die eine Partei zugunsten anderer auf ihre besondere Aufgabe, auf ihre besondere Art verzichte.

Clara Ragaz, »Die Frau und der Friede« (1915)